DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

321 28. JAHRGANG Juni 2011 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Seit Mitte April können KundInnen und FreundInnen der »hessnatur«, Hersteller von ökologischer und sozialfair produzierter Mode, sowie nachhaltig interessierte GeldgeberInnen, Genossenschaftsanteile zum Preis von je 250 Euro erwerben. Der Vorstand der frisch gegründeten »hnGeno« ruft dazu auf, möglichst in den kommenden Wochen in die Genossenschaft einzutreten, da davon auszugehen sei, dass »hessnatur« bald verkauft werde. Seite 3

RADIKALENERLASS ?

Bundesfamilienministerin Christina Schröder (CDU) verlangt seit neuestem von allen Projekten, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und Fördermittel beantragen, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie die Garantie der Verfassungstreue von allen PartnerInnen, mit denen sie zusammenarbeiten. Das schließt z.B. die Einladung von ReferentInnen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) oder einer Antifaschistischen Initiative aus, weil diese vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Seite 4

DIE KINDER DES SISYFOS

In seinem Zeitroman schildert Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989. Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die LeserInnen an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Wie eine Probe auf den großen Kampf gegen das AKW in Wyhl war 1974 die Besetzung des Baugeländes für das Bleiwerk im benachbarten französischen Marckolsheim, um die es in der dritten Folge unserer Artikelserie geht. Seite 5

DATENSCHUTZ

Bei jedem Mailabruf, bei jedem Besuch einer Webseite hinterlässt ein Rechner seine Identifikation auf dem Server, die IP-Adresse, eine Zahl ähnlich einer Telefonnummer. Zwar ist diese Zahl im privaten Bereich nicht ganz so fest wie die Telefonnummer, aber insbesondere staatliche Stellen können wenigstens für ein paar Tage, mit der Vorratsdatenspeicherung für ein halbes Jahr, darauf aufbauend herauskriegen, wer was im Netz gemacht hat. Seite 6

LINKER BUCHHANDEL

Den Buchladen »Zapata« und seine Vorgänger gibt es seit 35 Jahren in Kiel. Seit 1986 war der Buchladen am Kieler Jungfernstieg beheimatet und ist dort jahrelang Zielscheibe der Faschisten mit eingeschlagenen Fensterscheiben, NaziSchmierereien und Drohungen gewesen. In diesem Jahr zog »Zapata« noch einmal um, er befindet sich seit April 2011 am Wilhelmsplatz 6. Ein Interview mit dem Betreiber des Buchladens auf Seite 12.

www.contraste.org

SENIORENSTÜTZENDE GENOSSENSCHAFTEN

Alte, wollt Ihr ewig leben?

Demographischer Wandel zwischen Fatalismus und neuem Kommunitarismus

Zwingt die demographische Situation, wie sie in dem Film »2030 – Aufstand der Alten« dargestellt wird, tatsächlich die Staaten, über Wege nachzudenken, wie sie sich der Alten kostensparend entledigen können? Oder haben wir bereits die Lösung? Von der Politik und von der Wissenschaft liegen zahlreiche mehr, oft weniger kluge Ausführungen dazu vor. In diesem Schwerpunkt wird bei den zahlreich vorhandenen innovativen Ansätzen im Genossenschaftssektor nach Anstößen gesucht. Sie zeigen, wie das Ganze in Sozialgenossenschaften durch eine Mischung von Professionalität und Ehrenamt bereits auf vielfältige Weise angegangen wird.

Foto: Bernd Hartung

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Das regelmäßige Beschwören der negativen Folgen des demographischen Wandels findet seine Wurzeln bereits in den Entwicklungen Mitte der achtziger Jahre. Schon hier war die Entwicklung zu einer alternden Gesellschaft klar erkennbar. Jeder, der wollte, konnte schon damals die zu erwartenden Auswirkungen sehen:

- Zunehmende Lebenserwartung und Rentenbezugsdauer.
- Mehr Ältere, die Rente beziehen, Hilfen im Alltag und ggf. Pflege brauchen.
- Weniger Jüngere, die in die Sozialsysteme einzahlen und als Mitarbeiter in der Altenpflege zur Verfügung stehen. Stagnierende Renten.

Verbreiten durch Imitation

Der Schwerpunkt seniorenstützende Genossenschaften gibt einen guten ersten Einblick in die vielfältigen Beispiele, die auf einzelwirtschaftlicher Ebene bereits eigene Lösungen umsetzen. Einige sind schon beeindruckend stabil und überzeugend. Viele müssen aufgrund ihrer Jugend noch die eine oder andere Bewährungsprobe überstehen, um Kraft ihres Beispiels zu verstärkter Nachahmung anzuregen. Es wird bewusst nicht der Begriff Seniorengenossenschaften verwendet, da bei einem Teil dieser Genossenschaften nicht die Senioren die Träger bzw. Mitglieder der Genossenschaften sind. Gleichzeitig kann auf zwei Trends bei den Genossenschaften hingewiesen werden. Bei einigen stehen Dienstleistungen für Senioren im Mittelpunkt, andere gehen stärker von dem Bedürfnis des Wohnens aus, so dass hier der Charakter einer Wohnungsbaugenossenschaft mit besonderer Ausrichtung dominiert. Die sinnvolle Verknüpfung von beidem erweist sich offensichtlich zumindest in der Startphase oft als schwierig, so dass hier bei vielen Genossenschaftsansätzen erst im Zeitverlauf zusammenwächst, was gut zusammenpasst.

Dienstleistung und Wohnen

Wohnen spielt bei der *»Familiengenossenschaft«* aus der Metropolregion Rhein-Neckar keine Rolle. Sie kommt aus der qualifizierten Kinderbetreuung und erweitert diesen Ansatz mittlerweile mit der Seniorenbetreuung. Dagegen steuert das *Netzwerk »Wir für uns«* (WfU) direkt darauf zu, ältere Mitbürger zu unterstützen, um ihnen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu Hause zu ermöglichen. WfU will das vorhandene Seniorenangebot in der Gemeinde Heroldsbach ergänzen. Im Unterschied zur *»Seniorengenossenschaft Riedlingen e.V.«*, setzt sie dies in der Rechtsform der Genossenschaft um. Diese Rechtsform war auch Anliegen der Riedlinger, die bundesweit mittlerweile das Vorzeigeprojekt sind. Die Vereinskonstruktion ermöglicht aber steuerliche Vereinfachungen wie Verzicht auf die Mehrwertsteuer und Arbeiten mit der Übungsleiterpauschale, so dass auf die ursprünglich vorgesehene Umwandlung verzichtet wurde. Die *»sen.FIT«*, Wohnungsgenossenschaft für ALT + JUNG, stellt vor allem das Wohnen in den Vordergrund. Als Dachgenossenschaft will sie vielen kleinen Wohnprojekten die genossenschaftlichen Vorteile ermöglichen. Jedes Wohnprojekt soll im Bereich der Dienstleistungen nach eigenen Lösungen suchen. Dagegen werden bei der Genossenschaft *»Senioren Wohnen«* in Neukirchen mit dem Wohnen unmittelbar neue Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen für ein würdevolles Altern verbunden. Das Besondere ist der Wohngemeinschaftsansatz, der diesen Ansatz so sympathisch macht. Er gleicht hier der *»Sozialgenossenschaft WoGA Pfullendorf eG«*, die aber das Ganze strategischer angeht und austestet, ob sich Bürger verstärkt als Investoren einbinden lassen.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

20. BIS 22. MAI 2011 IN BERLIN AN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT (TU)

Kongress »Jenseits des Wachstums?!«

Mit 2.500 TeilnehmerInnen war der Attac-Kongress »Jenseits des Wachstums?!« vollkommen überlaufen. Die Hörsäle und Seminarräume platzten aus allen Nähten, es war heiß und stickig, manchmal führte allein die Enge zu gereizter Stimmung. Aber natürlich gab es auch eine Reihe inhaltlicher Kontroversen.

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Einig waren sich die TeilnehmerInnen wohl nur darin, dass sich etwas ändern muss. Zum Auftakt stellte die indische Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva, fest, wir müssten »... neue Maßstäbe jenseits des Geldes einführen und Wirtschaftssysteme jenseits des globalen Supermarktes schaffen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die eigentliche Währung des Lebens das Leben selbst ist.« In eine ähnliche Richtung weist das Konzept des »Buen Vivir«. Dieses »gute Leben« mit Verfassungsrang in Bolivien und Ecuador zielt auf »... ein vom Kapitalismus abweichendes System, das Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit und natürlich auch die ökologische Nachhaltigkeit in sich vereint«, wie Alberto Acosta, der ehemalige Energieminister von Ecuador, betonte.

Schon bei der Analyse gingen die Auffassungen auseinander. Wohnt der Wachstumszwang dem Kapitalismus inne, oder liegt ihm menschliche Gier zugrunde? Wird zu viel konsumiert, heizen die Zinsen das Wachstum an, oder resultiert es aus der »Fremdversorgung« (Niko Paech)? Und was hat das Geschlechterverhältnis damit zu tun? Immer wieder tauchte auch die Frage auf, ob nicht eine Schrumpfung auf den globalen Norden begrenzt bleiben sollte, weil die Länder des Südens ein Recht auf nachholende Entwicklung haben.

Wie eine Wirtschaft jenseits des Wachstums aussehen kann, und welche Lösungen für eine klimaschonende und gerechte Ressourcen- und Energiennutzung gefunden werden sollten, wurde sehr kontrovers diskutiert. Die Vorstellungen reichten von einem »Green New Deal« im Rahmen des Kapitalismus über Arbeitszeitverkürzung, Solidarische Ökonomien und andere Transformationsstrategien bis zu strikter Regionalisierung und Selbstversorgung als Ausstieg aus der Marktwirtschaft. Diese Vielfalt der Alternativen stellt einen großen Reichtum dar, erschwert aber vermutlich die Entwicklung konsensfähiger gemeinsamer Handlungsfelder.

Mein Eindruck war, dass die Überlegungen, was sein sollte, im Vordergrund standen, während die Frage, wie und durch wen ganz konkret solche Übergänge entschieden und gestaltet werden könnten, eher nur am Rande vorkamen. Vielleicht führte auch der häufig spürbare Zeitdruck und die Fülle prominenter ReferentInnen dazu, dass – wie so oft bei solchen Kongressen – viel Input gegeben wurde, aber wenig Raum zum Gedankenaustausch und zur gründlicheren Reflektion blieb. Entspannung gab es zwischendurch bei Kontakt-Improvisation, künstlerischen Interventionen und im Freien an der »Attacafeteria«. Der VoKü ist es bewundernswert gelungen, trotz riesiger Warteschlangen, relativ zügig die TeilnehmerInnen lecker satt zu bekommen.

Der Wachstums-Kongress wurde durch viele Organisationen unterstützt. Die drei großen parteinahen Stiftungen Friedrich Ebert (SPD), Heinrich Böll (Grüne) und Rosa Luxemburg (Linke), sowie die Otto Brenner Stiftung der Gewerkschaft IG Metall waren Kooperationspartner, und damit werden die Impulse aus dem Kongress in breite Kreise der politischen Szene hineinwirken. Dass so unverhofft viele, besonders auch junge Menschen zum Kongress kamen, kann als großer Erfolg und als starkes Signal der Offenheit für neue Antworten auf drängende gesellschaftliche Fragen verstanden werden.

CONTRASTE war mit dem Wachstums-Schwerpunkt im April als Partner am Kongress beteiligt.●

AKTION 2011

Öffentlichkeitsarbeit

Dass es unserem Zeitungsprojekt an Abos mangelt, wird an dieser Stelle Monat für Monat dokumentiert. Zu wenig potentielle LeserInnen erfahren von der Existenz dieser Zeitung. Unsere Öffentlichkeitsarbeit beschränkt sich wegen unseres permanenten Geldmangels auf Austauschanzeigen mit befreundeten Zeitungsprojekten, Büchertische, Veranstaltungen, auf denen Überdrucke verteilt werden und auf Euch, liebe LeserInnen.

Redaktion Heidelberg ● In den letzten Wochen kamen ungewöhnlich viele Schnupperabobestellungen aus dem Raum Köln. Unsere Vertriebsstelle in Heidelberg rätselte über die Ursachen. Des Rätsels Lösung: Eine Verkaufsaktion mit CONTRASTE auf einer Anti-Atom-Demo in Köln! Wir hoffen nun darauf, dass daraus auch ein paar richtige Abos werden.

Auch auf dem Berliner Kongress »Jenseits des Wachstums?!« (s. Bericht Seite 1) wurde ein über Spenden ermöglichter Überdruck unseres gleichnamigen Schwerpunktes (CONTRASTE Nr. 319) verteilt. Auch hier hoffen wir darauf, dass es viele Anschlussbestellungen geben wird.

Im Monat Mai gab es vier Neuabos, das Netzwerk Selbsthilfe Berlin und ein Dortmunder Abonnent haben Ihre Abos in Förderabos umgewandelt. Leider aber gab es drei Kündigungen, darunter auch die Kündigung einer Fördermitgliedschaft, ein weiteres, seit Januar 2011 laufendes Abo, musste gestoppt werden, weil Mensch auch nach fünf Monaten Bezug dieses Abo nicht bezahlt hatte. Das Ziel unserer Abokampagne liegt weiterhin bei +135.

Auf unserem Spendenkonto gingen 150 EUR ein:

- Büchertisch Göttingen (50 EUR)
- Hans C. Schneider, Frankfurt/Main (50 EUR)
- Roman Schweidlenka, Österreich (50 EUR)

Herzlichen Dank!

Wir benötigen nun noch 2.430 EUR in diesem Jahr.

Wir können gar nicht oft genug darauf hinweisen, denn immer wieder erreichen uns Reklamationen von LeserInnen, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Der/die ZustellerIn entsorgt CONTRASTE Monat für Monat, bis sich unser/e LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei Eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen.

In den letzten Jahren gab es eine Reihe von Bankenfusionen, auf einmal heißt eure Bank anders und die Bankleitzahl hat sich geändert. Auch in diesen Fällen und bei einem Wechsel zu einer anderen Bank bitten wir Euch um Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankengebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 EUR.

Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon auf dieser Seite).

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto siehe Kasten unten . Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2011

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2011: 2.430 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 135+ Neuabos

Sommerplenum 2011

Unser jährliches Plenum findet vom 1.-3. Juli 2011 in der Nähe von Klagenfurt in Österreich statt. Anlass vielleicht auch für Euch, ein wenig hinter die Kulissen unseres Projekts zu schauen und Kontakte zu knüpfen. Denn neue Kontakte sind eine wichtige Bereicherung für unser Projekt. Wir erfahren dadurch mehr über Diskussionen, Aktionen und Projekte aus Eurer Region und es entstehen dadurch interessante und lesenswerte Beiträge für CONTRASTE.

Einfach anmelden und vorbeischauen unter: contraste@online.de

Begrüßungsgeschenk

Die nächsten 7 NeuabonnentInnen der CONTRASTE erhalten als Begrüßungsgeschenk das Buch »Ein Frühling irrer Hoffnung« von Erasmus Schöfer. Es handelt vom gesellschaftlichen Aufbruch im Jahre 1968 und ist das erste Buch der Tetralogie »Die Kinder des Sisyfos«. Aus der Sicht der damals handelnden Personen erzählt der Autor facettenreich und spannend den Lebensweg von Viktor Bliss und seiner politischen WeggefährtInnen. Stets aus der Sicht der damals handelnden Personen: über ihre Versuche und Wagnisse, ihre Hoffnungen und Erfolge, ihre Selbsttäuschungen und Niederlagen. Die Geschichte der Linken dieses Landes zwischen 1968 und 1990 wird so von einem ihrer Zeitgenossen bewahrt.

Wir danken unserer Leserin Marianne Walz, die uns diese Aktion ermöglicht hat. Auszüge aus der Romantetralogie veröffentlicht CONTRASTE seit April in einer Artikelserie.

Erasmus Schöfer: Ein Frühling irrer Hoffnung, Dittrich Verlag 2001, 496 Seiten, 20 EUR. www.dittrich-verlag.de

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

Ich bin empört!

Von Elisabeth Voß, Berlin ● Am 10. Mai 2011 lud das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) zu einer besonderen Veranstaltung ein: »Wehrt Euch! Zivilengagement einmal ganz anders«. Wegen dem wunderbaren Wetter wurde die Veranstaltung ins Freie verlegt, eine junge Künstlerin trug stimmungsvoll Bertold Brechts Gedicht »An die Nachgeborenen« vor, und dann referierte Karl Niemann, Theologe und Marketing-Manager, über den Bestseller »Empört Euch!« des 93jährigen französischen Autors, ehemaligen Widerstandskämpfers und Mitverfassers der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte, Stéphane Hessel.

Niemann würdigte den Autor, den er persönlich kennt, und sein Büchlein, das ein leidenschaftliches Plädoyer für zivilgesellschaftliches Engagement sei. In einem zweiten Teil der Veranstaltung sprach er dann über seine eigene Firma Allpha60, mit der er unter anderem Veranstaltungen organisiert – ganz im Sinne von Stéphane Hessel, wie er nicht müde wurde, zu betonen. Termine, Orte und Namen wichtiger Beteiligter langweilten wohl nicht nur mich zunehmend. Und dann sprach er von einer Diskussion, für die es ihm gelungen sei, vier Vertreter »von oben«, vom Staat zu gewinnen, und vier Vertreter der Zivilgesellschaft »von unten«, zum Beispiel von RWE.

RWE »von unten«? Der Konzern, der unter anderem neben Veolia Anteile an den teilprivatisierten Berliner Wasserbetrieben besitzt, die nach einem erfolgreichen Volksentscheid zur Offenlegung der Privatisierungsverträge nun möglicherweise vor der Rekommunalisierung stehen? Dieses RWE wird als Akteur »von unten« definiert – aus Sicht von Herrn Niemann, umrahmt von Bertold Brecht, legitimiert durch das WZB?

Nachdem ich meiner Empörung über diese Werbeveranstaltung der Firma Allpha60 Ausdruck verliehen hatte, ließ ich es mir nicht nehmen, als Beispiel für »oben« und »unten« kurz über die Hamburger Lesetage zu berichten. Dort war ich im April zu »Lesetage selber machen – Vattenfall Tschüss sagen« eingeladen, der »von unten« selbstorganisierten Gegenveranstaltung zu den Vattenfall-Lesetagen »von oben«.

Interessant fand ich die Anmerkung von Karl Niemann, dass er aus seiner Zeit als Berater der Stiftung Mitarbeit wisse, dass diese einstmals die BürgerInneninitiative gegen die Startbahn West aus Mitteln des Rüstungskonzerns MBB gefördert hätte. Ja, die Welt ist kompliziert und widersprüchlich.

Kurz vor der Veranstaltung im WZB rief mich der Pressesprecher von Veolia an. Ich hatte eine Vorführung des Films »Water Makes Money« organisiert, und er fragte, ob wir anschließend mit ihm diskutieren möchten. Nachdem Veolia erfolglos versucht hatte, ARTE an der Ausstrahlung dieses Films zu hindern, nun also der Schmusekurs? Die Stiftung Veolia nennt als Förderschwerpunkte »Umwelt, Beschäftigung und Solidarität«. Selbst die neoliberale Denkfabrik Bertelsmann macht mitunter spannende Projekte. Viele Stiftungen kleben wohltätige Pflästerchen auf die schlimmsten vom System geschlagenen Wunden, andere versuchen mit ihrer Förderpolitik dieses System zu verändern, und haben sich im Netzwerk Wandelstiften zusammengeschlossen.

Weder kann ich die Arbeit von Niemanns Firma Allpha60 beurteilen, noch würde ich mich kategorisch gegen jede Form des Sponsoring durch Konzerne oder deren Stiftungen aussprechen. Mir ist aber Transparenz wichtig, um klar die unterschiedlichen Interessen sehen, verstehen und mit ihnen umgehen zu können. Und wenn mir irgendwer »oben« als »unten« verkaufen will, dann bin ich empört.●

GÖTTINGEN: ELF BANDS BEIM 5. ANTIFEE-FESTIVAL

»Feiern für ein selbstbestimmtes Leben«

Workshops, Straßenkunst, Esoterikkritik, und viel Elektro-Sound in Göttingen.

Von Kai Böhne, Redaktion Göttingen ● Bereits zum fünften Mal startet in Göttingen am Freitag, den 10. und Sonnabend, den 11. Juni, das selbstorganisierte Antifee-Festival. Unter dem Motto »Feiern für ein selbstbestimmtes Leben« treten an beiden Tagen elf Bands auf.

Nach ihrem fünfwöchigen europäischen Marathon mit über 30 Konzerten in den Niederlanden, Schweden, Dänemark, Österreich, Tschechien, der Schweiz, Italien und Frankreich ist Göttingen die letzte Station des Frauen-Duos *Tropy Wife*. Einen Tag nach ihrem Auftritt in Nancy, Frankreich, gastieren Katy Otto (Schlagzeug) und Diane Foglizzo (E-Gitarre) mit ihrem zweistimmigen ungestümen Garagen-Rock auf dem Freigelände nördlich des Blauen Turms der Leinestadt. Das Duo aus Philadelphia spielt eine lautstarke, kämpferisch-herzhafte Mischung aus Noise-Rock, Grunge und Postpunk.

Gleich vier Berliner Bands haben die Veranstalter eingeladen: Die Riot-Girls von *Respect My Fist*, die Elektro-Hip-Hop-Enthusiasten vom *Scream Club*, die Eine-Frau-Band *Golden Diskó Ship* und das Elektropop-Projekt *Räuberhöhle*. Die 1999 in Berlin gegründete Räuberhöhlen-Crew hat sich auf einen künstlichen Elektro-Sound spezialisiert, der auf elektronischen Kindermusikinstrumenten sowie Lauten aus Computer- und Konsolenspielen basiert.

Weitere Künstler sind die Wiener Rapperin und Poetry-Performerin *Mieze Medusa*, die mit ihrem Partner *Tenderboy* aus Österreich auftritt und die dänische Sängerin *Vibeke Falden*, die sich digital von ihrem Laptop begleiten lässt. Das Duo *Les Trucs* verwendet ebenfalls jede Menge elektronische Hilfsmittel für ihre Bühnen-Show.

Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm aus Workshops, Vorträgen, Filmen, Diskussionsrunden, Infoständen und Angeboten für Kinder rundet das Wochenende ab. Neben handwerklichen Workshops zu Straßenkunst im öffentlichen Raum, setzen sich weitere Veranstaltungen mit antimuslimischem Rassismus, Esoterikkritik oder Homophobie in der Fußball-Fankultur auseinander. Die Basisgruppe Geschichte wird Studentenverbindungen aus feministischer und antifaschistischer Sicht betrachten.

Das Antifee-Festival beginnt am Freitag, den 10. Juni, um 16.30 Uhr auf der Rasenfläche zwischen dem nördlichen Teil des Universitäts-Campus und der Straße Kreuzbergring. Eintritt wird nicht erhoben. Auch die Göttinger CONTRASTE-Redaktion beteiligt sich mit einem Infotisch.●

http://antifee.de/antifee/

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

ArchivCD.3

7 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2009 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2011 - Das alternative Adressbuch
und
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

GENOSSENSCHAFTSLÖSUNG FÜR HESSNATUR

Jetzt Mitgliedsanteile erwerben

Die im März gegründete Genossenschaft hnGeno (s. CONTRASTE Nr. 319, Seite 3) will das Butzbacher Naturmodelabel hessnatur dem derzeitigen Besitzer abkaufen und als Genossenschaft weiterführen. Wie bereits angekündigt, nimmt die hnGeno eG iG inzwischen an den Verkaufsverhandlungen um hessnatur teil. Da eine Vertraulichkeitserklärung unterschrieben wurde, darf über den Stand der Verhandlungen nichts bekannt gegeben werden, so eine Pressemitteilung der hnGeno vom 12.5.2011.

Seit Mitte April können KundInnen und FreundInnen des Butzbacher Herstellers von ökologischer und sozial-fair produzierter Mode sowie nachhaltig interessierte GeldgeberInnen Genossenschaftsanteile zum Preis von je 250 Euro erwerben. Der Vorstand der *hnGeno* ruft dazu auf, möglichst in den kommenden Wochen in die Genossenschaft einzutreten, da davon auszugehen sei, dass *hessnatur* bald verkauft werde.

»Der Verkauf von *hessnatur* als Teil des insolventen Arcandor-Konzerns und der Versandhandelssparte Primondo ist ja schon seit längerem durch verschiedene Presseberichte bekannt«, erklärt Walter Strasheim-Weitz, Vorstand von *hnGeno* und zugleich Betriebsratsvorsitzender von *hessnatur*. Zusammen mit anderen Betriebsräten, MitarbeiterInnen und KundInnen von hessnatur sowie Aktiven von Attac und der Initiative für ein Netzwerk Solidarische Ökonomie hat er Mitte März die *hnGeno eG iG* gegründet.

Für den Kauf von *hessnatur* braucht die Genossenschaft entsprechendes Kapital und appelliert vor allem an die Kundinnen und Kunden des Unternehmens, sich jetzt in den kommenden Wochen als Mitglied an der Genossenschaft zu beteiligen. »*hessnatur* in den Händen vieler überzeugter KundInnen und nachhaltig interessierter Menschen, das ist für die Firma die bestmögliche Lösung und ein Vorzeigebeispiel für ein demokratisches Unternehmen«, so Strasheim-Weitz weiter.

Die Initiative zur Umwandlung des Unternehmens, das mit ökologischer und sozial-fair produzierter Kleidung handelt, war im Januar 2011 ins Leben gerufen worden. Zu diesem Zeitpunkt war der US-amerikanische Finanz- und Rüstungsinvestor Carlyle als möglicher Käufer für *hessnatur* ins Gespräch gekommen. In den vergangenen Wochen sind Finanzierungsplan und Geschäftsmodell für *hnGeno* erarbeitet worden. Jetzt sind sowohl die KundInnen als auch SympathisantInnen gefragt, die in sinnhaftes Wirtschaften investieren wollen: Ab sofort können sie Mitgliedsanteile an der *hnGeno* erwerben, um damit *hessnatur* dem derzeitigen Eigentümer, der Primondo Speciality Group, abkaufen zu können.

Mitglied werden und hessnatur mitstricken

»Wir gestalten den Weg zur Mitgliedschaft an der hnGeno möglichst einfach«, so Christina Pöttner, ebenfalls im Vorstand der Genossenschaft. Alle Informationen dazu, die Treuhandvereinbarung und die Beitrittserklärung können als pdf-Dokument auf der Internetseite www.hngeno.de heruntergeladen werden. Die Website ist die zentrale Kommunikationsplattform der Genossenschaft. Die Treuhandschaft dient der Sicherheit derer, die sich beteiligen möchten: Käme es nicht zum Kauf hessnaturs, erhielten sie ihr Geld von der Treuhänderin zurück. »Doch zusammen mit vielen von hessnatur überzeugten Menschen werden wir es schaffen!«, so Strasheim-Weitz.

Ab sofort können Kunden und Interessierte Mitglied bei der hnGeno werden. Die Genossenschaft will das Butzbacher Naturmodelabel hessnatur übernehmen (vgl. Bericht)

Ein Anteil an der Genossenschaft kostet 250 Euro. Damit verbunden ist eine Rückvergütung bei erfolgreichem Geschäftsjahr, so dass für Mitglieder das Einkaufen aus der Kollektion des Butzbacher Naturmodeherstellers im Nachhinein sogar günstiger wird. Schon ab einer Einlage von 1.000 Euro, was 4 Anteilen entspricht, gibt es zusätzlich zum »nachträglichen Rabatt« 4% Zinsen pro Jahr, positiver Jahresabschluss vorausgesetzt. Wichtig zu wissen: »Da in Genossenschaften das Demokratieprinzip gilt, haben alle Mitglieder, unabhängig von ihrer Einlagesumme, eine Stimme in der Genossenschaftsversammlung«, so Strasheim-Weitz.

Alle wichtigen Informationen und Möglichkeiten zur Mitgliedschaft gibt es unter www.hngeno.de. Auf der Website kann auch ein Flyer heruntergeladen werden, der über die Genossenschaft informiert, und an Interessierte weitergegeben werden kann.●

REZENSION: LINKE FABRIKINTERVENTION IN DEN 70ER JAHREN

Frühschicht

Es gibt Bücher, die rauben einem den Schlaf. Denn sie rühren an der Seele. Die »Frühschicht« ist so ein Buch. Man liest und alte Bilder steigen hoch, man wendet verstaubte Tagebuchseiten. Ja, so war es! Man war schließlich dabei, damals, als abertausende Studierende »ins Proletariat« gingen.

Ja, der Wecker, der um 4:30 Uhr zur »Frühschicht« rief, war die ständige Bewährungsprobe für das höchsteigene Klassenbewusstsein. Sofort vergessen aber waren die Mühen des Aufstehens, wenn – tröööööt – das Band anruckte, wenn der Kampf um das »Vorderwasser« begann und wehe, man trieb ab. Aber dann wirft einer den Schraubenschlüssel ins Band, das Band stockt, ruckt und steht, und dann steigt ein Schrei vielsprachig aus hunderten Jungmännerkehlen in den Hallenhimmel: Uuuuuuuuuaaaaaaaaaah! – Hass auf Fronarbeit und dennoch Stolz, ein Daimler-Bandarbeiter zu sein. Wie geht das zusammen? Jan Ole Arps beschreibt es – en detail.

Jan Ole Arps, geb. 1978, ist für die »eigentlichen 68er« (die zwischen 1938 und 1948 Geborenen) fast ein Enkel; für die Post-68er (geb. 1949-1958) eher ein Sohn. Vielleicht muss man Enkel oder Sohn sein, um gleichzeitig abgeklärt-distanziert und wohlwollend-parteilich zu schreiben.

Arps Methode: Er liefert einen Überblick über alle Fraktionen der Fabrikintervention, fokussiert aber – stellvertretend für alle maoistischen Gruppen – auf die KPD/ML, und – stellvertretend für alle operaistischen Gruppen – auf den Revolutionären Kampf.

Zentrales Recherchemittel sind Interviews mit sieben FabrikinterventionistInnen, eingerahmt von Auswertungen der »kleinen Quellen« – Zeitungen und Betriebszeitungen –, beides eingebettet in den Forschungsstand.

Jedenfalls gelingt ihm die Einfühlung in den Zeitgeist der frühen Siebziger: Die erste Welle des Ansturms gegen die Bastionen des kapitalistischen Systems war verebbt! – jetzt türmt sich die zweite Welle: Aufbruchstimmung! Die letzte Schlacht gewinnen wir! – bald! Und – wichtig! – Arps fragt nicht nach der »Wahrheit« der abstrakten revolutionären Ziele, nimmt nicht Partei für oder gegen eine der viel zu zahlreichen revolutionären (und revisionistischen) Avantgarden. Sein Wohlwollen gilt den *Motiven* der ProtagonistInnen. Er glaubt ihnen, dass sie als »Prinzen« (und Prinzessinnen!) das »Dornröschen«, die schlafende Arbeiterklasse, wachküssen (S. 75) oder »Starthilfekabel für die revolutionäre Selbstorganisation der Arbeiter« sein wollten (S. 51). Er beschreibt das, was er quellenvermittelt sieht: Das alltägliche Dasein derer, die sich zur »Frühschicht« erheben; die Mühen der Lohnarbeitszeit.

Als Phänomenologe des revolutionären So-Seins gelingt es Arps – und das ist für mich die Stärke des Buchs – vor allem die Paradoxa der revolutionären Betriebsexistenz herauszuarbeiten:

Man nimmt in Polit-Kommunen die kommunistische Zukunft vorweg und gründet Kleinfamilien, simuliert einen verblassten Arbeiterhabitus und bleibt als echte Maskerade doch anders als die Anderen. Man existiert als antiautoritärer Kulturrevolutionär und arbeitet diszipliniert, motiviert, erfüllt und übererfüllt die Akkordvorgaben. Man schneidet sich die Haare und die Jungarbeiter lassen sie wachsen. Man will die festgelegten revolutionären Ziele propagieren und wird als konsequenter Nur-Gewerkschafter in den Betriebsrat gewählt. Man will den Betrieb zur Festung im revolutionären Kampf machen, und die KollegInnen verlassen ihn jeden Feierabend im Laufschritt. Man gewinnt junge KollegInnen für seine Betriebszelle, die bei erster Gelegenheit dorthin gehen, woher man zu ihnen kam: ins Szene-Milieu und an die Uni.

Und dann verlöschte ab 1977 der rote Horizont im »Deutschen Herbst«. Die Spontis vom RK gaben als erste auf, die KPD/ML blieb bis zum bitteren Ende – in den Neunzigern machte der Letzte das Licht aus. Und – wieder ein Paradox – er ging mit einem Rentenanspruch, von dem Jetztgeborene nur träumen können.

Arps zeigt das Unvermögen der Fabrikinterventionisten, in den 80er-Jahren den neuen, globalisierten, postfordistischen Geist des Kapitalismus zu analysieren, zumal die Arbeitsplätze des revolutionären Subjekts, der multikulturellen Massenarbeiter, inzwischen in Fernost lagen. Und man übersah die Flucht aus der Arbeit, die Hinwendung zu Jobber- und Erwerbslosen-initiativen. Neue Bewegungen – neue Paradoxa: z.B.: Man hasst den Staat und lebt autonom von staatlicher Sozialhilfe. Wenig später sah sich auch die Neue Autonomie im Abseits. Weil beide Existenzweisen um die gleiche Achse, die Arbeit, rotierten: Hier maoistische Liebe zur künftigen befreiten Arbeit – dort autonomistischer Hass auf Arbeit überhaupt. Problem: Die »Zielgruppen« verwirklichten sich schon längst *in* der vorfindlichen Arbeit – oder *jenseits* der Arbeit in Bürgerinitiativen und Anti-AKW-Bewegungen.

Aber Arps will nicht das ultimative Erinnerungsbuch für Revolutionäre im Rentenalter schreiben. Es geht ihm letztendlich darum, im Hier-und-heute aufs Neue »die Frage nach einer Verbindung von radikaler Kritik und Arbeitsalltag« zu stellen. »Wie kann eine Politisierung von Arbeitskonflikten aussehen, ohne dass sie sich in abstraktem Verbalradikalismus oder aber in betriebsblindem Vor-sich-Hinwerkeln verliert?« Er hält fest an der »Hoffnung auf grundlegenden gesellschaftlichen Wandel« und schlussfolgert: »Eine Politik, die die Welt des Alltags und die Macht des Alltäglichen ignoriert, kann nicht gelingen!« (S. 9)

Was aber tun? Vielleicht »zu hören, worum es geht«; »Möglichkeiten für Gespräche organisieren und eine neue Sprache suchen«, zuerst über eigene Arbeitssituationen; Orte finden und schaffen »an denen sich eine Wut äußern kann« – als Voraussetzung für Handlungsfähigkeit, damit sich Mut entwickeln kann (S. 222). Das törnt zwar ab, klingt aber genau besehen realitätsnah in unseren düsteren Zeiten, in denen schon das Aufrechterhalten eines Treffpunkts das Nonplusultra systemüberwindender Existenz zu sein scheint.

Jedenfalls untertreibt der Titel: Es geht weit mehr um als um die Mühen der Frühschicht; man liest eine Zeitgeschichte der westeuropäischen Fabrikinterventionen, sagen wir mal, man liest den ersten Band. Der Kampf geht weiter – anders – vielleicht.●

Wolfgang Ratzel

Wolfgang Ratzel ist verantwortlich für das Autonome Seminar an der Humboldt-Universität zu Berlin – Kontakt: wolfgang.ratzel@t-online.de

Jan Ole Arps: Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren. Berlin/Hamburg 2011 – Verlag Assoziation A – Broschiert: 240 Seiten, Assoziation A, 1. Auflage (März 2011) – 16 EUR

EL SALVADOR: RADIO VICTORIA

Ende April und Anfang Mai haben MitarbeiterInnen von Radio Victoria (s. CONTRASTE Nr. 319, Seite 6) erneut Morddrohungen erhalten. Um die RadiomacherInnen in der aktuellen Bedrohungssituation zu unterstützen, ist es wichtig, Öffentlichkeit zu schaffen und den Leute in El Salvador zu zeigen, dass man auch außerhalb des Landes ein Auge auf die Geschehnisse hat. Alle Menschen, die während einer El Salvador-Reise einen Abstecher zum Radio Victoria machen, sind dort herzlich willkommen und können auch gerne ein paar Tage bleiben, um das Projekt näher kennen zu lernen. Aber auch von hier kann Druck auf die lokalen Politiker und Polizeiorgane ausgeübt werden. Gerne stellt das Ökumenische Büro München einen Kontakt zu Radio Victoria her oder verschickt einen Musterbrief sowie eine Liste mit Ansprechpartnern vor Ort, denen man diesen schicken kann.

Kontakt:
elsal@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de

Spendenkonto
(Spenden sind von der Steuer absetzbar):
Ökumenisches Büro
Konto-Nr. 5617 62 58, Stadtsparkasse München,
BLZ 701 500 00,
Stichwort: Radio Victoria

PROJEKTSUCHE

Gesucht: Ein Ort zum Leben (Mannoni*)

»Suche: Gemeinschaften/ Projekte in Südfrankreich, die in den Bereichen Unterstützung von Migranten und/oder rural revival tätig sind. Bin 63 Jahre, Rentnerin, und möchte nochmal etwas Neues anfangen jenseits von beruflichen Zwängen. Freue mich über Infos an: wiese.berg@gmx.de« Diese Anzeige hatte ich Ende 2009 in der CONTRASTE aufgegeben – keine Reaktion.

Von Regina Berg, Berlin ● Mit 63 Jahren läuft einer aber die Zeit schneller davon, und so habe ich mich selber auf die Suche gemacht und auch so einige Punkte herausgefunden, die die Suche schwierig machen:

Da sind einmal die Gründe, die in meiner Person liegen oder besser mit meinem Alter zu tun haben: Ich bin einfach nicht mehr so belastbar wie in jungen Jahren – auch wenn ich noch halbwegs fit bin – da sind doch immer einige kleine Zipperlein: ich kann nicht mehr so gut sehen, bin nicht mehr so schnell, vergesse leichter, darf dieses und jenes nicht tun oder lassen. Ich habe nicht mehr soviel Zeit Dinge aufzuschieben und möchte / brauche Zeiten für mich und vor allem für meine Freunde und Freundinnen.

Wenn ich ein Projekt aufbauen möchte: Werde ich es noch erleben, oder wie werde ich es erleben wenn es fertig ist? Der Zeitfaktor spielt eine Rolle. Wenn ich mich aber einer Gruppe anschließen möchte die schon besteht – reicht meine Zeit noch, mich dahinein zu leben? Wie sieht es da zum Beispiel aus, wenn gemeinsam gewirtschaftet wird? Ich habe eine wenn auch Minirente und bin krankenversichert – andere vielleicht nicht – wie wirkt sich das aus in einer Gemeinschaft? Andererseits möchte ich aber auch nicht in einem Seniorenprojekt leben, wo sich alles ums Altwerden dreht?

Lauter Wenn und Abers – wie sollte es nun gehen? Was will ich denn überhaupt?

Ich möchte noch mal was anderes machen als bisher – da habe ich als Rechtliche Betreuerin im Bereich der Sozialen Psychiatrie gearbeitet (siehe unten) – das will ich jetzt nicht mehr, nicht zuletzt, weil dies immer mehr zum Verwalten und zum Verhandeln mit der Verwaltung geworden ist; und weil inzwischen auch meine Energie und die Freude für sozialpolitisches Engagement und den Umgang mit diesem Personenkreis nicht mehr ausreichen. Für das noch unbestimmte Neue fehlen mir nun die Zusammenhänge und die Kontakte, und vor allem fehlen mir die genauen Vorstellungen, wie ich welche Fähigkeiten und Erfahrungen einbringen kann, wenn ich mich von meinem vertrauten Arbeitsfeld wegbewege.

Ich möchte nicht in der Großstadt leben, sondern auf dem Land, und ich möchte im Süden leben – wo es warm ist – das brauchen meine Knochen und meine Nerven, und da ist noch so ein alter Traum vom Mittelmeer. Und ob mensch nun in der Uckermark altes Dorfleben wieder zum Leben bringen will oder in Italien – geht das nicht auch? Und sich dann auch vom Land aus in die politische Arbeit einbringen? Flüchtlingsarbeit fände ich gut. Es ist kein Muss, aber ich finde es eine wichtige Aufgabe. Die Beteiligung beim Aufbau lokaler Währungen könnte mich auch interessieren, das finde ich eine wirklich spannende und wichtige Sache.

Der Ort sollte nicht zu weit weg sein – noch für Freundinnen und Freunde gut erreichbar – und die Sprache nicht zu fremd, damit sie noch (wieder) erlernbar ist. Daher denke ich vor allem an Frankreich und Italien.

Ich möchte etwas mit Leuten zusammen machen, die Ähnliches wollen, und nicht nur praktisch zusammen arbeiten, sondern auch gemeinsam nachdenken. Dann löst auch der nicht gemachte Abwasch vielleicht keinen Dauerkonflikt aus – wenn mensch denn überhaupt gleich zusammenziehen will.

Die Frage ist nur – wo und wie finde ich diese Menschen? Ich freue mich, dass ich diesen Artikel in der CONTRASTE veröffentlichen kann, und es wäre schön, wenn es diesmal Rückmeldungen gäbe.

Gibt es vielleicht hier in Berlin oder in der Nähe Leute, die ähnliche Pläne haben, Lust haben sich auszutauschen und auch gemeinsam auf die Suche zu machen? Das wäre am einfachsten. Aber ich freue mich auch über jeden Anruf oder eine Mail von irgendwo – denn der Ort, den ich suche, ist ja nicht hier in der Region zu finden.

Hier noch ein paar Infos zu meiner Person:
Anfang der Siebziger habe ich das Diplom in Soziologie gemacht, dann lange Jahre in Jugendhilfe-Projekten gearbeitet (und / oder sie mitinitiiert), die eine Alternative zu bestehenden, eher bevormundenden staatlichen Hilfsangeboten sein sollten, und die teilweise heute noch existieren. Nach dem frühen Tod meines Lebensgefährten und Mitstreiters (eigentlich war ich mehr die Mitstreiterin und er der Vorstreiter) zog ich von München nach Berlin – 1994 eine Stadt im Umbruch – das passte zu meiner Lebenssituation – und machte mich hier als Rechtliche Betreuerin selbständig – in der Aufbauphase neuer Strukturen nach der Einführung des Betreuungsrechts 1992 schien vieles möglich und gab es viel zu tun im Sinne vom anwaltlichem Engagement für die KlientInnen.

Ansonsten beschäftige ich mich gerade heftig mit Familiengeschichte – der Spurensuche nach meinem Vater, der während der deutschen Besatzung als Bahnbeamter in Polen arbeitete, und überhaupt mit dem Familienleben während der Nazizeit – das heißt aber vor allem auch mit der Geschichte der Deutschen in diesem Jahrhundert, und da kann ich hier in Berlin viel lernen und erfahren.●

Kontakt: Regina Berg, Tel.: (0 30) 618 24 49
Wiese.berg@gmx.de

** Ein Ort zum Leben – der Titel ist geklaut, aber er gefällt mir so gut. So hieß ein 1978 im Syndikat Verlag erschienenes Buch der Psychoanalytikerin Maud Mannoni, in dem sie ein Projekt gemeinschaftlichen Lebens mit behinderten Kindern jenseits der administrativen Ordnung beschreibt. Bekannt geworden war sie in Deutschland mit dem Buch: Scheißerziehung – von der Antipsychiatrie zur Antipädagogik.*

KURZ BELICHTET

BewohnerInnen kaufen ihren Freistaat
Die BewohnerInnen des »Freistaats« Christiania in Kopenhagen wollen gemeinsam den Grund und die dortigen Gebäude kaufen. Die vor 40 Jahren erfolgte Besetzung des ehemaligen Kasernengeländes in der dänischen Hauptstadt würde damit juristisch legalisiert werden. 150 Millionen dänische Kronen, umgerechnet 20 Millionen Euro, will der Staat für den »Freistaat« haben. Eigentlich ein Spottpreis im Vergleich zu den üblichen Kopenhagener Grundstückspreisen. Auf dem freien Markt würde das attraktive Gelände sicher viel mehr einbringen. Das ist für die ChristianiterInnen trotzdem nicht leicht zu stemmen, verfügen doch viele weder über Kapital noch Sicherheiten für einen Bankkredit. Der Rechtsanwalt der rund 800 BewohnerInnen ist jedoch zuversichtlich, dass sich das regeln wird. Der Kredit soll gemeinsam aufgenommen werden.
Quelle:
www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/bewohner-kaufen-ihren-freistaat/

12. Alternativer Medienpreis verliehen
Der Jahrestag von Tschernobyl, ein Leben mit Behinderung, Kinder in Armut und Neonazis in Berlin: Das sind die aktuellen Themen, die in diesem Jahr einen ersten Preis beim zwölften Alternativen Medienpreis errungen haben. Gewonnen haben Benedikt Strunz mit seiner Radiosendung zu Tschernobyl für den Alternativsender »Radio Dreyeckland«, die Rollstuhlfahrer Willi Lang und Oliver Fleiner mit ihrer Website www.behindert-barrierefrei.de, ein Kinder-Filmteam vom Bennohaus Münster mit dem selbstgedrehten Video »Verloren« über Kinderarmut und Annika Eckel mit dem Heft »Schattenbericht« über Berliner Neonazis. Einen zweiten Preis errangen Ulrike Winkelmann mit einem Beitrag für den »Freitag« (Print) und Aleksandra Kolodziejczyk mit ihrem Radiofeature über die Zeitehe im Iran. Carolin Lano von der Medienwerkstatt Franken gewann mit dem Film »Ein heiliger Berg« über den Hesselberg im Nationalsozialismus. Robert Schrem wird in der Sparte Internet für seinen Web-TV-Sender www.fluegel.tv und dessen Berichterstattung zu Stuttgart 21 ausgezeichnet.

Der mit 4.000 Euro dotierte Alternative Medienpreis 2011 wurde am 13. Mai im Bildungszentrum der Stadt Nürnberg verliehen. Unterstützt wird der Preis von der Nürnberger Medienakademie, der Stiftung Journalistenakademie, dem Mediencampus Bayern, der Stadt Nürnberg, der Friedrich-Ebert-Stiftung, den Grünen, der dju und weiteren.

Informationen zu den PreisträgerInnen gibt es auf www.alternativer-medienpreis.de/

Hungerstreik in der JVA Sehnde
Werner Braeuner, eingesperrt in der JVA Sehnde, befindet sich seit dem 8.Mai, in einem unbefristeten Hungerstreik. Anlass seiner Aktion ist, dass sich Exkremente im Knastessen befinden. Werner Braeuner verlangte darauf vom niedersächsischen Justizministerium Eigenverfügung über den Tagesverpflegungssatz für Gefangene zwecks Selbstbeköstigung. Das zuständige Justizministerium lehnte ab.

Im Falle einer Zwangsernährung kündigte Werner in einem Schreiben vom 27.04.11 die Selbsttötung an, da die Zwangsernährung keine Lösung des Konflikts resultierend aus der jetzigen Situation sei.
Protestmails an:
Niedersächsisches Justizministerium in Hannover
pressestelle@mj.niedersachsen.de

DER POLITISCHE KRIMI

»Malefizkrott«

Eine alle drei Monate erscheinende CONTRASTE-Serie für alle, die neben politischen Aktionen und alternativem, selbstverwaltetem Leben Krimis lesen wollen.

Von Roman Schweidlenka ● Was einmal war, ist nicht mehr, oder: Fast nicht mehr. Dieses Schicksal ereilte auch alternative und linke Buchläden. Was früher Kristallisationspunkte kritischer, aufmüpfiger Kultur waren, die noch an eine bessere Zukunft via Bildung und Aufklärung glaubten, fristet heute oft als spärliche Reste einstmals goldener Zukunft ein Schattendasein und kämpft um das wirtschaftliche Überleben. Kommerzliteratur und Supermarkt-Buchketten sowie das Abdriften in die Tiefen des Internets haben dem wertvollen, dem ausgefallenen Buch mit persönlicher Betreuung durch engagierte VerkäuferInnen und den kleinen, mutigen Verlagen fast den Todesstoß versetzt.

In diese gesellschaftliche Situation platziert Christine Lehmann ihren neuen Krimi »Malefizkrott«. Privatschnüfflerin Lisa Nerz geistert interessiert durch die letzten Paradiese »echter« Buchkultur und stößt dabei bei einer Lesung auf eine merkwürdige, von ihrem Vater gemanagte junge Schriftstellerin, die mit provokanten Sex-Erzählungen, die sie selbst nie erlebt hatte, die Seiten der Presse erobern kann. Das Dumme bei ihrer Karriere: Ihre Lesungen werden von Leichen begleitet, d.h. sie ziehen fast magisch Morde an. Versteht sich, dass die etwas skurrile Lisa Nerz sich des Falls annimmt und alsbald zum weiblichen Bodygard der vermutlich bedrohten jungen Literatin wird. In diese Krimihandlung webt die Autorin noch eine vergangene Geschichte aus dem linken militanten Widerstand ein, die plötzlich wieder – durchaus problematisch – lebendig wird.

Christine Lehmann hat mit ihrer bisexuellen Heldin Lisa Nerz eine alternative Kultfigur geschaffen, mit der sie sich in der linken und alternativen Szene einen Namen machen konnte. Von ihr liegen zahlreiche Romane auf, darunter auch ein Band mit kürzeren Erzählungen, der den Titel »Notorisch Nerz« trägt. Lehmann ist ihrem Verlag treu geblieben. Sie schwört auf »ariadne kriminalromane«.●

Christine Lehmann: Malefizkrott. ariadne kriminalromane im Argument Verlag, Hamburg 2010, 11 EUR

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Der Extremismus der Dummheit

Jugendprojekt verweigert Unterschrift unter »Gesinnungs-Klausel«

Im Land Brandenburg gibt es über 70 Orte und Häuser für alternative Projekte unterschiedlicher Ausrichtung. Neben selbstorganisierten Jugendzentren gibt es selbstverwaltete Wohnprojekte, Kommunen und Landprojekte. Diese bieten hunderten von Gruppen und Initiativen Raum für Projektarbeit, technische Unterstützung und erproben solidarische Lebensformen. Eins davon ist das seit 17 Jahren in Neuruppin existierende JugendWohnProjekt MittenDrin. Von dort gehen verschiedene Projekte und Initiativen aus. Eins davon ist das Workcamp für Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück.

Im vergangenen Jahr legten sie Wege und Gleisanlagen frei, entfernten Unkraut und Baumbewuchs auf dem ehemaligen Siemenslager und legten Grundrisse der Montagehallen wieder frei. Neben Buchlesungen auf dem Markt in Fürstenberg, wo es zu Gesprächen mit AnwohnerInnen und TouristInnen kam, wurde im Archiv recherchiert und ReferentInnen gelauscht. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen organisieren in diesem Jahr zum zweiten Mal ein freiwilliges Workcamp auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück. Dort werden knapp 40 TeilnehmerInnen aus der Region in Kooperation mit der Gedenkstätte für eine Woche arbeiten und Seminare besuchen.

Zivilgesellschaft unter Extremismusverdacht
Über Jahre hinweg wurden in Brandenburg Menschen ermuntert, sich zivilgesellschaftlich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Solch wichtige und nachhaltige Projekte in der Region können von den bundesweit angebotenen staatlichen Programmen gegen Rechtsextremismus finanziert und gefördert werden. Nun wird aber von allen AkteurInnen, die sich um Fördergelder bemühen, verlangt, dass sie die sogenannte Extremismusklausel unterschreiben. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) verlangt von allen Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und dafür Geld aus den Programmen ihres Ministeriums in Anspruch nehmen, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie eine Garantie für die Verfassungstreue von allen PartnerInnen, mit denen sie zusammenarbeiten. Das erste ist unnötig und das zweite ist die Aufgabe staatlicher Behörden.

Da das »JugendWohnProjekt MittenDrin« sich nicht an der Bespitzelung von KooperationspartnerInnen und ReferentInnen beteiligen möchte, bekommen sie für ihr engagiertes Projekt keine öffentlichen Gelder. Deshalb werben sie um Spenden und suchen sich alternative Finanzierungswege.

Erinnerung an Radikalerlass 1972
Ein wenig erinnert die Aktion des Ministeriums an den Radikalenerlass aus dem Jahr 1972. Danach war es für viele Jahre so: Wer als Postbote, Lokomotivführer oder Polizist nicht hinreichend Gewähr bot für seine Treue zu Staat und Verfassung, der konnte nicht Beamter werden – und wenn er es schon war, wurde er entlassen. Die Klausel hat, darüber sind sich heute auch die einig, die sie damals für notwendig gehalten haben, mehr geschadet als genutzt: Die Praxis trug dazu bei, dass eine ganze Generation mit Recht auf Distanz zum Staat ging. Damals dauerte es fast ein Jahrzehnt, bis auch führende PolitikerInnen diese Praxis als Fehler bezeichneten.●

Mehr Informationen: http://jwp-mittendrin.de

Katrin Schubert

ARTIKELSERIE »DIE KINDER DES SISYFOS«, DRITTE FOLGE

Die Brücke über den Rhein

In dem jahrelangen, schließlich erfolgreichen Kampf der Bevölkerung am badischen Kaiserstuhl gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in den Wyhler Rheinauen gab es viele einzelne Aktionen, in denen sich der Widerstandswille der Bürgerinitiativen herausbildete und festigte. Wie eine Probe auf den großen Kampf gegen das AKW war 1974 die Besetzung des Baugeländes für das Bleiwerk im benachbarten französischen Marckolsheim.

Erste erfolgreiche grenzüberschreitende Bauplatzbesetzung in Marckolsheim (Elsass) 1974/1975. Walter Moossmann im Freundschaftshaus in Marckolsheim

Von Erasmus Schöfer ● Empörung. Der Reporter vom Südwestfunk steckte Belz das Mikrophon fast in den Bart: Sagen Sie noch mal – was ist passiert?

Ich bin heute morgen um sechs auf den besetzten Bauplatz in Marckolsheim gefahren, in friedlicher Absicht. Bei der Rückfahrt hat man mich verhaftet und mich dann des Landes verwiesen. Ohne Begründung.

Herr Landrat Dr. Mayberg, was sagen Sie zu diesem Vorfall? Was werden Sie veranlassen? Kann eine deutsche Behörde das hinnehmen?

Keinesfalls werden wir! Dieser Vorgang ist ohne Beispiel! Da wollen wir doch mal sehn, was uns die Herren in Marckolsheim zu sagen haben!

Bravo! Das ist die Sprache! Auf den Tisch hauen! Ein paar Beifallsklatscher.

Inzwischen bitte ich die Bürgerinitiativen, sich nicht durch unbedachte Schritte selbst ins Unrecht zu setzen. Herr Dr. Schött, ich appelliere da auch an Sie als Sprecher der Bürgerinitiativen. Ich verspreche Ihnen, daß wir Sie sofort informieren.

Aber die Brücke bleibt besetzt!

Das war Belz. Und die Rufe sprangen wieder hin und her:

Den Riegel verstärken! Niemand mehr durchlassen! Begleitschutz für den Landrat! Warum nicht auch Breisach zumachen? Traktoren auf die Brücke! Über Breisach auf den Platz! Der Landrat muß rüber!

Die Herren bestiegen ihren schwarzen Mercedes, wurden zur Auffahrt durchgelotst, 9 Uhr 30, gleich hinter ihnen stellten sich wieder die Männer auf, die von der Platzwache in Windjacken und Regenmänteln, die vom Feld in Overalls und den blauen Leinenjacken. Die wartenden Touristen schimpften im Hintergrund, trauten sich nicht bis an diese Frontlinie.

Aber die Grünen von der Landpolizei wurden jetzt aktiv, zehn, zwölf Mann waren inzwischen an der Brücke, der Oberkommissar dabei, offenbar vom Landrat herbeizitiert. Betulich redeten sie auf die Bürger ein, solange der Landrat verhandele wenigstens einige Wagen durchzulassen, nicht Unrecht gegen Unrecht zu setzen, sie müßten sonst daran denken, die Öffnung zu erzwingen, was man ihnen doch ersparen möchte, schließlich handele es sich um die eignen Nachbarn, die zur Arbeit ins Elsaß müßten. Auch Hans Schött fand, daß den Franzosen ihr Unrecht nun eindeutig vor Augen geführt sei.

Ein Student aus Freiburg argumentierte dagegen, der Landrat würde gar nichts erreichen, wenn sie jetzt freiwillig die Brücke räumten, nur Druck könne etwas bewirken. Belz schlug vor, die Sperre aufzuheben, aber als erste müßten die Wagen der Bürgerinitiativen mit den Transparenten rüberfahren. Große Heiterkeit. Auch von den Polizisten konnten sich nicht alle das Grinsen verkneifen. Von weiter hinten dirigierten andere Polizisten zwei Touristen-PKWs durch die Menge, hinter jedem schwappten die Menschen sofort wieder zusammen, es entstand keine Gasse. Der Kommissar wedelte die Männer der Kette zur Seite, widerstrebend ließen sie die Wagen durch, auf Tuchfühlung mit den Karosserien, verängstigte, starre, neugierige Gesichter im Innern, und mit dem zweiten Wagen drängten zwanzig, dreißig Leute, viele Frauen nach vorn, standen die Brückeneinfahrt mitsamt den Polizisten zu, ein menschlicher Pfropfen.

Auf dem Platz sprach die Polizei jetzt über einen Lautsprecherwagen, verlas einige Autonummern, erzeugte Stille, klar war die Aufforderung an die Fahrer zu hören, sich zu ihren Fahrzeugen zu begeben, den Anweisungen der Polizei Folge zu leisten.

Keine Veränderung, keine Bewegung.

Mehrmals wurde die Aufforderung wiederholt, ausgeschmückt mit den Appellen an das Verantwortungsbewußtsein der Bürgerinitiativen, der öffentliche Fahrweg müsse freigehalten werden, andernfalls würden die Wagen abgeschleppt. Die späteren Einladungen, eher bittend als drohend vorgetragen, bewirkten schon keine Aufmerksamkeit, keine Stille mehr. Nur Flachsereien, die Fahrer seien Pinkeln, beim Frühschoppen, wieder bei der Mutti, zu lange hätte man sie hier schon warten lassen.

Die Polizei war gelähmt durch den passiven Widerstand der Kaiserstühler. Und kaum einer dachte jetzt daran, daß sie mit den Autokennzeichen das Mittel für spätere Rache in den Einsatzheften hatte.

Zwei ortsfremde PKWs wurden noch in Zentimeterarbeit durchgeschleust, dann blieb der Reisebus aus Titisee endgültig zwischen zwei Wagen stecken, der Fahrer stellte den Motor ab, stieg aus und erklärte den entmutigten Polizisten, daß er sich nicht den Lack zerkratzen lassen werde. Der letzte Durchlaß war zu. Sepp, der Königschaffhauser Winzer, stieg in den Bus, zog eine Flasche Spätburgunder seiner Winzergenossenschaft aus der Jackentasche, reichte sie entkorkt den beiden älteren Damen in der ersten Reihe, bemühte sich, hochdeutsch zu sprechen: Ich habe leider keinen Pokal dabei, aber probieren Sie mal – nicht gleich runterschlucken! Schmecken Sie die Blume von diesem Gewächs? Das produzieren wir hier. Nun schauen Sie aus dem Fenster – auf diesem Limberg, da wo die Bäume aufhören, da wächst so etwas Herrliches. Nicht in Italien, nicht in Afrika – in unserer Heimat! Geben Sie ruhig weiter, jeder einen Probeschluck. Der ganze Kaiserstuhl ist voll davon. Das wollen sie uns jetzt mit Bleistaub und Radioaktivität vergiften, die hohen Herren mit dem dicken Geld! Unsre Existenz zerstören! Drüben in Marckolsheim durch das Bleiwerk, hier in Wyhl mit einem Atomkraftwerk. Mitten in der Rheinaue. Gehen Sie da mal spazieren! Die ist nämlich einmalig in ganz Baden und Süddeutschland, dieser Oberrhein, was da gesungen und geschnattert wird von hundert Sorten Vögeln. Und das Wasser, die Quellen, wir sagen: der Altrhein – das können Sie so trinken, aus der Hand! Sepp sah die immer noch abwehrenden, skeptischen Blicke, keiner schien Lust auf Altrheinwasser zu haben, er schaute nach draußen, nach Unterstützung, umsonst, kratzte sich hörbar die borstigen Haarstoppeln.

Bild: Archiv

Wenn Sies nicht glauben, ist ja auch kaum zu glauben, dann hol ich Ihnen einen von uns, der ist Fischer, der erzählt Ihnen einen Roman! In Sasbach, da wo Sie eben durchgefahren sind, da sehn Sie noch, wie schön hier früher die Dörfer mal waren, mit dem Fachwerk und den Blumen an jedem Fenster. Wir haben immer den Kopf hingehalten, wenn die oben Krieg machen wollten, hier an der Grenze, wir waren die ersten, die bezahlt haben. Die meisten Dörfer sind zerstört gewesen. Jetzt ist wieder Krieg am Kaiserstuhl! Aber nicht Deutsche gegen Franzosen. Wir haben ja dieselbe Sprache, Elsässer und Badener, wir wissen, daß wir keine Feinde sind, sondern die sitzen ganz woanders. Deshalb verteidigen wir unsre Heimat und sagen: Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!

Sepp hatte immer wieder die beiden älteren Damen angesehn bei seiner Rede, als ob er sie ganz besonders überzeugen müßte. Sie klatschten ein bißchen, zaghaft, die eine sah sich um, ob die andern mitmachten, aber es ging nur ein allgemeines Gerede los, da lächelten sie verlegen zu Sepp und hörten wieder auf.

Plötzlich von hinten eine starke Männerstimme: Ihr könnt uns viel erzählen! Wie soll ich das glauben, wenn die Flasche leer ist! Und der Dicke, der nun sichtbar wurde, hielt die Rotweinflasche umgekehrt in die Höhe. Kein Tropfen mehr – alles ausgesoffen von unsern Damen! Da brach das Eis. Die Leute klatschten, verlangten nach mehr Wein. Sepp konnte auch lachen, und seine erst zaghafte, fast schüchterne Stimme zeigte sich nun im vollen Umfang: Meine Herrschaften, rief er über den Lärm, meine Herrschaften – die beiden Cafés sind geöffnet. Die Sonne kommt auch raus – nutzen Sie die Gelegenheit zu einem unvergeßlichen Frühschoppen! Und sprechen Sie mit den Leuten draußen, wenn Sie mehr wissen wollen.

An der Brücke hatte sich die Lage noch verschärft. Um den Franzosen ihren amtlichen Pflichteifer zu beweisen, hatten andre Polizisten einige Wagen aus Frankreich auf die Brücke gewinkt, die standen nun vor dem Menschenhaufen, konnten nicht vor und kaum zurück. Die Fahrer ließen ihre Ungeduld an den Hupen aus, machten damit aber nur den Polizisten ihre Hilflosigkeit noch deutlicher. Wütend liefen einige an der Wagenkette entlang, brachten das Hupkonzert zum Schweigen, begleitet vom Gelächter der Leute am Ufer.

Belz hatte nach Hause telefoniert, seine Freilassung gemeldet.

Als er wieder zur Brücke kam, bugsierte die Polizei grade die ersten französischen Wagen ans badische Ufer, Buhrufe und Proteste begleiteten die Aktion, die erst aufhörten, als auch der schwarze Dienst-Mercedes des Landratsamtes in der Reihe erschien. Landrat Mayberg stieg kopfschüttelnd aus dem Fond, die Männer und Frauen bestürmten ihn, aber er sagte nur: Nichts. Ziemlich leise.

Wie nichts? Was heißt das?

Lothar Mayberg hob beide Arme hoch, ließ sie herunterfallen: Nichts. Niemand weiß was. Und zuckte wenig staatsmännisch die Achseln.

MJa, und? Das gibts doch nicht! Spielen die Franzosen mit Ihnen Blindekuh? Verarschen tun die uns! Der Funkreporter und der von der Badischen drängten sich an ihn, wollten Erklärungen, glücklos. Dann gehn wir jetzt alle zu Fuß rüber und diskutieren mit ihnen! schrie Belz über die Köpfe. Das gab Feuer, Bewegung.●

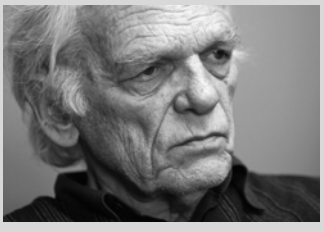
(aus »Zwielicht«)

In seinem Zeitroman »Die Kinder des Sisyfos« schildert der in Köln lebende Schriftsteller Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989.

Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die Leserinnen und Leser an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Er erzählt von den Erfolgen und Niederlagen, den Hoffnungen und Enttäuschungen der Menschen, die sich mit den in unserer Gesellschaft vorhandenen Ungerechtigkeiten und Machtverhältnissen nicht abfinden. Es sind die Widerstandsleister für eine humane und solidarische Gesellschaft.

In neun Folgen druckt CONTRASTE Auszüge, in denen von selbstorganisierten Aktionen oder der Suche nach Wegen zu einer solidarischen Gesellschaft erzählt wird. Das mehr als zweitausendseitige Epos ist in vier Bänden erschienen. Jeder der Romane kann auch für sich gelesen werden. Wir danken dem Dittrich-Verlag für die Abdruckgenehmigung. Erasmus Schöfer hat für »Die Kinder des Sisyfos« 2008 den Gustav-Regler-Preis bekommen. Wir wünschen dieser Geschichte von unten viele Leserinnen und Leser.

Erasmus Schöfer



»Die Kinder des Sisyfos« beruhen überwiegend auf meinen eigenen Erfahrungen. Ich war immer ein politisch engagierter Schriftsteller und habe mich in die demokratischen Bewegungen hinein begeben, um zu sehen, wie die Menschen sich wehrten oder welche Initiativen sie im Interesse der demokratischen Entwicklung der Gesellschaft ergriffen. Zum Beispiel gegen das Atomkraftwerk in Wyhl am Kaiserstuhl, als es so eine erste ganz breite Bürgerbewegung gegeben hat, die überhaupt nicht etwa nur links anzusiedeln gewesen wäre. Da gab es zwar Linke, aber auch Christsoziale und Umweltbewegte. Ein ganz breites Spektrum von Menschen hatte sich da zusammengefunden, deshalb bin ich hingefahren, habe recherchiert und auch selber an dieser Bürgerbewegung teilgenommen.

Das erwähne ich als Beispiel dafür, dass die Grundlage dieser Romane die persönliche Erfahrung ist, die ich natürlich beim Schreiben angereichert und ergänzt habe durch das, was ich in meinem Archiv gesammelt habe und was ich in anderen Büchern nachlesen konnte.

Anzeige

Erasmus Schöfer
Die Kinder des Sisyfos

Ein Frühling irrer Hoffnung
Zwielicht
Sonnenflucht
Winterdämmerung

Ein gewaltiges literarisches Unternehmen ist in diesem Herbst zu einem Abschluss gekommen … Ein parteiisches Buch, auf der Seite der organisierten Arbeiter, der Kommunisten, der Gewerkschafter, der kämpfenden Gewerkschafter, nicht der Funktionäre. Ein kämpferisches Werk, mit einem kraftvollen Glauben daran, dass Literatur die Lebensverhältnisse der Menschen verändern kann.
Volker Weidermann
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

www.dittrich-verlag.de

RISIKEN UND NUTZEN VON ANONYMISIERUNGSDIENSTEN

Von Zwiebeln und Schnüfflern

Bei jedem Mailabruf, bei jedem Besuch einer Webseite hinterlässt ein Rechner seine Identifikation auf dem Server, die IP-Adresse, eine Zahl ähnlich einer Telefonnummer. Zwar ist diese Zahl im privaten Bereich nicht ganz so fest wie die Telefonnummer, aber insbesondere staatliche Stellen können wenigstens für ein paar Tage, mit der Vorratsdatenspeicherung für ein halbes Jahr, darauf aufbauend herauskriegen, wer was im Netz gemacht hat.

Abhilfe sollen da Dienste wie JAP oder TOR schaffen. Bei beiden handelt es sich um Anonymisierungsdienste, deren Ziel es ist, Kommunikation im Internet weniger leicht (oder gar nicht) nachvollziehbar zu machen. An sich ist das natürlich eine feine Sache, doch wer solche Dienste einsetzt, sollte wissen, was er/sie tut. Falsch eingesetzt können sie nämlich mehr schaden als nutzen. Deshalb wollen wir in einem Zweiteiler einen kleinen Einblick in die Welt der anonymisierenden Proxies, der verschlüsselten Protokolle und der Angriffe darauf geben. Dass es dabei dann und wann ein wenig technisch zugeht, ist nicht zu vermeiden. Wer allerdings einen Rechner am Netz betreibt (und dafür reicht schon die normale »Einwahl«), sollte von all den Dingen jedenfalls mal gehört haben.

Worum geht es?

Anonymisierungsdienste haben grundsätzlich die Funktion, gegenüber einem entfernten Rechner zu verschleiern, woher eine Anfrage kam. Das kann z.B. bei Google interessant sein, weil dort durchaus gespeichert wird, von welchem Rechner (identifiziert durch seine IP-Adresse) welche Suchanfrage kam. Wer, wie die Polizei, sowohl Google als auch die Telekommunikationskonzerne zur Auskunft verpflichten kann, kann so (im Prinzip) herausfinden, wer alles »Gentrifizierung« gesucht hat (1). Google hat, das nebenbei, für diesen Zweck natürlich andere Mittel als die IP, was dort nötig ist, weil eben Google eben in der Regel nicht auf die Kooperation der Telekoms bauen kann.

Um zu verhindern, dass der Server (also z.B. Google) die IP des eigenen Rechners sieht, tritt im einfachsten Fall ein so genannter Proxy (»Stellvertreter«) zwischen euch und den Server. Ein Proxy ist nichts anderes als ein weiterer Rechner, dessen Aufgabe ist, eure Anfragen an den Rest des Netzes weiterzugeben. Euer Rechner sagt diesem Proxy also beispielsweise, welche Webseite ihr haben wollt, und der Proxy fragt an eurer Stelle den Zielrechner. Für den Server, und das ist der erste Knackpunkt, sieht es dann so aus, als wolle der Proxy Näheres über die Gentrifizierung wissen. Über so einen Proxy lassen aber idealerweise viele Menschen ihre Anfragen laufen, so dass jedenfalls Google nicht mehr weiß, wer sich nun für Städtebau interessiert und wer es bei der Bundesliga bewenden lässt.

So etwas ist nett, wenn es nur gegen Google geht, reicht aber nicht aus, um einem ganzen Staat zu entkommen. Der kann sich einfach auf eure Leitung ins Netz setzen und zusehen, was ihr mit dem Proxy zu reden habt – dafür reicht eine gerichtliche Anordnung, und die ist hierzulande nicht schwer zu bekommen. Eine recht offensichtliche Abhilfe ist, den Verkehr zwischen euch und dem Proxy zu verschlüsseln, so dass es jedenfalls prohibitiv teuer wäre, die Sachen mitzuschneiden. So in etwa funktionierten die ersten Versionen von JAP, und für den Anfang ist das auch gar nicht schlecht.

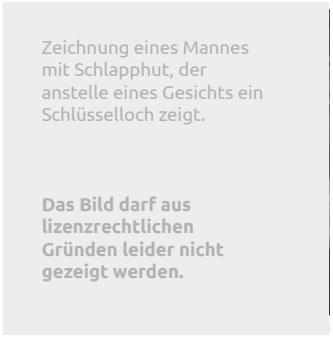
Für einen Staat allerdings ist es keine große Kunst, sich vor und hinter den Proxy zu klemmen und nachzusehen, was der Proxy tut, nachdem von irgendwem ein Wunsch hereinkam – jedenfalls im großen Mittel wird er damit weit kommen. Noch erschweren geltende Gesetze so etwas, aber da etliche Betreiber solcher Proxies längst gelobt haben, mit den sie beherbergenden Staaten zusammenzuarbeiten, ist das vorläufig nicht wichtig. Der Staat kann sich das ganze Abhören sparen und einfach die Betreiber fragen, die genau sagen können, was da durch ihre Rechner gegangen ist.

Onion-Routing

Es ist also jedenfalls riskant, den in der Regel kommerziellen BetreiberInnen von Proxies zu trauen, denn die sind für ihr Geschäft auf die Kooperation mit den zuständigen Staaten angewiesen – bei weitem nicht nur chinesische DissidentInnen, die von Yahoo ans Messer geliefert wurden, werden davon beredt Zeugnis geben können, wenn sie den Knast verlassen haben.

Um nun auch ohne Vertrauen zu individuellen BetreiberInnen anonym kommunizieren zu können, haben Hacker das so genannte Onion Routing (OR) ersonnen und ein Programm namens TOR (»The Onion Router«) geschrieben, das diese Idee umsetzt. Beim OR verpackt euer Rechner ein Datenpaket mit einer Reihe Schalen, deren jede die nächstinnere komplett umhüllt. Eine Zwiebel (daher der Name) ist ein ganz gutes Modell dafür. Im Unterschied zu einer Zwiebel braucht man aber für jede Schale ein anderes Messer, ohne das an den Inhalt nicht heranzukommen ist. Diese Messer sind nun quer durchs Netz verteilt, über einen ganzen Satz von Proxies.

Auf dem Weg zum Zielserver entfernt der erste Proxy nur die äußerste Schale und weiß zwar, woher das Paket kam, nicht aber, wohin das Paket am Schluss soll und auch nicht, was drin ist. Er weiß nur, an welchen Proxy es als nächstes soll. Dieser nächste Proxy entfernt die nächste Schale, kennt aber nicht mehr euch als ursprünglicheN SenderIn, sondern nur seinen unmittelbaren Vorgänger und den Proxy, der die nächste Schale entfernen kann. So geht das eine Weile, bis am Schluss endlich die letzte Schale abgepellt wird und das Paket an seine Zieladresse geht, also vielleicht den Webserver von Indymedia oder euren jabber-Server. Das besorgt der letzte Proxy in der Kette, ein so genannter Exit Node (bei TOR spricht man statt von Proxies lieber von Nodes, also Knoten, gemeint ist aber das Gleiche).

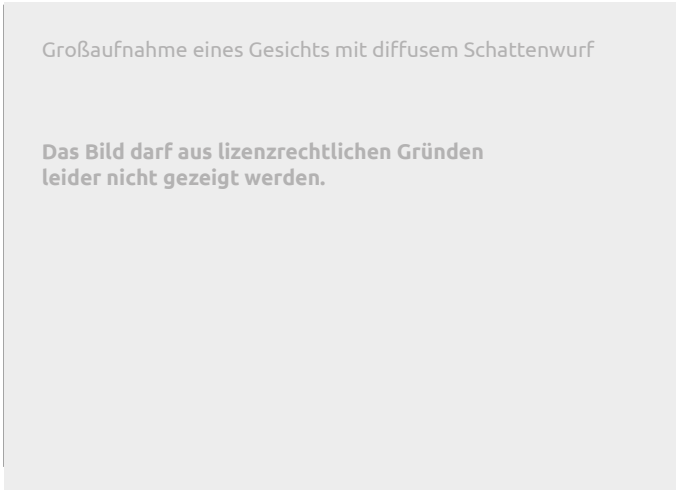


Dieser kennt nun den Inhalt eures Pakets, weiß aber nicht mehr, woher es kam, sondern nur, an welchen Proxy eine eventuelle Antwort des Zielrechners gehen soll. Wenn diese Antwort kommt, wird sie in ähnlicher Weise zurückgeschickt, und zwar so, dass nur ihr den Inhalt der Nachricht lesen könnt und kein Proxy in der Kette mehr weiß als seinen unmittelbaren Vorgänger und Nachfolger.

In der Tat macht das der Staatsgewalt das Leben ziemlich schwer, und so dürfte es nicht verwundern, dass sie etwas dagegen unternimmt. Es ist natürlich nichts an all dem illegal, aber das muss in einem Rechtsstaat nicht stören: Willkürliche Hausdurchsuchungen gehen immer und taugen wunderbar als extralegale Strafaktion.

Rechtsfreie Räume

Vor einigen Jahren haben diese Exekutivstrafen richtiggehend Kampagnencharakter angenommen. BetreiberInnen von Exit Nodes bekamen ziemlich absehbar zu meist unmöglichen Zeiten verbeamteten Besuch, der jedenfalls mal alles auf den Kopf gestellt hat und, je nach Laune, auch mal die gesamte Hardware mitgehen ließ.



Vorwand ist typischerweise, dass über den der/dem Heimgesuchten zuzuordnenden Exit Node Urheberrechtsverletzungen begangen oder Kinderpornografie besorgt wurde.

Die Durchsuchungen sind durchweg sinnlos, da die Exit Nodes nicht bei den BetreiberInnen zuhause stehen. Weiter ist sogar den Staatsanwaltschaften klar, dass der Internetverkehr des Exit Nodes in aller Regel überhaupt nichts mit dem Internetverkehr des/der BetreiberIn zu tun hat und dass, selbst wenn das nicht so wäre, garantiert keine Spuren der inkriminierten Taten auf deren Rechnern zuhause nachzuweisen sein werden. In der Tat wurde am Rande solcher Hausdurchsuchungen schon mehrfach eingestanden, man wisse schon, dass es nichts zu finden gebe, aber »rechtsfreie Räume« seien ja nicht tolerierbar. Der Erfolg, namentlich die Einstellung des Betriebs des Exit Nodes, bleibt dann auch nur selten aus.

Der Staat verfolgt hier ein Kalkül, das erfahrene Castor-AktivistInenn kennen dürften. So wie diese versuchen, die uneinnehmbaren Festungen der Kraftwerke an der Achillesferse der Transporte anzugehen, versucht der Staat hier, das an sich recht sichere TOR-Netzwerk durch Verknappung der Ausgänge zu packen. Müssen die BenutzerInnen typischerweise zwei Stunden auf eine Antwort aus dem »echten« Netz warten, werden sie entnervt wieder überwachbar und mithin aus Sicht der Obrigkeit »sicher« kommunizieren. Unterdessen können kommerzielle Unternehmungen das Angebot entsprechender Dienste unter geregelter Staatsaufsicht fortführen. Womit fraglos Freiheit und gedeihliche Wirtschaftsentwicklung gerettet sind.

TOR verwenden?

Dass der Staat mit harten Bandagen gegen TOR vorgeht, hat gute Gründe – es macht ihm das Belauschen seiner BürgerInnen in der Tat fast unmöglich, wenn diese wissen, was sie tun. Dies gilt übrigens unabhängig davon, ob wir wieder eine Vorratsdatenspeicherung kriegen oder nicht; die in ihrem Rahmen erfassten Daten haben größtenteils mit dem eigentlichen Internetverkehr nicht viel zu tun.

Anonymisierungsdienste sind im politischen Bereich wertvoll, wenn etwa die Staatsgewalt die komplette Internet-Verbindung abhört (das erfreut sich massiv steigender Popularität in diesen Kreisen), oder wenn sie durch Beschlagnahme oder Ausforschung Daten von Rechnern, mit denen mensch kommuniziert hat (also z.B. Webserver), in die Hände bekommt. Und auch sonst mag der Rückschluss von Aliasen (etwa in Instant Messaging- oder Filesharing-Programmen) auf reale Personen durch Anonymisierung schwieriger werden. In weiterer Ferne könnte sogar das Anbieten von Inhalten (also das Betreiben von Webseiten) anonym möglich werden.

Andererseits ist TOR kein Allheilmittel, auch TOR kommt nicht gegen die Weisheit an, dass es auf absehbare Zeit nichts geben wird, das mit einem Klick für Sicherheit gegen Überwachung sorgt. Dieser Wahrheit musste sich jüngst auch die Gegenseite stellen, als haufenweise Zugänge zu Mailaccounts von Botschaften und anderen Regierungsstellen auf einer Webseite veröffentlicht wurden (2). Auch diese hatten TOR verwendet, aber dabei offenbar nicht bedacht, dass dem Exit Node der Datenverkehr ohne Zwiebelhäute offen steht. Ist er ohne TOR unverschlüsselt, läuft er auch am Exit Node unverschlüsselt vorbei. Auch ohne den Absender des Pakets zu kennen, kann man in unverschlüsselte Datenpakete reingucken, und das lässt, z.B., wenn sich jemand gerade auf einem Webmail-Account eingloggt, durchaus interessante Schlüsse zu. Im (nicht unwahrscheinlichen) Extremfall bekommt man dann eben die Passwörter frei Haus geliefert. TOR kontrolliert nicht, wer Exit Nodes betreibt – solche Möglichkeiten stehen also auch dem Inlandsgeheimdienst oder dem Staatsschutz offen.

Also: TOR kann für Anonymität sorgen, nicht aber für Verschlüsselung der Daten selbst – natürlich nicht, denn diese muss zwischen euch und dem Ziel eurer Kommunikation ausgehandelt werden. Dieses Ziel ist aber nicht Teil des TOR-Netzes (3), und so ist TOR da machtlos. Für unverschlüsselte Kommunikation ist TOR sogar eine zusätzliche Gefährdung, denn der durch TOR gehende Verkehr wird die Ohren der Lauscher bis auf weiteres quasi magisch anziehen.

Im nächsten Heft wird es deshalb darum gehen, was ihr guten Gewissens über TOR verschicken könnt und was nicht ins TOR-Netz – und eigentlich auch nicht ins normale Internet – gehört. Außerdem werden wir an zwei Beispielen (Debian/Ubuntu und dem Privacy Dongle für Windows) kurz diskutieren, wie ihr TOR verwenden könnt.●

Datenschutzgruppe der Roten Hilfe Heidelberg
datenschutzgruppe@rotehilfe.de
PGP Fingerprint: a3d8 4454 2e04 6860 0a38 a35e d1ea ecce f2bd 132a
www.datenschmutz.de

1) Das Beispiel ist nicht rein fiktiv – das BKA hat extra mal eine Webseite betrieben, um an Interessenten an diesem Begriff ranzukommen.
2) www.heise.de/security/news/meldung/95262.
3) Tatsächlich ist auch vorgesehen, allerlei Dienste, ggf. sogar anonym, im TOR-Netz anzubieten. Das ist allerdings noch so experimentell, dass es für diese Betrachtung keine Rolle spielt.

Anzeige

Anzeige

FAMILIENGENOSSENSCHAFT, MANNHEIM

GENOSSENSCHAFTEN

Verschiedene Generationsphasen berücksichtigen

Kinderbetreuung und Unterstützung von Senioren unter einem Dach

Die Familiengenossenschaft ist eine Dienstleistungsgenossenschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar, die sowohl qualifizierte Kinder- und Seniorenbetreuungspersonen, als auch Unternehmen wirtschaftlich zusammenschließt. In der Familiengenossenschaft eG arbeiten Tagesmütter, Kinderfrauen und Familien-PflegeassistentInnen auf genossenschaftlicher Basis und in gegenseitiger Verantwortung zusammen. Wichtigstes Ziel ist die Unterstützung von Familien, um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege zu gewährleisten.

Von Dorothea Frey, Red. Genossenschaften ● Die Familiengenossenschaft vereint unter ihrem Konzept die vier Säulen einer qualifizierten Fachberatungsstelle für qualifizierte, flexible Kindertagesbetreuung. Dies sind Fachberatung für Familien, bedarfsgerechte Vermittlung, Qualifizierung und Begleitung der Betreuungsverhältnisse. Zu den Leistungen zählen insbesondere die Vermittlung von Tagesmüttern, Kinderfrauen, Babysittern, Ferienbetreuung und Notfallbetreuung. Die Genossenschaft unterhält drei, demnächst vier betriebsnahe Kindertagespflegestellen, in denen Kinder von 0-3 Jahren im familiären Rahmen der Kindertagespflegestelle betreut werden.

Flexible Kinderbetreuung

Durch die rechtliche Gleichsetzung der Kindertagespflege mit den Kindertagesstätten soll das Gesamtangebot für Kinder und Familien verbessert werden. § 23 SGB VIII gibt der Kindertagespflege mit ihren drei Säulen der Beratung, Vermittlung und Qualifizierung die rechtliche Basis. Die Fachberatungsstelle der Familiengenossenschaft sichert eine professionelle und qualitativ gute Kindertagesbetreuung zu. Dabei bezieht sich der gesetzlich festgeschriebene Beratungsanspruch nicht nur auf die Tagespflegepersonen, sondern auch auf die Eltern des Tagespflegekindes und deren berufsbedingten Herausforderungen. Die angebotene Fachberatung hat den Anspruch, die Betreuungs-, Erziehungs-, Bildungsarbeit und Lebensgestaltung von Kindern qualitativ zu sichern, zu verbessern und weiterzuentwickeln. Wichtigste Ziele bei den Beratungen sind immer:

- die Sicherung des Kindeswohls;
- die stabilen und auf Dauer angelegten Betreuungsverhältnisse;
- die qualitativ gute und professionelle Kindertagespflege.

Unternehmensporträt

Gründungsjahr: 15.09.2006.
Unternehmensgegenstand: Zur Verfügungsstellung von personenbezogenen Haushaltsdienstleistungen.
Mitgliederzahl: 85 Dienstleistende Betreuungspersonen, 41 Mitgliedsunternehmen.
Finanzierung: Jahresmitgliedsgebühren u.a., Erlöse
Umsatz: ca. 200.000 Euro Jahresumsatz
Kunden: MitarbeiterInnen der Mitgliedsunternehmen

Das Erreichen der Ziele kann an der Zufriedenheit und Kompetenzerweiterung der Kinder, der entspannten Verhältnisse von Eltern und Tagespflegepersonen untereinander und im Umgang mit dem nahen Umfeld gemessen werden. Weitere Indikatoren sind: niedrige Anzahl von Abbrüchen von Kindertagespflegeverhältnissen. Die Familiengenossenschaft eG bietet die Beratung und Supervision durch besonders qualifiziertes, sozialpädagogisches Fachpersonal an. Zu den Beratungsleistungen zählen:

- Einzelberatungen für Eltern und Tagespflegepersonen;
- Praxisbegleitende Beratung für die Tagespflegepersonen;
- Erstberatung von Eltern vor der Vermittlung;
- Konfliktberatung;
- Regelmäßige Gruppensupervision.

Betreuungs- und Pflegeaufgaben

Die Familiengenossenschaft eG bietet ihren Mitgliedsunternehmen Informationsveranstaltungen zum Thema: »Wo fängt Pflege an« an, um diese für die Doppelbeanspruchung von Beruf und Pflege zu sensibilisieren. Oft stellt sich heraus, dass in Unternehmen noch

wenig über häusliche Betreuungs- und Pflegeaufgaben von MitarbeiterInnen gesprochen wird. Die Folge für die MitarbeiterInnen ist häufig Überforderung und schlimmstenfalls »Burnout«. In den Mitgliedsunternehmen soll so eine Gesprächskultur aufgebaut werden, die es MitarbeiterInnen ermöglicht, sich selbstverständlich über Betreuungs- und Pflegeaufgaben auszutauschen.

Die Familiengenossenschaft eG war von 2008 bis 2010 Modellstandort beim Projekt »Unternehmen Familie« der Robert-Bosch-Stiftung und des Bundesfamilienministeriums. Ziel war es, Berufstätige der Mitgliedsunternehmen mit älteren, kranken oder behinderten Familienmitgliedern bei der Betreuung und Pflege zu unterstützen und damit ein Ausscheiden aus der Berufstätigkeit zu verhindern. Denn die persönliche Verpflichtung gegenüber pflegebedürftigen Familienmitgliedern stellt für alle MitarbeiterInnen eine erhebliche Belastung dar. Diese sozial integrierende Arbeit reduziert die Beschäftigungsquote insbesondere bei Frauen, sie verhindert die regelmäßige Möglichkeit zur Regeneration in der Freizeit.

Hilfssystem für Erwerbstätige

Aus der Perspektive von Erwerbsbiografien schließt die Verpflichtung für die Pflege der eigenen Elterngeneration eng an die Erziehungsarbeit der eigenen Kinder an und überlappt sich mit Großelternpflichten zur Entlastung der eigenen Kinder. Gerade diese familiär engagierten MitarbeiterInnen mit ihren für alle Betriebe und für die Gesamtgesellschaft so wertvollen ethischen Qualitäten brauchen also ein flexibles und unbedingt verlässliches Hilfssystem. Die Dienste der Familiengenossenschaft eG berücksichtigen mit ihrer Arbeit alle Generationsphasen. Sie sind so auf den beruflichen Einsatz abgestimmt, dass langfristig Erwerbstätigkeit gefördert wird. Tatsächlich kann eine breite Palette von Leistungen in Anspruch genommen werden:

- Transport- und Begleitdienste;
- Unterstützung in der Alltagsbewältigung;
- Grundpflege;
- Einkaufsdienste, Kochen, Essen reichen;
- Wäschepflege;
- Unterstützung bei Behördengängen, bei Verwaltungsaufgaben;
- Haushaltsnahe Dienstleistungen;
- Eingewöhnungshilfen nach Krankenhaus- oder REHA Aufenthalt;
- Unterstützung bei der Freizeitgestaltung;
- Organisation von Sozialkontakten;
- Zusammenarbeit mit den Angehörigen.

Leistungsspektrum für Familien

Was leistet die Familiengenossenschaft für Familien? Ältere Menschen sollen dabei unterstützt werden, solange wie möglich in ihrem eigenen Zuhause zu verweilen, ohne zu vereinsamen. Gleichzeitig sollen die pflegenden Angehörigen, durch professionelle haushaltsnahe Dienstleistungen, soweit entlastet und unterstützt werden, dass sie ihre Berufstätigkeit nicht aufgeben müssen. Die pflegerischen- und oder haushaltsnahen Dienste werden von selbständig arbeitenden Familien-/PflegeassistentInnen durchgeführt, die ihre Arbeit als Mitglieder der Familiengenossenschaft eG anbieten. Personalverantwortlich handelnde Betriebe haben damit die Gewähr ausschließlich qualitätsgeprüfte Dienste angeboten zu bekommen – und dies in einer so flexiblen Form, wie sie nur im genossenschaftlichen Rahmen zu organisieren ist.

In der Praxis stellt die Familiengenossenschaft eG nach einer ausführlichen Fachberatung qualifizierte, flexible Familien-/PflegeassistentInnen bereit, die stundenweise als selbständig Tätige ältere Menschen in ihrem häuslichen Umfeld so betreuen. Es ist auch möglich, dass Privathaushalte als Arbeitgeber auftreten und die Familien-/PflegeassistentInnen einstellen. Hierbei ist die Familiengenossenschaft eG auf Wunsch unterstützend tätig. Die nach § 87b ausgebildeten Familien-/PflegeassistentInnen können auch als zusätzliche Betreuungskräfte für demenzerkrankte Menschen in Pflegeheimen eingestellt werden. Für Notfälle hat die Familiengenossenschaft einen Notbetreuungsdienst eingestellt, der über ein Notfalltelefon erreicht werden kann. Auch darüber soll berufstätigen Personen ermöglicht werden, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Qualitätssicherung im Verbund

Was kosten die Leistungen der Familien-PflegeassistentInnen? Selbständige Familien-PflegeassistentInnen kosten pro Stunde 20 Euro und angestellte Familien-/PflegeassistentInnen brutto pro Stunde 9 Euro. Die Rechnungsstellung erfolgt über die Familiengenossenschaft eG. Die Qualitätssicherung wird durch regelmäßige Gruppensupervision und Weiterbildungsveranstaltungen gewährleistet. Eine Trägerzertifizierung ist erfolgt.●

Weitere Information:
www.Familiengenossenschaft.de,
Telefon: (06 21) 862 506-0, Fax: 862 506-20,
E-mail: dorothea.frey@familiengenossenschaft.com

»WIR FÜR UNS« (WfU) SENIORENNETZWERK, HEROLDSBACH

Die Grenzen zum Verein sind fließend

Anteilszeichnung und regelmäßiger Beitrag als Finanzierung

Das Netzwerk »Wir für uns« (WfU) geht nach mehrjähriger Planung jetzt als Genossenschaft in die Realisierungsphase. Ziel des Projektes ist es, diejenigen Mitbürger im Alter zu unterstützen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, um ihnen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu Hause zu ermöglichen. Eine Umfrage unter den Haushalten im Rahmen einer Fragebogen-Aktion hat gezeigt, dass sich der Bedarf an Unterstützungsleistungen auf haushaltsnahe Dienstleistungen und Fahrdienste konzentriert.

Von Alexander Hitschfel, Red. Genossenschaften ● Die Initiative »Wir für uns« (WfU) will das vorhandene Seniorenangebot in der Gemeinde Heroldsbachs ergänzen. Die WfU will Hilfe für alle Senioren bieten, wenn sie 60 Jahre oder älter, auf Hilfe angewiesen und in Heroldsbach oder einer Nachbargemeinde wohnen. Hilfe ist unabhängig von einer Mitgliedschaft in der Genossenschaft und kann zeitweise oder dauerhaft beantragt werden. Helfer, die Leistungen anbieten wollen, müssen jedoch Mitglieder der WfU sein. Sie werden auf die Hilfstätigkeit vorbereitet, bestimmen selbst wobei, wann und wie oft sie helfen möchten. Die Helfer verpflichten sich zu bestimmten Verhaltensregeln. Sie werden durch die Genossenschaft versichert.

Die Hilfe wird ein Entgelt kosten. Das Motto der Organisation: »Hilfe soll erschwinglich, aber nicht wertlos« sein«. Vorgesehen ist ein Stundensatz von acht Euro pro Stunde zuzüglich eventueller Kosten des Helfers wie zum Beispiel Fahrtkosten und Parkgebühren. Die kleinste Verrechnungseinheit sind 30 Minuten. Wartezeiten des Helfers zum Beispiel beim Arztbesuch müssen nicht bezahlt werden. Das Entgelt ist an das Netzwerk zu entrichten. Der Helfer bekommt 75 Prozent des Entgelts als Entschädigung für seinen Zeitaufwand.

Flexible Gegenleistung

Der Helfer kann seine Aufwandsentschädigung flexibel nutzen. Er kann sie an die Genossenschaft spenden, sich monatlich auszahlen lassen, oder als Guthaben zur Altersvorsorge bei der WfU ansparen. Die angesammelten Guthaben können unterschiedlich verwendet werden. Zum einen als Zeitguthaben für spätere Gegenleistung durch die WfU, oder als verzinstes Geldguthaben oder als eine Kombination von beidem.

Wer möchte, kann in der Genossenschaft auch Mitglied werden. Hierzu muss ein einmaliger Genossenschaftsanteil in Höhe von 120 Euro erworben werden; hinzu kommt noch ein Jahresbeitrag über 36 Euro (Singles) oder 48 Euro (Ehepaare). Neben Hilfesuchenden und Hilfeleistenden sind für den Erfolg des Netzwerkes auch Funktionsträger notwendig. Man ist auf der Suche nach drei Aufsichtsräten, zwei Vorständen, eine Buchhaltungskraft und drei Personen für die Disposition der Hilfeleistungen. Wer sich als Hilfesuchender oder Funktionsträger zur Verfügung stellt, kann sich bei Hermann Vortmann unter (0 91 90) 7 26 melden.

Gründung vorbereitet

Derzeit wird die Gründung der Genossenschaft vorbereitet. Im Juni 2011 sollen die Vorbereitungen abgeschlossen sein. Mit dem »Geschäftsbetrieb« wird dann voraussichtlich im August oder September 2011 begonnen. Auf Seiten der politischen Gemeinde Heroldsbach findet das private Engagement der Heroldsbacher Bürgerinnen und Bürger ebenfalls Gefallen. Sie unterstützt das Projekt beispielsweise mit der zur Verfügungstellung von Räumen, die als Geschäftsräume verwendet werden können. TV Oberfranken hat bereits einen Beitrag über das Projekt gedreht.●

SENIORENGENOSSENSCHAFT RIEDLINGEN

GENOSSENSCHAFTEN

Im Dreiklang von Ehrenamt, Zeitwährung und unmittelbarer Auszahlung

Eine Antwort auf den demografischen Wandel

Menschen, die heute in den Ruhestand gehen, sind zumeist noch recht vital und oft auch interessiert an einem sinnvollen Betätigungsfeld nach dem Beruf. Eine von Senioren selbst verwaltete Bürgereinrichtung, die Versorgung im Alter sicher stellt, scheint ein sinnvoller Weg zu sein. Die als Verein organisierte Seniorengenossenschaft Riedlingen hat für ihre gute Arbeit schon viele Auszeichnungen erhalten. Mit ihren 132 Mitarbeitern und rund 650 Mitgliedern betreut sie 280 Menschen und erzielt dabei einen Jahresumsatz von 720.000 Euro.

Von Josef Martin, Red. Genossenschaften ● Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um zu sehen, dass die bis bisher vorhandenen Finanzierungs- und Versorgungsstrukturen nicht mehr ausreichen werden, den demografischen Wandel zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund gab es im Oktober 1990 im Staatsanzeiger des Landes Baden-Württemberg eine Ausschreibung für ein Modellprogramm Seniorengenossenschaften in Baden-Württemberg. An zehn verschiedenen Einzelbeispielen sollte die Umsetzung der Solidarform Seniorengenossenschaft in Baden-Württemberg erprobt werden. Hierfür wurde eine Anschubfinanzierung gegeben. Dem Antrag der schon vorher bestehenden Riedlinger Initiative auf Aufnahme in dieses Modellprojekt wurde stattgegeben. Damit war auch die Bezeichnung der zu gründenden Einrichtung als »Seniorengenossenschaft« vorgegeben.

Gründung in Selbsthilfe

In der ersten Phase, noch vor der Modellförderung, wurden von dem Initiator Menschen in der Stadt Riedlingen angesprochen. Von diesen nahm er an, dass sie innovativen Lösungen zu Problemen des demographischen Wandels aufgeschlossen gegenüber stehen. Gespräche wurden auch mit Einrichtungen geführt, die in diesen Bereichen arbeiten. Schon nach kurzer Zeit bildete sich eine Gruppe von etwa 20 Personen heraus, die die Gründung einer Selbsthilfeeinrichtung vorbereitete. Diskutiert wurde über mögliche Bedarfe und was an Angeboten entwickelt werden soll. Themen waren zudem die notwendigen Rahmenbedingungen, um Menschen zum Mitmachen zu motivieren, sowie eine Organisationsstruktur, die rein bürgerschaftlich und ohne hauptamtlich Beschäftigte funktionieren kann.

Es gab keine Beispiele, alles musste neu entwickelt werden. Die Vorarbeiten zur Gründung dauerten deshalb knapp zwei Jahre. Am 9. April 1991 wurde schließlich die »Seniorengenossenschaft Riedlingen« als erste Seniorengenossenschaft in Deutschland gegründet. 111 Personen sowie die evangelische Kirchengemeinde und die Volksbank Riedlingen waren Gründungsmitglieder. Die katholische Kirchengemeinde, die Stadt Riedlingen und die Hospitalpflege Riedlingen sind mittlerweile ebenfalls Mitglieder.

Rechtsform Verein

Um mit den Modellprojekten rasch starten zu können, wurde vom Land angeregt, zunächst in der Rechtsform eines eingetragenen Vereines zu gründen und zu einem späteren Zeitpunkt die Umwandlung in eine eingetragene Genossenschaft vorzunehmen. Entsprechend wurde bei der Gründung die Rechtsform e.V. gewählt. Die Satzung war allerdings schon weitgehend auf die Rechtsform der eG ausgerichtet. Schon bald wurden Gespräche wegen einer Umwandlung mit einem Genossenschaftsverband geführt. Nach eingehender Prüfung kam der Verband zu der Meinung, die Rechtsform e.V. sei unter den gegebenen Voraussetzungen die geeignetere. Für die Außenwirkung ist entscheidend, dass nach genossenschaftlichem Gedankengut gehandelt und gearbeitet wird.

Im weiteren Verlauf zeigte sich, dass die Rechtsform eines e.V. für diese Form von Bürgeraktivitäten tatsächlich zweckmäßiger ist. Zwei Faktoren sind dafür ausschlaggebend:
1. Um eine hohe Identifikation der Bürger mit einer von ihnen selbst zu tragenden Einrichtung zu erreichen, sollten sie möglichst Mitglied werden, auch dann, wenn sie noch keine Leistungen in Anspruch nehmen oder anbieten.
2. Es besteht von Anfang an ein erheblicher Grundfinanzierungsbedarf, z.B. für Versicherungsbeiträge, Werbung, allgemeine Verwaltungskosten. Erfahrungsgemäß dauert es längere Zeit, bis über entsprechende Nachfrage von Leistungen ausreichend Erträge erwirtschaftet werden können. Ein ganz wesentlicher Finanzierungsanteil sind in den ersten Jahren daher Mitgliedsbeiträge oder Genossenschaftsanteile.

Vorteile des e.V.

Bei einer Genossenschaft stehen meist nur einmalig die Genossenschaftsanteile zur Verfügung. Diese sollte nicht direkt für die Finanzierungen laufender Ausgaben eingesetzt werden, sondern nur deren Erträge. Um genügend Erträge zu erhalten, müssten deshalb verhältnismäßig hohe Genossenschaftsanteile gezeichnet werden. Die Folge wäre voraussichtlich eine kleine Mitgliederzahl, weil viele Ältere sich hohe Anteile gar nicht leisten können.

Ein Verein dagegen kann jährlich Mitgliedsbeiträge erheben. (Seit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes geht dies auch bei der eG). Diese können direkt zur Bezahlung auch nicht investiver Ausgaben verwendet werden. Damit wird es möglich, auch bei überschaubaren Mitgliedsbeiträgen eine Grundfinanzierung des Vereines zu sichern. Durch die geringeren finanziellen Anforderungen an die Mitglieder gelingt es, mehr Mitglieder zu gewinnen. Für das Funktionieren des Vereines ist dies sehr wichtig. Bei der »Seniorengenossenschaft Riedlingen« liegt der Beitrag für Einzelpersonen bei 32 Euro für Paare bei 46 Euro für Institutionen bei 50 Euro im Jahr.

Fahrdienste können manchmal anstrengender sein, als die Dienstleistung vermuten lässt

Entgelt oder Zeitgutschrift

Die Seniorengenossenschaft verfolgt verschiedene Ziele. Zu den wichtigsten Anliegen gehört:
• Sie bietet alle erforderlichen Hilfen an, um es den Mitgliedern zu ermöglichen, bis zum Lebensende in ihrem Wohnumfeld zu verbleiben. Eine Übersiedlung in ein Heim soll möglichst auf Schwerpflegefälle reduziert werden.
• Sie eröffnet den freiwilligen Mitarbeitern die Möglichkeit für den Zuverdienst zu einer eventuell geringen Rente oder aber noch zusätzlich für das Alter durch Bildung von Rücklagen vorzusorgen.

Wer mitarbeitet, kann frei entscheiden, ob er sich das Entgelt auszahlen lässt, oder ob er dieses bei der Seniorengenossenschaft anspart. Wer anspart, kann später Leistungen hierfür gesichert wieder abrufen. Es gilt der Grundsatz, wer heute 100 Stunden arbeitet und anspart, kann später 100 Stunden kostenfrei wieder abrufen. Die Höhe des bezahlten Stundenlohns wird somit unerheblich, weil bei diesem System Stunde gegen Stunde verrechnet wird.

Diese Möglichkeit wird von einem großen Teil der Mitarbeiter genutzt. Sie schaffen sich damit eine Reserve für die Zeit, in der sie selbst Unterstützung benötigen. Selbstverständlich verbleibt das angesparte Geld im Eigentum und der vollen Verfügungsgewalt der jeweiligen Person. Das Geld kann jederzeit auch wieder in bar abgerufen werden. Dann verfallen natürlich die Stundenguthaben im entsprechenden Umfang. Auf diese Weise ist es möglich, mit einem sehr günstigen Stundensatz zu arbeiten, der trotzdem für die Mitarbeitenden attraktiv ist. Der günstige Stundensatz ermöglicht auch Personen mit niedrigen Einkommen Leistungen einzukaufen. Eine große Zahl früherer Mitarbeiter hat die erworbenen Stundengutschriften bereits wieder in Anspruch genommen oder löst diese gerade ein.

Warmes Essen wird von den Mitarbeitern zur Mittagsstunde zu den Senioren ins Haus gebracht

Vielfältige Arbeitsfelder

Die Seniorengenossenschaft Riedlingen bietet alles, was notwendig ist, damit Mitglieder zu Hause wohnen bleiben können und um deren Lebensqualität zu erhalten. Jegliche Hilfe im Haushalt und Garten, warmes Essen wird zur Mittagsstunde ins Haus gebracht, Fahrdienste, Beratung, Vermittlung von barrierefreiem Wohnraum, Tagespflege, teilstationäre und häusliche Betreuung von Demenzkranken. Jede Stunde Dienstleistung kostet den Leistungsnehmer 8,20 Euro. Für einen km Fahrdienst werden 0,30 Euro berechnet.

Kurzporträt Seniorengenossenschaft

- wurde am 9. April 1991 gegründet;
- organisiert Hilfe für Ältere und nutzt dabei gleichzeitig das Potential älterer Menschen;
- hat um die 650 Mitglieder;
- hat 132 Mitarbeiter;
- finanziert sich aus Erlösen für Dienstleistungen und Mitgliedsbeiträgen;
- hat einen Jahresumsatz von 720.000 Euro;
- betreut um die 280 Menschen.

Motivation zur Mitarbeit

Im Unterschied zu vielen anderen freiwilligen Hilfsdiensten garantiert die Seniorengenossenschaft ihre Leistungen. Ältere und hilfsbedürftige Menschen können sich auf die Leistungserbringung verlassen. Dies führt zu einer hohen Akzeptanz in der Gemeinde. Für die Gesellschaft ist damit ein wesentlicher Kostenvorteil verbunden. Dadurch dürfte es möglich sein, die Erhaltung menschenwürdiger Lebensverhältnisse auch für die Zukunft finanziell zu sichern.

Von entscheidender Bedeutung für die Sicherstellung der Leistungserbringung ist eine genügend große Anzahl von Mitarbeitern. Nach den Erfahrungen aus den vergangenen 20 Jahren gelingt dies nicht ausschließlich auf der Basis von Ehrenamt. Bisher haben sich nur die Freiwilligenorganisationen gut entwickelt, die Mitarbeitern ein Entgelt gewähren. In Riedlingen erhalten Mitarbeiter ein Entgelt von 6,80 Euro je Stunde. Der überwiegende Teil arbeitet im Rahmen der sogenannten Übungsleiterpauschale. Hier können bis zu 2.100 Euro je Jahr abgabenfrei verdient werden. Einige Mitarbeiter werden auch auf 400 Euro Basis beschäftigt. Für sie übernimmt die Seniorengenossenschaft die anfallenden Abgaben in Höhe von 30%.

Wichtig für die Mitarbeitermotivation ist auch, dass sie ihr Arbeitsfeld selbst mitgestalten können. Für die verschiedenen Arbeitsbereiche gibt es jeweils eine Gruppe von Mitarbeitern, die soweit wie möglich eigenständig arbeiten. Dazu gehört beispielsweise, die Einsatzpläne selbst gestalten, den Umfang des Engagements selbst bestimmen und auch sonstige für die Gruppe wesentliche Dinge selbst zu regeln. In jeder Gruppe gibt es einen Ansprechpartner, der moderiert und der Kontaktperson zur Gesamtverwaltung und zum Vorstand ist. Um die Mitarbeiter zu qualifizieren, werden regelmäßig Schulungen angeboten.

Ehrenamtliche Leitung

Die Seniorengenossenschaft arbeitet in der Verwaltung und auch im Dienstleistungsbereich ausschließlich mit freiwilligen Mitarbeitern, ungefähr 60% davon sind weiblich. Lediglich für die Pflegedienstleitung der beiden Tagespflegen existiert jeweils eine hauptamtliche Stelle. Diese sind Voraussetzung für die Anerkennung der Tagespflege durch die Pflegekassen.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist es sehr gut möglich, eine bürgerschaftliche Organisation ohne hauptamtlichen Geschäftsführer zu führen. Dadurch werden die Verwaltungskosten deutlich minimiert und dies ohne Qualitätseinbußen. Im Vorstand und in der Verwaltung der Seniorengenossenschaft arbeiten fast ausschließlich im Ruhestand befindliche Personen. Sie bringen exzellente Kenntnisse aus ihrem Beruf mit und setzen diese nutzbringend ein, z.B. der Betriebsleiter eines Industriebetriebes, ein Verwaltungsfachmann, ein Steuerberater, ein Buchhalter, eine Journalistin sowie eine Anwaltssekretärin. Eine solche bunt zusammengesetzte Führungsmannschaft gab es in all den zurückliegenden 20 Jahren. Sie gewährleistete immer eine fachlich hervorragende Leitung.●

Weitere Informationen:
Seniorengenossenschaft Riedlingen,
Färberweg 20, 88499 Riedlingen
Tel.: (0 73 71) 83 94
E-Mail: mail@martin-Riedlingen.de
Internet: www.martin-riedlingen.de

SEN.FIT, MÜLLHEIM

GENOSSENSCHAFTEN

Wohnen – Beschäftigung – Freizeit

Der ländliche Raum als Experimentierfeld für neue Lebensprojekte

Dort wo, Wertschöpfung in der älter werdenden Gesellschaft zum Wettlauf um Marktanteile und zur Abzockmentalität verkommt, fehlt ein starkes Gemeinwesen, das miteinander und füreinander denkt, plant und handelt. Wo geht der Aufbau von Alternativen dazu besser, als in der eigens dafür gedachten Gesellschaftsform, die als oberstes Ziel die Förderung der Mitglieder hat – in der Genossenschaft. Den kleinsten Nenner für das Gemeinwesen gilt es zu finden und standort- bzw. gruppeninteressenbezogen umzusetzen.
Bei der Dachgenossenschaft sen.FIT, der Wohnungsgenossenschaft für ALT + JUNG, soll das, was diesen kleinsten Nenner ausmacht, rund um das Bedürfnis WOHNEN »gebaut« werden.

Von Hans-Martin Scheuermann, Red. Genossenschaften ● Bewusst in den »dritten Lebensabschnitt«, das ist die Grundidee vom Gründerteam der Genossenschaft sen.FIT. Strukturen planen und aufbauen, die es in der heutigen Gesellschaft noch viel zu selten gibt und diese einem suchenden Personenkreis als Muster zur Verfügung stellen, wird gleichzeitig als Herausforderung und Geschäftsidee verstanden. So wurde WOHNEN – BESCHÄFTIGUNG – FREIZEIT, die sinnfälligste Kombination für das Vorhaben. Wo (und wie) kann das für ein Gemeinwesen (Gruppe, Bedürfnisse, Standort, ?) besser konzipiert und umgesetzt werde, als in einer Wohnungsgenossenschaft, die gemeinsame Ziele / Bedürfnisse / Interessen hat, bei denen durch gemeinsames (Be-)Wirtschaften auch eine besondere Wirtschaftlichkeit im täglichen Leben / Miteinander entsteht?

Erste Umsetzungsschritte

Die Initiatorengruppe ging an die Aufgabe und hat diese ersten Überlegungen in einen »gemeinsamen Nenner«, in ein Geschäftsmodell, die Dachgenossenschaft sen.FIT, gegossen. Je nach Gruppe und/oder Standort können darin weitere Zielsetzungen eingebunden werden. Das Grundkonzept: Hausgemeinschaften unter dem Dach der sen.FIT-Wohnungsgenossenschaft für ALT + JUNG – mit definierter Projektgröße und »gut durchmischten« Hausgemeinschaften (Projektgemeinschaften), die mit Unterstützung der Genossenschaft »moderiert« werden.Wie sieht so etwas aus, wie wird dafür geworben: Die Projektabsicht haben die Gründer der sen.FIT – der Wohnungsgenossenschaft für ALT+ JUNG – in einem Projektinfo-Flyer skizziert. Darin wird auf den Hintergrund und das Ziel des genossenschaftlichen Wohnmodells ebenso eingegangen wie auf den Wohnraumanspruch und die Strukturlegung eines moderierten Gemeinwesens. Mit den abgebildeten Auszügen aus dem Flyer soll dazu ein kurzer Einblick gewährt werden.

Großes Entwicklungspotential

Beim Lesen des Flyerabschnitts werden vielleicht noch nicht die immensen Variationsmöglichkeiten, die in der Struktur des Wohnmodells in genossenschaftlicher Organisationsform liegen, deutlich: Neben dem Grundgedanken WOHNEN – BESCHÄFTIGUNG – FREIZEIT für altersgemischte Projektgruppen (Mehrgenerationen) als Genossenschaftsbetrieb zu organisieren, können vielfältige Bedürfnisse, Aktivitäten, ? (Versorgungs- / Hilfsstrukturen, Börsen, ?) an die Grundmodelle angedockt werden, die zusätzlich wirtschaftliche Möglichkeiten für die Projektbeteiligten, Hausgemeinschaften, Genossenschaftsmitglieder eröffnen. Zum Beispiel ist Wohnen immer mit dem Themenkomplex Energie und Mobilität zu verknüpfen oder mit bestimmten Strukturen der Gesundheitsvorsorge und Seniorenversorgung.

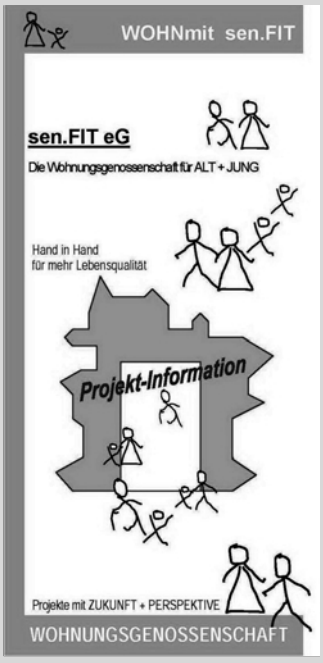
Die Frage bleibt: Wie können solche einleuchtenden Modellansätze entgegen aller Zurückhaltung und Ängstlichkeit in die Realität umgesetzt und für die Genossenschaftsmitglieder »fördernd« betrieben werden? Nur wer sich bewusst von dem in der Gesellschaft üblichen Denken, dem immer größer werdenden Individualismus zum minimalen Preis wegbewegt / abkehrt und sich mit finanziellen und intellektuellen Mitteln und Fähigkeiten oder der Muskelhypothek in solche Zweckgemeinschaften einbringt, kann den Erfolg wirtschaftlich und sozial erfahren. Die genossenschaftlichen Strukturen dafür sollen durch die Projekte der sen.FIT angeboten und begleitet werden.

WOHNmit Projekte sollen vorwiegend im gut strukturierten / infrastrukturell gut ausgestatteten ländlichen Bereich regional angeboten werden, die nicht wie städtische Strukturen diese Art von Projekten sowieso schon anzieht, sondern bedarfsorientiert in eher unterversorgten Gebieten eine Alternative zu den wenig zukunftsfähigen Wohnformen bietet. Dabei ist das Angebot der Wohnungsgenossenschaftsprojekte der sen.FIT an altersgemischte Gruppen gerichtet, in denen sich die Altersstruktur der Gesellschaft widerspiegelt. Dadurch soll ein hohes Maß an Kontinuität für das Projekt gewährleistet werden. Bereits innerhalb der Gruppe lässt sich so Leistung und Mitteleinsatz nach dem gesellschaftlichen Bedarf steuern.

Die Wirtschaftsmacht der Senioren kann beispielsweise dort, wo Bedarf vorhanden ist, eingesetzt werden. Sie verpufft so nicht gesellschaftsschädlich in den schon prall gefüllten Säckeln der »Riesen«. Die Vorteile, die sich für die Älteren in den Hausgemeinschaften ergeben, liegen auf der Hand: das Geben und Nehmen in der Nachbarschaft bietet den Rahmen für Familienersatz und Geborgenheit in der Gemeinschaft ohne die Nachteile der üblichen »Alten-Ghettos«. Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass Erfahrung und Schaffenskraft älterer Genossenschaftsmitglieder in die Gemeinschaft einfließen können und den Seniorinnen eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit bieten.

Wie einfach sich das im Genossenschaftskonzept der sen.FIT eingebundene Gemeinwesen speziell auf die Bedürfnisse der SeniorInnen ausrichten lässt, zeigt die Darstellung verschiedener vorgeschlagener Themenkreise, die beispielhaft in der Kurzvorstellung der Genossenschaft zu finden sind.

Ob es sich dabei um rein nachbarschaftliche Hilfsleistung oder bezahlte professionelle Dienstleistungen handelt, ist der Selbstorganisation der Hausgemeinschaft mit Unterstützung der Moderation überlassen. Selbstverständlich kann projekt- / standortbezogen die Unterstützung der Senioren und die Hilfe durch die Hausgemeinschaft bei der Beschaffung und Steuerung professioneller Seniorendienste stärker in den Vordergrund des Zusammenlebens rücken.



Gemeinsam statt einsam

Wer wünscht sich nicht, bis ins hohe Alter hinein möglichst unabhängig zu bleiben, ohne dabei auf ein lebendiges Netzwerk verzichten zu müssen?

Gemeinsamen Lebensraum für Alt und Jung erschließen, sich je nach Kräften und Kompetenzen gegenseitig entlasten oder unterstützen und dabei die eigenen Lebensansprüche aufrecht erhalten - all das und noch viel mehr erwartet Sie bei sen.FIT, dem generationsübergreifenden und genossenschaftlich organisierten Wohnprojekt im Breisgau und Markgräflerland.

Füreinander Dasein

Immer mehr Menschen erkennen die Chancen und Vorteile des nachbarschaftlich orientierten Wohnens und entscheiden sich bewusst **für ein Miteinander der Generationen** bzw.gegen die Vereinsamung und Singularisierung in unserer Gesellschaft.

Nicht nur für ältere Menschen bietet das sen.FIT-Wohnmodell viele nützliche Hilfs- und Beschäftigungsangebote von A wie Aufsahrten bis Z wie Zeitungstausch. Der Rückzug in die eigenen vier Wände macht es möglich,den individuellen Ruhebedürfnissen der Bewohner dabei jederzeit Rechnung zu tragen.

Miteinander Wohnen

Als sen.FIT-Genossenschaftsmitglied erwerben Sie mit einer Einlage in den Projektfond **Anspruch auf individuellen Wohnraum** in einer der Wohnanlagen.

Ob Sie sich als Paar mit Kindern, Alleinerziehende/r, Single oder Rentner für das Wohnmodell mit Zukunft entscheiden – bei sen.FIT steht das Miteinander im Vordergrund.

Beim Auf- und Ausbau eines intakten sozialen Netzwerkes werden die Mitglieder aktiv von einem engagierten Gemeinwesenbeauftragten unterstützt, der die gemeinschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen Wohnen, Beschäftigung und Freizeit organisiert.

Das Gründerteam der sen.FIT hat sich entschieden, die Gründung im Vorgriff auf die ersten Startprojekte durchzuführen. Die bisherige Arbeit und die Reaktionen der Projektinteressenten waren äußerst positiv, jedoch erfordert die Finanzierung möglicher Projekte einen zeitlichen Vorlauf, um finanzielle Grundlagen zu schaffen. Erst so kann die sen.FIT als Dachgenossenschaft mit vorzugsweise eigenen Wohnprojekten regional tätig werden und den genossenschaftlichen Betrieb als Wohnungsgenossenschaft wirtschaftlich führen.●

GENOSSENSCHAFT SENIOREN WOHNEN, NEUKIRCHEN

Ökonomische und soziale Alternative

Perspektiven ambulanter Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen

Der demographische Wandel, sich ändernde Familienstrukturen und die Heterogenität der individuellen Lebenslagen älterer Menschen erfordern neue gesellschaftliche Antworten. Dies gilt besonders hinsichtlich neuer Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen für ein würdevolles Altern.
Denn es entspricht dem überwiegenden Wunsch älterer Menschen, ihr Leben auch im Fall von Hilfebedürftigkeit möglichst unabhängig, selbständig und selbstbestimmt in der vertrauten Umgebung »zu Hause« verbringen zu dürfen. In Neukirchen wurde deshalb eine Genossenschaft gegründet, die neue Wohnformen durch ambulant betreute Wohngemeinschaften für Senioren organisiert.

Von Markus Müller, Red. Genossenschaften ● Der Erholungs- und Wallfahrtsort Neukirchen beim Heiligen Blut (Landkreis Cham) direkt an der bayerisch-tschechischen Grenze hat knapp 4.000 Einwohner, 15 Frauen und Männer sind über 90 und weitere 180 Mitbürger über 80 Jahre alt. Was bislang fehlt, ist eine entsprechende Seniorenreinrichtung. Zwar ist der Landkreis statistisch gesehen mit Altenheimen sogar überversorgt, das nächste Seniorenheim ist aber rund 15 Kilometer entfernt. Weil sich kommerzielle Anbieter mangels öffentlicher Fördergelder seit mehr als einem Jahrzehnt zurückhalten, nahmen die Verantwortlichen vor Ort die Sache selbst in die Hand. Befördert wurde dies mit der Zulassung ambulant betreuter Senioren-Wohngemeinschaften durch das Bayerische Sozialministerium. Bei einer Gesamtkostenbetrachtung ist diese Wohnform sogar deutlich günstiger als ein Heimplatz.

Die Räumlichkeiten der Seniorenwohngemeinschaften sollen so weit wie möglich der eigenen Häuslichkeit entsprechen

Selbständiges Wohnen

»Immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft werden immer älter, immer weniger Junge kommen nach. Da stellt sich schon die Frage, wer sich künftig um ältere Mitbürger kümmern wird«, so Neukirchens Vizebürgermeister Markus Müller. Senioren sollen heimatnah ein größtmögliches selbständiges Wohnen mit einer Rundumversorgung von hauswirtschaftlicher Betreuung und ambulanter Pflege ermöglicht werden, soziale Kontakt sollen nicht abreißen. Dies war für die Initiatoren die Motivation, eine passende Senioren-Einrichtung am Ort zu schaffen.

Mit dem Ersatzbau für eine zwischenzeitlich räumlich überdimensionierte Sparkasse ergaben sich Möglichkeiten, in den nun nicht mehr genutzten Räumlichkeiten darüber. Und weil mit Johann Sperl der örtliche Raiffeisen-Vorstandsvorsitzende mit im Boot war, lag die Idee der Gründung einer Genossenschaft nahe. Zweck der Genossenschaft ist unter anderem der Erwerb und die Bewirtschaftung von Immobilien zur Nutzung als seniorengerechter Wohnraum und zur Sicherung der Nahversorgung mit bedarfsgerechten Dienstleistungen. Der Wirtschaftsplan sieht vor, dass das vorgestreckte Kapital der Genossenschaft über 25 Jahre aus den Mieteinnahmen refinanziert und nach der Anlaufphase eine Dividende ausgeschüttet wird.

Vererbbare Anteile

Bei der Gründungsversammlung im Februar 2011, bei der Regionaldirektor Gerhard Hornauer vom Genossenschaftsverband Bayern wertvolle Unterstützung lei-

Fortsetzung auf Seite 10

WOGA PFULLENDORF EG

GENOSSENSCHAFTEN

Beteiligung mit Sinn als Innovation für die Pflege

Genossenschaftliches Dreistufenmodell eröffnet Perspektiven

Die Sozialgenossenschaft WoGA Pfullendorf eG (Wohnen und Gesundheit im Alter) ist Eigentümerin des neuen Wohn- und Pflegezentrums mit dem Namen: »Wohnzentrum Grüne Burg«. Das Zentrum eröffnete im Juni 2010. Mitglied der Genossenschaft können Firmen und Geschäfte, aber auch interessierte Bürger werden. Das Gebäude ist an den Betreiber des Pflegeheims, die Wohlfahrtswerk Altenhilfe gGmbH, verpachtet. In Pfullendorf werden Pflege und Wohnalltag strikt getrennt, damit die Bewohner ein möglichst »normales« Leben führen können.

Die SAGES eG, Serviceagentur für Senioren und Familien in Freiburg ist eine der wenigen Sozialgenossenschaften, die sich auf Seniorendienstleistungen konzentriert und sich damit seit mittlerweile sechs Jahren am Markt etablieren konnte (www.sages-eg.de)

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Das *Wohnzentrum Grüne Burg*, errichtet von einer Genossenschaft für Pfullendorf, wurde vom Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg initiiert. Dies ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie zählt zu den großen Dienstleistern für Senioren in Baden-Württemberg. Die neuartige Pflegekonzeption, die mit der *WoGA Pfullendorf eG* umgesetzt wird, beruht auf Erfahrungen mit einem ähnlichen Projekt in Fellbach. Dort entstand im Jahr 2000 eine der bundesweit ersten ambulanten Wohngemeinschaften in Deutschland. Ziel des Ansatzes ist es, den Menschen die Schwellenangst vor Pflegeheimen zu nehmen. Aus diesem Grund werden in Pfullendorf Pflege und Alltag strikt getrennt. Die Bewohner sollen möglichst leben wie vorher – in ihren eigenen vier Wänden.

Eigenständige Wohneinheiten

Im neuen Wohn- und Pflegezentrum gibt es abgeschlossene Wohnungen für jeweils 14 Bewohner, von denen jeder sein eigenes Zimmer hat. Dazu kommen gemeinschaftlich Wohnzimmer, offene Wohnküche und Essbereich. Der Gebäudekomplex umfasst rund 3.300 Quadratmeter Fläche auf fünf Ebenen. Die obersten drei Ebenen mit insgesamt 2.765 Quadratmetern gehören zum Wohn- und Pflegebereich mit seinen insgesamt 51 Wohneinheiten. Vier dieser Wohneinheiten können auch von zwei Personen genutzt werden, so dass maximal 55 Pflegeplätze zur Verfügung stehen. Jede Ebene umfasst eine in sich abgeschlossene Wohnung. Und jeder Besucher hat zu läuten, wenn er kommt, wie es sich für eine richtige Wohnung gehört. Das gilt auch für das zentrale Pflegeteam und die Alltagsbegleiter. Auf einer weiteren Ebene von rund 400 Quadratmeter sind Praxisräume von Ärzten bzw. Gesundheitsdienstleistern angesiedelt. Die unterste Ebene liegt auf Straßenhöhe und bietet auf 140 Quadratmetern Raum für zwei Ladengeschäfte. Die Investitionssumme für das Bauobjekt betrug knapp sechs Millionen Euro.

Die Wohngemeinschaft bietet rund um die Uhr Sicherheit. Die vielfältigen Aufgaben im Haushalt wie Reinigen, Aufräumen, Kochen usw. folgen vertrauten Mustern, die jeder von Zuhause kennt. Aktive Teilnahme, zum Beispiel bei der Mahlzeitenzubereitung, ist genauso möglich wie die Selbstbeschränkung auf den neugierigen »Topfgucker« oder den stillen Zuschauer. Allein die Bewohner entscheiden über ihre aktive Teilnahme an der Gemeinschaft oder einen zeitweiligen Rückzug in die ruhige Atmosphäre des eigenen Zimmers. Die persönlichen Wünsche, Stimmungen und Befindlichkeiten sind ausschlaggebend.

In Pfullendorf gelingt es, ein neuartiges Pflegeheimkonzept umzusetzen: die Pflege im Rahmen von Wohngemeinschaften und ihre Ergänzung durch »Alltagsbegleiter«. Die Alltagsbegleiter sind (fast) rund um die Uhr die Ansprechpartner der Bewohner für das Alltagsleben. Von früh bis spät sind die speziell ausgebildeten Helfer anwesend. Sie sorgen für den Haushalt, unterstützen, geben Hilfen und beziehen die Bewohner nach ihren Neigungen und Fähigkeiten in den täglichen Ablauf mit ein. Umfassende Unterstützung bei der Körperpflege und ärztlich verordnete Leistungen erbringen pflegerisch qualifizierte Mitarbeiter, die auch nachts anwesend sind.

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Genossenschaftliches Trägermodell

Gründe für die Wahl der genossenschaftlichen Rechtsform liegen in den vielfältigen Veränderungen im Pflegemarkt. Sie ist Folge von Marktentwicklungen, zu denen die handelnden Personen des Wohlfahrtswerks Distanz halten. Die Einführung der Pflegeversicherung Mitte der 90er beeinflusste die Entwicklung der Pflege hin zu einem »Markt«. Über die Pflegeversicherung entsteht Nachfrage mit entsprechenden Renditechancen. Dies führte zu einer zum Teil starken Übersättigung mit Pflegeplätzen. Parallel zogen sich die Kommunen aus dieser Aufgabe zurück. Eine ganz neue Branche entstand. Seitdem werden Pflegeheime gekauft und wieder verkauft. Zu solchen Investoren besteht seitens des Wohlfahrtswerks wenig Vertrauen zu einem langfristigen Engagement. Seit seiner Entstehung fühlt sich das Wohlfahrtswerk dem Gemeinwesen verpflichtet. Gepflegt werden die Beziehungen zu den Kommunen. Die Arbeit mit Ehrenamtlichen gehört zur Unternehmenskultur. Dazu passt die Genossenschaft: Die Mitglieder aus einer Region weisen einen Bezug zum jeweiligen Gemeinwesen auf. Sie ermöglichen Hilfe zur Selbsthilfe. Neben der Verwandtschaft im Denken bedeutet die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft auch eine neue Form der Finanzierung, nachdem sich die Kommunen als Geldgeber zurückgezogen haben. Sie bieten eher Zuverlässigkeit für Jahrzehnte: Heuschreckenmentalität passt eben nicht zur Pflege.

Durchdachte Entwicklungsphasen

Am 30. Dezember 2008 wurde die Genossenschaft ins Register eingetragen. In der ersten Stufe saßen nur die drei Gründungsmitglieder im Boot, das Wohlfahrtswerk und zwei seiner Töchter. Unter ihnen befindet sich die Wohlfahrtswerk Altenhilfe gGmbH, die alle Standorte betreibt und auch das neue Pflegeheim in Pfullendorf organisiert. In dieser Phase musste das Wohlfahrtswerk mehr Eigenkapital in die Hand nehmen und als Geschäftsguthaben einbringen, als ursprünglich geplant – eine Million Euro. Diese Mittel kommen aus den freien Rücklagen des Wohlfahrtswerkes, die für Investitionen in Neues zur Verfügung stehen. Als Verzinsung erwartet das Wohlfahrtswerk nur einen Inflationsausgleich. Dabei liegen die Risiken des Betriebes nicht bei der Genossenschaft, sondern bei der Tochter des Wohlfahrtswerkes, die das Pflegeheim betreibt und einen Pachtvertrag über 20 Jahre abgeschlossen hat.

In der zweiten Phase traten Akteure in die Genossenschaft ein, die in dem Haus untergebracht sind: eine Arztpraxis, Gesundheitsdienstleister sowie Mieter der Ladenflächen. Zudem engagierten sich die am Bau Beteiligten. In dieser Phase handelte es sich um eine Art Unternehmergenossenschaft.

Die dritte Stufe begann im Herbst 2009: Die WoGA lud die Bürgerinnen und Bürger von Pfullendorf ein, Mitglied der Genossenschaft zu werden. Mit ihrer Beteiligung, so die Werbung, können diese einen eigenen Beitrag zur Verbesserung der Angebote für Senioren leisten und das selbstbestimmte Wohnen im Alter stärken. Die Mindesteinlage für eine Mitgliedschaft in der Sozialgenossenschaft WoGA Pfullendorf eG beträgt 1.000 Euro. Faktisch kommt es dadurch aus Sicht des Wohlfahrtswerks zu einer »Machtverschiebung«. Letztlich ist diese aber vor allem ein Angebot an die Bürger der Stadt, mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen. Gleichzeitig wird mit diesem Ansatz eine Chance eröffnet, auch die Kommunen wieder an die Verantwortung für die Pflege heranzuführen.●

FORTSETZUNG VON SEITE 9

stete, wurden Johann Sperl (Vorsitzender) und Markus Müller zu Vorständen bestellt. In den Aufsichtsrat wurden Bürgermeister Sepp Berlinger (Vorsitzender) sowie Petra Pongratz und Franz Wellisch gewählt. Die Satzung der Genossenschaft schreibt Anteile von 1.000 Euro fest. Es könnten aber auch mehr Anteile erworben werden. Entsprechende Formulare wurden im Rathaus und in der Raiffeisenbank ausgelegt. Beendet werden kann die Mitgliedschaft unter anderem durch Übertragung auf eine andere Person oder durch Kündigung zum Jahresende. Jeweils wird dann der 1.000-Euro-Nennwert des Anteils ohne Ausgleich eines möglicherweise erfolgten Wertzuwachses ausgezahlt. Anteile könnten auch vererbt werden. Müller wies darauf hin, dass mit dem Erwerb eines Genossenschaftsanteils kein Anspruch auf einen Wohnplatz erworben wird und auch Nichtmitglieder aufgenommen werden können.

Damit dies alles eben zu bezahlbaren Preisen möglich und für einen künftigen Betreiber auch wirtschaftlich vertretbar ist, soll die Genossenschaft durch eine Mietvorauszahlung neben der Abfederung von Anlaufdefiziten vor allem Planungssicherheit für alle Beteiligten geben. »Unser Ziel war es, 250.000 Euro aus der Bevölkerung zu gewinnen«, so Vorstandsvorsitzender Hans Sperl. Nachdem eine schriftliche Abfrage der Gemeindeverwaltung vor einigen Jahren aus der Bevölkerung in etwa diese Summe ergeben hat, wurden alle angeschrieben, die damals die Zeichnung von Genossenschaftsanteilen in Aussicht gestellt haben. »Die Resonanz aus der Bevölkerung war überwältigend«, so Johann Sperl, der sich zusammen mit seinem Vorstandskollegen Markus Müller darüber freut, dass binnen sechs Wochen Anteile von fast 300.000 Euro gezeichnet wurden.

Überbrückungsfinanzierung

So kann im Sommer mit dem Ausbau des bisherigen Rohbaus begonnen werden. Hausbesitzer und Architekt Ludwig Pongratz rechnet mit etwa sechs Monaten Bauzeit, in der die von den künftigen Bewohnern individuell gestaltbaren Einzel- oder Doppelzimmer mit oder ohne Nasszelle und die Gemeinschaftsräume wie Küche, Aufenthaltsraum, Pflegebad und großer Dachterrasse entstehen. Während durch den Investor rund 300.000 Euro zu schultern sind, schießt die Genossenschaft weitere 250.000 Euro als Mietvorauszahlung zu, damit die beiden Obergeschosse sowie die herrliche Dachterrasse mit geräumigem Glaspavillon für Küche, Speise- und Aufenthaltsraum barrierefrei und seniorengerecht fertiggestellt werden können. Sowohl für den Investor als auch für die Mitglieder der Genossenschaft werden für die Finanzierungsrechnung 4,5 Prozent Verzinsung zugrunde gelegt.

Wichtige Daten zur Genossenschaft

Gründungsjahr: 2011
Unternehmensgegenstand: Gegenstand der Genossenschaft ist der gemeinschaftliche Erwerb und die Bewirtschaftung von Immobilien, zur Nutzung als seniorengerechten Wohnraum, zur Sicherung der Nahversorgung, sowie für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Einrichtungen, und die organisatorische Sicherstellung einer Versorgung mit bedarfsgerechten Dienstleistungen. Die Genossenschaft schließt Verträge mit Dritten zur Erbringung von Betreuungs- und Pflegedienstleistungen gegenüber ihren Mitgliedern.
Mitgliederzahl: 90

Weil zur Eröffnung noch nicht von einer kostendeckenden Belegung von zehn Plätzen ausgegangen werden kann, soll die Genossenschaft die Anlaufphase finanziell überbrücken. Gestundete Mieterträge sollen in den Folgejahren der Genossenschaft wieder zufließen und nach 25 Jahren soll das gesamte eingesetzte Kapital bei jährlicher Verzinsung wieder auf dem Konto der Genossenschaft sein. Nach den Worten von Hans Sperl wird die Miete je nach Zimmergröße bei rund 250 Euro und die Verpflegungskosten bei weiteren rund 250 Euro im Monat liegen. Die 24-Stunden-Betreuung und alle hauswirtschaftlichen Dienstleistungen werden mit gut 800 Euro zu Buche schlagen, so dass diese Wohnform bei einer Gesamtkostenbetrachtung günstiger ist als ein Platz im Alten- und Seniorenheim.

Anders als bei der Unterbringung in einem Pflegeheim ist in ambulanten Einrichtungen nicht der Bezirk, sondern der Landkreis als örtlicher Sozialhilfeträger zuständig. Deshalb laufen Gespräche mit der Sozialverwaltung im zuständigen Landratsamt, die auf einem guten Weg sind. »Wir setzen uns dafür ein, dass die Einrichtung unabhängig von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen für alle Senioren ermöglicht wird«, so Markus Müller.

Das Sagen haben

Für hilfs- und pflegebedürftige ältere Menschen, die wegen einer Erkrankung auf Dauer nicht mehr alleine in ihren eigenen vier Wänden leben können sowie für Demenzkranke bietet eine ambulant betreute Wohngemeinschaft die Möglichkeit, die notwendige Unterstützung und Hilfe in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig kann so das Bedürfnis nach häuslichem Wohnen heimatnah in einem bekannten Umfeld erfüllt werden. Entscheidend sei, so Markus Müller, dass die älteren Menschen zwar nicht mehr in ihrer bisherigen Wohnung leben, in der Wohngemeinschaft aber selbst als Auftraggeber weiterhin das Sagen haben. Dazu kommt in Neukirchen das Angebot des örtlichen Agenda21-Arbeitskreises »Soziales« sowie von weiteren Privatinitiativen, die Wohngemeinschaft ehrenamtlich z. B. durch Besuchs- und Begleitdienste zu unterstützen.

Ambulante Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen helfen so das Ziel möglichst großer Selbständigkeit im Alter zu verwirklichen. Außerdem gehen wissenschaftliche Untersuchungen davon aus, dass die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2040 im Vergleich zum Jahr 2000 um circa 60 oder gar um 75 Prozent steigen wird. Alleine vor diesem Hintergrund ist es notwendig, alternative ambulante Wohn-, Pflege und Betreuungsformen im Alter auszubauen. Mit der Richtlinie des Bayerischen Sozialministeriums wird der Aufbau und Ausbau alternativer ambulanter Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen, die der eigenen Häuslichkeit soweit wie möglich entsprechen, gefördert.●

FILMKRITIK

Eine Frau steigt aus

In Programmkinos läuft die Verfilmung des Romanes »Villa Amalia« von Pascal Quignard mit Isabelle Huppert als Hauptdarstellerin.

Von Gaston Kirsche ● Eine regnerische Nacht auf der Autobahn irgendwo auf der le-de-France rund um Paris. Eine Frau folgt ihrem Mann im Auto, sieht, wie er eine andere innig umarmt. Im Auto wird sie später schreien, alleine, für sich. Ab diesem Moment stellt sie alles in Frage. Sie ist die erfolgreiche Komponistin und Pianistin Ann Hidden (Isabelle Huppert). Zurück in ihrem Appartement sind ihre Lippen schmal, als sie ihrem Mann Thomas (Xavier Beauvois) eröffnet, dass es aus sei. Nach 15 Jahren, einfach so, fragt er perplex. Ja, einfach so, antwortet sie ihm klar. Er versucht sie zurück zu gewinnen, wirkt angesichts ihrer Entschlossenheit und Klarheit aber ebenso grau und Hanswurstig wie sein grauer Anzug. Am nächsten Tag arbeitet sie weiter am Klavier. Sie spielt einen disharmonischen Dialog, der fast wie zwei streitende Stimmen wirkt. In einem menschenleeren Saal übt sie auf einem Klavier. Ein Bild der Einsamkeit. Am Abend spielt sie vor vollem Saal. Eine schöne Melange aus neuer und alter Musik. Mitten im Konzert steht sie auf, geht hinaus. Ich höre auf, erklärt sie ihrem Manager. Und die Tournee? Die Aufnahmen? Nein, Nein. Ann Hidden beschließt, nicht mehr zu funktionieren. Durch die Untreue Ihres Mann ausgelöst, will sie raus aus ihrer Art zu Leben. Nach und nach löst sie Ihre Verbindungen. Sie ist so alt wie Isabelle Huppert, etwa Mitte fünfzig. Da hat sich einiges an materiellen Dingen angesammelt, die sie nun ebenso systematisch wie bedenkenlos abstößt. Ihr großzügiges Appartement mit Marmorböden verkauft sie. Ein beflissener Makler macht sie darauf aufmerksam, dass sie einen geringeren Verkaufserlös erzielt, wenn sie übereilt verkauft. Aber ihr Entschluss steht fest. Als ihr Mann sie von seiner Arbeitsreise nach London ständig versucht anzurufen, meldet sie das Telefon ab. Fotos verbrennt sie. In einen großen Müllsack nach dem nächsten entleert sie ihre Schränke. Am Abend, bevor ihre Klaviere und ihr Flügel abtransportiert werden, bespielt sie sie ein letztes Mal. Alle Menschen, mit denen sie zu tun hat, erledigen etwas für sie. Dienstleistung statt Freundschaft. Schluss damit.

Villa Amalia (Peripher Filmverleih)

Eine Fahrt in die Bretagne, zur Mutter, ein Abend mit den Freundinnen von früher. Ihnen spielt sie ihre Unruhe auf einem Klavier vor. Und lächelt zufrieden. Am Morgen eine Umarmung der gebrechlichen Mutter, ein Abschied. Sie verschweigt ihr wie allen, dass sie aus allem aussteigt. Nur ihr alter Jugendfreund Georges (Jean-Hugues Anglade) ist eingeweiht. Sie traf ihn zufällig auf der Straße, niemand sonst weiß von ihrer Verbindung. Dass gefällt Ann. So kann sie bei George Geld deponieren auf dessen Konto. Als George sie umarmt und zu küssen versucht, stößt sie ihn zurück. Sie will keine Liebesbeziehung. Ihr eigenes Bankkonto löst sie auf, ihr Mobiltelefon schmeißt sie weg. Sie will nicht gefunden werden können. Und raus. Die Farben im Film ändern sich. Je weiter sie sich vom regnerischen Nordfrankreich entfernt, desto heller und satter werden die Farben. Sie fährt mit dem Bus durch Österreich, in die Alpen. Neben einer Berghütte geht sie zu einem Mann, der nur von hinten zu sehen ist. Morgens wacht sie neben ihm auf, bricht auf. Er ist nicht wichtig.

Villa Amalia (Peripher Filmverleih)

Der ganze Film ist auf angenehme Weise nicht sexualisiert, das Darbieten und Taxieren von Körperlichkeit spielt keine Rolle. Nicht bewertet werden. Isabelle Huppert zeigt mit ihrer großartigen, zurückgenommenen Mimik die Selbstverständlichkeit einer Frau, die endlich etwas für sich tun will. Zu Fuß überquert sie die Alpen, symbolträchtig überwindet sie aus eigener Kraft das Gebirge. An der neapolitanischen Küste entdeckt sie beim Schwimmen ein einzelnes, kleines Haus am Hang. Der Blick aufs Meer ist wunderschön. Es ist die Villa Amalia, die einer alten Bäuerin gehört. Die schreit Ann an, sie solle sie in Ruhe lassen. Als Ann zurückschreit, sie wolle aber dieses kleine Haus, verstehen sich die beiden mit einem Mal. Die alte Bäuerin erlaubt ihr dort zu leben. Benoît Jacquots Verfilmung des Romans »Villa Amalia« von Pascal Quignard ist die Chronik einer Befreiung daraus, einsam zu funktionieren. Aus ihrem Arbeitsleben in Paris nimmt sie eine Menge Geld mit. Einmal steckt sie lässig ein dickes Bündel Euroscheine in die Tasche. So kann sie in Ruhe aufs Meer schauen, Schwimmen, zu sich kommen. Die Sonne scheint, der Hang ist grün von den wilden Pflanzen und Bäumen. Es ist warm, die Kleidung ist leicht, und das Leben? Erinnerungen kommen hoch, beim Zusammensein werden nach und nach Verwerfungen aus der Kindheit ausgesprochen. Eine junge Frau (Maya Sansa), die sie aus dem Meer rettet, als sie wegen eines Beinkrampfes nicht mehr schwimmen kann und in die offene See hinaustreibt, fragt sie, ob sie keine Familie hat. Nein, es geht auch gut so ohne Familie. Dabei wird sie noch einmal in die Bretagne zurückreisen, zur Beerdigung ihrer Mutter. Dort wird sie auch ihren Vater treffen, sich mit ihm streiten. Der Vater hat die Familie verlassen, als Ann sechs war. Er ist Musiker, fühlte sich eingeengt vom Familienleben, versucht er sich zu erklären. Ann geht zurück in die Villa Amalia.●

Villa Amalia, Frankreich 2008, 91 Min., franz. OmU, Regie: Benoît Jacquot, nach dem gleichnamigen Roman von Pascal Quignard. Kamera: Caroline Champetier, Musik: Bruno Coulais (Peripher Filmverleih).

Termine: Bonn Neue Filmbühne Beuel 9.6. bis 15.6.2011, Köln Odeon 4.6. und 7.6. und 16.6. bis 29.6.2011, Starnberg/Seefeld/Herrsching Breitwand Kinos 26.5. bis 1.6.2011, Wangen Lichtspiel 27.6. bis 29.6.2011, Düsseldorf Filmmuseum 23. bis 29.6.2011, Aachen Cineplexx 21.7.2011

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Angemeldete, nicht störende Sitzblockaden sind keine Nötigung

Das Bundesverfassungsgericht hat erneut entschieden, dass Sitzblockaden keine Nötigung sind. Der Beschwerdeführer hatte sich 2003 vor ein Kasernentor der Rhein-Main-Airbase gesetzt, um gegen den Irakkrieg zu protestieren. Das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt hatte ihn noch verurteilt, weil er mit der Aktion »Aufmerksamkeit« erregen wollte, und dies »verwerflich« sei. Das Bundesverfassungsgericht (BverfG) sah die Sachverhalte nun genau umgekehrt: Da die Aktion Aufmerksamkeit erregen sollte, angemeldet war, und nur kurz dauerte, sei die Sitzblockade nicht verwerflich. Also: Angemeldeter braver Protest, der die Kriegsmaschinerie nicht stört, ist nicht verwerflich. Auch aus einem anderen Grund ist der vermeintliche Sieg bedenklich, denn das BverfG stärkte im Urteil auch die »Zweite-Reihe-Rechtsprechung« des Bundesgerichtshof (BGH). Dieser argumentiert, das KraftfahrerInnen, die wegen einer Sitzblockade halten müssten, nicht genötigt würden. Allerdings würden alle weiteren Kraftfahrer ab der zweiten Reihe genötigt, da die Autos vor ihnen ein unüberwindbares Hindernis darstellen. Das BverfG entschied nun, das so etwas genauso zu bewerten sei, als hätten die ProtestiererInnen die Autos selber in den Weg gestellt...

Vereinsverbot wegen Solikasse?

Vielleicht ist es etwas ungewöhnlich, an dieser Stelle über Sympathen wie die Hells Angels zu berichten. Aber repressive Trends zeigen sich oft zuerst dort, wo keine Solidarisierungen zu erwarten sind... Im Frühjahr 2010 verbot der Schleswig-Holsteinische Innenminister Schlie den Verein »Hells Angels Flensburg«, ließ medienwirksam deren Kneipe vom SEK rocken, und inszenierte sich als fähiger Law-and-Order-Politiker. Die Lächerlichkeit der Inszenierung zeigte sich sehr bald, denn alle anderen Hells-Angels wurden in Ruhe gelassen, auch die nur 6 km entfernt hausenden »Hells Angels Alvesloe«. Die Hells Angels attackierten die Verbotsbegründung. Diese hatte jedoch auch vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Schleswig Bestand. Das Innenministerium behauptete, der Verein verstieße gegen die Strafgesetze und richte sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung, weil angeklagte und verurteilte Rocker aus einem sogenannten »Defense Fund« unterstützt würden, werde der »Begehung von Straftaten Vorschub geleistet«. Ob sich dies gegen die Verfassung richte, ließ das OLG zwar offen, aber auch ein Vereinsvorgehen gegen das Strafgesetzbuch reiche für ein Verbot aus. Auf gut Deutsch: Weil ein Verein vor Gericht stehende Menschen unterstützt, fördere dies Straftaten. Wenn sich diese Rechtsprechung durchsetzt, könnten alle, die nicht tatenlos zusehen, wenn politisch Aktive kriminalisiert werden, ebenfalls kriminalisiert werden.

Antimilitaristin klagt für Versammlungsfreiheit

Im Februar 2008 musste ein Transportzug der Bundeswehr seine Fahrt zu einem Übungsmanöver für mehrere Stunden unterbrechen, weil eine antimilitaristische Blockadeaktion die Weiterfahrt verhinderte. Eine Person hatte sich an die Gleise angekettet und weitere AntimilitaristInnen demonstrierten mit ihr gemeinsam gegen die deutsche Armee. Nachdem die Antimilitaristin Hanna Poddig im März vom OLG Schleswig verurteilt worden war, Schadenersatz an die DB Netz AG zu zahlen, zieht die Aktivistin nun dagegen vor das BverfG: »Weder das Landgericht in Flensburg, noch das OLG in Schleswig haben sich ernsthaft mit meiner Argumentation auseinandergesetzt« kommentiert sie die juristische Auseinandersetzung. »Die damalige Aktion hätte als Versammlung behandelt und dementsprechend nach Versammlungsrecht aufgelöst werden müssen. Da dies nicht geschehen ist, bestand für mich zu keinem Zeitpunkt die Pflicht, mich aus dem Gleisbereich zu entfernen.« Zu diesem Ergebnis kommt auch ein juristisches Fachgutachten von Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano. Darin heißt es, die zivilrechtliche Forderung der DB Netz stelle einen unzulässigen Eingriff in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit dar. Mehr Infos: www.militarismus-jetzt-stoppen.de.vu

Nötigungsverfahren nach Kletteraktion eingestellt

Am 27. April 2009 demonstrierte Kletteraktivistin Cécile Lecomte zum dritten Mal mit Einsatz von Klettertechnik in luftiger Höhe oberhalb der Bahnlinie Gronau-Münster gegen die gefährliche Verschiebung von Atommüll durch die deutsch-niederländische Firma Urenco quer durch Europa. Cécile wurde von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, einen Polizisten verbal genötigt zu haben. »Der Polizist hätte mich bei der Aktion beinahe in Lebensgefahr gebracht!« sagte die AktivistIn. Er habe sie nämlich am Seil mit bloßen Händen hochziehen wollen, was zu einer Beschädigung des Seils an der Betonkante der Brücke geführt hätte an dem Cecile in 5m Höhe hing. Die Polizei behauptet, in dieser Situation habe die Angeklagte gedroht, ihre Sicherung zu lösen. »Ich bin doch nicht Lebensmüde!« kommentiert dies Lecomte. Um die Vorwürfe gegen den Beamten nicht prüfen zu müssen, stellte das Amtsgericht Münster das Verfahren nun wegen »Geringfügigkeit« ein.

Repression gegen »militante TierschützerInnen«

Gegen mehrere AktivistInnen, die bei öffentlichen Aktionen gegen (Massen-)Tierhaltung »aufgefallen« sind, wurde/wird wegen Brandstiftung ermittelt. Sie wurden und werden teilweise verdächtigt, im Sommer 2010 eine Hähnchenmastanlage in Sprötze (südlich von Hamburg) kurz vor der Inbetriebnahme angezündet zu haben. Es entstand ein Sachschaden von 500.000 Euro. Die Indizien, welche die AktivistInnen zu Verdächtigen machten und teilweise noch machen, sind größtenteils haarsträubend. So gerieten sie u.a. ins Visier der ErmittlerInnen, weil Schuhe der Marke Converse bei ihnen gefunden und Schuhabdrücke dieser Marke am Tatort gefunden wurden. Zu bemerken ist, dass es sich bei besagtem Schuh um das weltweit meistverkaufte Schuhmodell überhaupt handelt. Zur Unterstützung der Betroffenen wurde die Solikampagne KaKaKa.Du gestartet – denn beschuldigt wurden Karl-P., Karl-H. und Karl-C. und letztendlich ist Repression ein Angriff auf die ganze Bewegung, daher das »Du« im Namen. Ein Ziel der Kampagne war es, eine Einstellung der Ermittlungen zu erreichen. Die Verfahren gegen Karl-H. und Karl-P. wurden kürzlich eingestellt. Karl-C. wird weiterhin beschuldigt. Die eingeschalteten AnwältInnen haben teilweise Akteneinsicht bekommen, das Material umfasst rund 2.000 Seiten. Laut Aussage einer Betroffenen tauchen in ihnen Namen, Daten und Fotos von AktivistInnen auf, die bei Aktionen rund ums Thema Tierausbeutung, insbesondere im Zusammenhang mit Besetzungen »aufgefallen« waren. Um die Rechnungen von VerteidigerInnen sowie Kopier- und weitere Kampagnenkosten zu bezahlen, sind die Beschuldigten auf Unterstützung angewiesen. »Unterstützung bedeutet trotz alledem nicht nur Spenden – Macht Aktionen! Gegen Repression, Mastanlagen & Schlachthöfe!« schreiben die AktivistInnen auf ihrer Homepage:
www.kakakadu.blogsport.de
Spenden-Konto: Spenden & Aktionen, Volksbank Mittelhessen, BLZ: 51390000, Konto-Nr: 92881806, Betreff: KaKaKaDu

Hauke Thoroe

Anzeige

KIEL: BUCHLADEN ZAPATA

»Der Anspruch bleibt, Bücher zu verkaufen, die man sonst nirgends kriegt«

Den Buchladen »Zapata« und seine Vorgänger gibt es seit 35 Jahren in Kiel. War es am Anfang eine Mischung aus Bio- und Info-Laden unter dem Namen »100 Blumen«, rückte das Buch und die Information langsam in den Vordergrund. Seit 1986 war der Buchladen am Kieler Jungfernstieg beheimatet und ist dort jahrelang Zielscheibe der Faschisten mit eingeschlagenen Fensterscheiben, Nazi-Schmierereien und Drohungen gewesen. Viele KielerInnen zeigten auch materielle Solidarität. In diesem Jahr zog »Zapata« noch einmal um, er befindet sich seit April 2011 am Wilhelmsplatz 6. Nachfolgend ein Interview, das vor dem Umzug des Buchladens mit Harald Mücke, dem Betreiber von »Zapata«, geführt wurde. Wir haben dieses mit freundlicher Genehmigung dem Kieler »Gegenwind«, Nr. 267 entnommen.

Der Buchladen Zapata am alten Standort Foto: Gegenwind

Den ZAPATA-Buchladen gibt es ja eigentlich schon sehr lange, aber auch unter verschiedenen Namen noch länger. Was ist denn deine Definition: Wie lange gibt es den Buchladen?

Harald Mücke: Das ist tatsächlich nicht ganz klar. Wir sind hier seit 25 Jahren am Jungfernstieg unter dem Namen ZAPATA. Es gab ihn aber schon fünf bis acht Jahre länger unter verschiedenen anderen Namen, unter anderem in der Holtenauer Straße als »Barrikade« und »100 Blumen« und gehört habe ich, aber eher gerüchteweise, dass es ihn vorher schon als eine Art Infoladen gegeben hat, aber das weiß ich selbst nicht so genau. Es gibt ihn also um die 30 Jahre als Buchladen.

Wie lange hast du mit dem Buchladen zu tun?

Ich habe den Buchladen am 1. Januar 2002 übernommen und bin vorher schon ganz viele Jahre als Kunde dort gewesen.

In welcher Situation hast du ihn übernommen? Es gab ja ursprünglich den Anspruch, dass der Laden von einem Kollektiv geführt wird.

Ja, aber es war einige Jahre vorher schon kein Kollektiv mehr, sondern eine GmbH mit mehreren Gesellschafterinnen und Gesellschaftern und GeschäftsführerInnen. Also vorher war es schon nicht mehr ganz so kollektiv. Klar war, der Laden war pleite und hätte zugemacht werden sollen. Und Jo Hauberg, den ich vom »Neuen Malik Verlag« her kenne, hat mich gefragt. Er wusste, dass mein »agimos verlag« auch nicht besonders gut läuft und ich mich möglicherweise umorientiere. Er hat mich gefragt, ob ich nicht den Buchladen ZAPATA, der sonst geschlossen wird, übernehme und ihm neues Leben einhauche.

Wie ist das nach der Übernahme gelaufen? Zeitweise gab es ja zwei Geschäfte.

Jo Hauberg hat zu Anfang das Antiquariat in der Medusastraße, im Medusahof, weiter gemacht, ich habe hier den Buchladen gemacht. Wir haben das dann getrennt. Ein Freund von mir hat mit viel Geld den Laden entschuldet und die alten Beteiligten ausgezahlt. Jetzt macht Jo Hauberg das ZAPATA-Antiquariat von zu Hause als Versand-Antiquariat, und wir haben außer dem Namen nichts mehr gemeinsam.

Wie läuft der Laden hier, wenn du die Zeit von 2002 bis heute betrachtest?

Buchhandel ist eine schwierige Angelegenheit. Ich kann mich in manchem nur meinem Kollegen Henning Nielsen von der Carl-von-Ossietzky-Buchhandlung in Flensburg anschließen, der Dir ja auch vor einigen Monaten ein interessantes Interview gegeben hat (s. CONTRASTE Nr. 312, September 2010). Es ist eine sehr komplexe Sache. Mit Büchern Geld zu verdienen ist sehr schwierig, auf der Verlagsseite wie auch auf der Buchhandelsseite. Die Spannen für die Buchhändler werden immer geringer, gerade für die kleineren, die nicht in großen Mengen bei den Verlagen einkaufen können. Von daher machen wir eigentlich gar nicht so einen schlechten Umsatz, es bleibt aber kaum etwas übrig, so dass wir trotz einer niedrigen Miete und extrem niedriger Personalkosten seit Jahren eigentlich immer so kurz vor dem Abgrund stehen. Ich weiß, dass das leider für Hunderte meiner Kolleginnen und Kollegen in Deutschland, die kleinere oder mittlere Buchläden führen, auch so gilt.

Kann man das durch eine Veränderung des Sortimentes ändern, oder willst du das überhaupt?

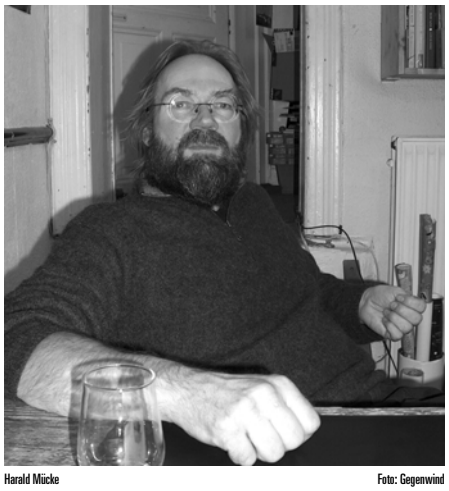
Der Buchladen hat sich schon verändert, wie viele andere linke Buchläden in Deutschland. Während früher klar war, das es überwiegend oder ausschließlich Bücher aus kleinen linken Verlagen oder Broschüren gab, haben sich die Buchläden überall verändert in die Richtung, auch das breite Publikum anzusprechen. Wir haben eine große Krimi-Abteilung, eine große Belletristik-Abteilung, Kinder- und Jugendbücher. Eine solche Sortimentsanpassung gab es schon. Ich bin auch offen für neue und interessante Ideen. Aber grundsätzlich ist es so, dass ich kein gelernter Buchhändler bin und es auch nie werden wollte. Wir wollten gemeinsam diesen Laden, diesen linken, kritischen Buchladen ZAPATA retten. Wir wollten nie irgend einen Buchladen machen. Es würde keinen Sinn machen, jetzt die linken Bücher alle rauszuschmeißen, weil sie zu wenig gekauft werden, und den Laden anders zu nutzen. Wir möchten genau diesen Buchladen. Es wäre gut, wenn wir es schafften, noch mehr normales Stadtteil-Publikum hierher zu bekommen. Aber der Anspruch bleibt, hier beim ZAPATA Bücher zu verkaufen, die man sonst nirgends kriegt.

Welche Funktion hat denn der Laden über die Buchhandels-Funktion hinaus?

Das war ein weiterer Grund, weshalb wir ZAPATA retten wollten. Wir denken, damals wie heute, dass solch ein Buchladen eine wichtige Funktion für die Szene hat, genauso wie Kneipen, wie das »Subrosa« oder die »Hansastraße 48«, die »Alte Meierei« und der »Club M«, wie linke Zeitschriften wie »LinX« und »Gegenwind« und andere, die ja das Gerüst bilden dessen, was man linke Szene nennt. Wir sind auch Treffpunkt, bei uns kriegt man eine Menge linker Zeitungen und Zeitschriften, hier liegen Flugblätter aus, hier wird auf Veranstaltungen hingewiesen, wir machen Vorverkauf für Veranstaltungen und anderes. Das ist neben dem Verkauf von Büchern ein wichtiger Aspekt, ein Bindeglied der linken und alternativen Szene in Kiel.

Was für Veränderungen beobachtest du in den letzten 20 Jahren auf diesem Gebiet?

Nehmen wir lieber die letzten neun Jahre, wo ich direkt damit zu tun habe: Eine ökonomische Veränderung ist, dass die Margen auf Bücher noch niedriger geworden sind. Inhaltlich ist es so, ich will nicht jammern als alter Linker, dass früher alles besser war, aber


Harald Mücke Foto: Gegenwind

es wird sehr viel weniger kritische Literatur verkauft. Unser Hauptkonkurrent ist das Internet, aber ich fürchte, dass viele junge, auch kritische Menschen kaum noch lesen.

Macht ZAPATA auch Veranstaltungen?

Ja, wir haben einige eigene Veranstaltungen gemacht, aber das mache ich kaum noch. Der Aufwand ist relativ groß, wenn man es gut organisiert, das schaffen wir nicht. Der Nutzen ist oft sehr gering, weil zu Lesungen nicht viele Leute kommen. Aber wir machen sehr viele Büchertische bei verschiedenen Kulturveranstaltungen zu allen möglichen Themen im Bereich Anti-Imperialismus, Ökologie, Sozialabbau, Kultur, Antifaschismus. Wir machen gerne Büchertische speziell für Lesungen von Autorinnen und Autoren, oft zusammen mit der »Hansastraße 48«, zusammen mit »HAKI«, zum Beispiel im »Exlex« – immer da, wo man uns gerne möchte. Zusätzlich stellen wir oft die Bücher für Büchertische zur Verfügung, die dann andere durchführen.

Gibt es nach deinen Beobachtungen genug Bewusstsein in der Szene, dass es für die Existenz des ZAPATA-Buchladens wichtig ist, auch normale Bücher für Schule, Uni und Beruf über den ZAPATA zu beziehen, statt in einer großen Buchhandlung in der Innenstadt?

Da triffst Du einen heikeln Punkt. Immer passiert so was wie »Ach so, ihr habt hier auch ganz normale Bücher?« – »Kann ich denn auch bei euch ein Fachbuch bestellen?« Es ist immer noch nicht überall durchgedrungen, dass wir auch ein ganz normaler Buchladen sind, der jedes lieferbare Buch bestellen kann. Wir recherchieren sogar intensiver und bemühen uns mehr als die großen Konzern-Filialisten, die schnell sagen »Das Buch gibt es nicht«. Das ist tatsächlich ein Punkt. Ich fürchte, dass relativ viele unserer Kundinnen und Kunden es zwar nicht zugeben, sie ZAPATA als ihren Buchladen bezeichnen, aber dann doch viele über das Internet oder so bestellen. Ich glaube nicht, dass unsere Kundinnen und Kunden zu großen Konzern-Buchläden gehen, aber es wird sicherlich oft bei großen Internet-Versendern bestellt. Das Bewusstsein hätte ich gerne stärker. Noch mehr ärgert mich, dass ich bei Veranstaltungen von linken Organisationen oder Demos, auf die ich gehe, jede Menge Leute sehen, die sich explizit politisch betätigen, die ich aber noch nie bei ZAPATA gesehen habe. Woran liegt das eigentlich? Die Menschen sehen sich als links, aus allen möglichen Spektren, aber sie sind trotzdem nicht bei uns Kundin oder Kunde.

Habt ihr denn Großkunden, also Bestellungen von Schulen, Unis oder anderen?

Ja. Das Schulbuchgeschäft lohnt sich nicht, viel Arbeit, bringt aber nichts ein. Damit haben wir nicht viel zu tun. Wichtig sind öffentliche Aufträge von Bibliotheken, Büchereien, das ist für uns existenziell. Davon haben wir zum Glück einige.

Wie ist denn die aktuelle Situation? Die Räume des Buchladens sind ja gekündigt.

Die Situation ist ziemlich schwierig, und ich bekomme langsam immer mehr Stress. Auch nach monatelangem Suchen haben wir nichts Adäquates gefunden. Adäquat heißt hier bei uns, also rund um den Schrevenpark. Denn hier wohnen unsere Kundinnen und Kunden, die Kunden der Stadtteilbuchhandlung. Finanziell ist es schwierig, wir haben keine Kapitaldecke, ich kann mir keine hohe Miete leisten. Ich hoffe aber, dass wir bei Erscheinen des Heftes etwas haben, es gibt eine gute Option.

Es gab öfter Anschläge von Nazis, wir haben im »Gegenwind« darüber berichtet. Wie sehr schränkt das deine Möglichkeiten ein? Gibt es Vorbehalte von Vermietern?

Das kann ich nicht sagen. So weit kam es bei den meisten Läden nicht, die ich mir angeguckt habe. Wenn sie zu klein oder nicht bezahlbar waren, kam es nicht zu Verhandlungen. Es wäre denkbar. Die Hausbesitzerin dieses Hauses hat ohne Begründung gekündigt, aber sie hat mal gesagt, dass es wegen der Nazi-Anschläge war, sie sagt auch mal was anderes, aber nur zu Dritten, nicht zu uns. Ich hoffe aber, dass es kein Grund wäre, uns einen passenden Laden nicht zu vermieten. Wir sind ja auch durch eine groß angelegte Solidaritätsaktion in der Lage, weil genug Geld gesammelt wurde, Rollläden anzubauen, um die Fenster eines neuen Ladens zu schützen.

Warst du denn mit der Solidarität nach den Anschlägen zufrieden?

Ja. Das war überwältigend. Es kamen viele Leute, haben ihre Solidarität bekundet, ihr Bedauern über die Anschläge. Viele haben aber auch praktische Hilfe angeboten, angefangen nachts, wenn ich von der Polizei mal wieder aus dem Bett gerissen wurde, dass Nachbarinnen und Nachbarn Scherben sammelten und fegten oder am nächsten Tag Kuchen vorbei brachten. Es wurden auch kleine und große Summen gespendet, sowohl von einzelnen Menschen als auch von Organisationen, Initiativen, Parteien, Zeitungen und Zeitschriften. Das war toll. Es ließ im Laufe der Anschläge nach, im Übermaß der furchtbaren Dinge werden wohl auch mal Nachrichten weggeschoben oder verdrängt. Und beim dritten Anschlag macht man vielleicht nicht mehr soviel wie beim ersten Anschlag.

Du hast ja auch Anzeige erstattet und Presseerklärungen verfasst. Wie beurteilst du die Reaktionen außerhalb der Szene?

Das ist tatsächlich eine ganz heikle Geschichte, die

Fortsetzung nächste Seite

Spende für Rollläden

Die Zukunft des Kieler Buchladens »Zapata«, der in den vergangenen Jahren mehrfach Ziel von Anschlägen faschistischer Gewalttäter gewesen ist, die Scheiben zertrümmert und Waren beschädigt haben, ist gesichert. Der Laden zieht vom Jungfernstieg um in die neuen Räume am Wilhelmplatz 6. Um den Buchladen besser gegen Anschläge zu schützen, haben TeilnehmerInnen des »Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus Kiel« im vergangenen Jahr Geld gesammelt, das zum Ankauf und Anbau von Rollläden vor den Fenstern des Geschäfts bestimmt ist. Am 25. Januar konnte Harald Mücke, der Inhaber des Buchladens, auf dem Treffen des Runden Tisches einen Scheck über die Summe von 4.801 EUR entgegennehmen.

Harald Mücke und die VertreterInnen des Runden Tisches danken allen, die dafür gespendet haben. Sie werten dies als Ausdruck einer Solidarität, die im Widerstand gegen Nazi-Umtriebe in unserer Stadt auch in Zukunft gefragt bleibt, und als ermutigendes Zeichen für die weitere gemeinsame Arbeit in diesem Sinne.

Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus

KEIN MENSCH IST ILLEGAL

Die Malteser Migranten Medizin

Die Malteser Migranten Medizin (MMM) ist mit dem Freiherr-vom-Stein-Preis für gesellschaftliche Innovation 2010 ausgezeichnet worden. In den Anlaufstellen der MMM engagieren sich ehrenamtlich arbeitende Ärztinnen und Ärzte für Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus und Menschen ohne Krankenversicherung. Sie übernehmen die medizinische Erstuntersuchung und Notfallversorgung. Der Freiherr-von-Stein-Preis wird seit 2007 gemeinsam von der Hamburger Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., der Stiftung MITARBEIT und der Humboldt Universität Berlin verliehen. Er ist mit 25.000 Euro dotiert.

Medizinische Versorgung und Hilfe für Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland: Die freiwillig Engagierten der »Malteser Migranten Medizin« erhalten den Freiherr-von-Stein-Preis für gesellschaftliche Innovation 2010

Irreguläre MigrantInnen oder Menschen ohne rechtlichen Aufenthaltsstatus, undokumentierte oder unkontrollierte MigrantInnen, Statuslose, Sans-papiers oder Clandestinos: In Deutschland leben schätzungsweise bis zu eine Million Menschen in der Illegalität. »Illegale MigrantInnen« sind in der Regel ausländische Staatsangehörige, die weder über ein Aufenthaltsrecht in Deutschland noch über eine Duldung verfügen und denen im Falle der Entdeckung Abschiebung, Ausweisung oder strafrechtliche Ahndung drohen. Menschen ohne Papiere sind eine besonders verletzliche Gruppe, die aus Not oder um ihre Lebensgestaltung aktiv in die eigenen Hände zu nehmen, unerlaubt in andere Länder reisen, um dort zu arbeiten oder bei ihrer Familie zu leben. Viele flüchten auch vor Gefahren, die in Europa nicht als Asylgrund anerkannt werden.

Irreguläre MigrantInnen leben in Deutschland in einer Art »Schattenwelt«. Aus Angst vor Entdeckung schotten sie sich vom öffentlichen Leben ab. Der Zugang zu Ressourcen steht zwar im Prinzip auch Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus offen, die Mitteilungspflicht öffentlicher Stellen verhindert in der Praxis jedoch häufig, dass statuslose MigrantInnen Bildungsangebote, Rechtsschutz und medizinische Versorgung in Anspruch nehmen.

In Deutschland hat sich ein breites Netzwerk der zivilgesellschaftlichen Hilfe und Unterstützung für Menschen ohne Aufenthaltstitel ausgebildet. So gibt es eine Vielzahl von Hilfsorganisationen und Initiativen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die prekäre Lebenssituation irregulärer MigrantInnen zu verbessern. Hier setzt das Angebot der »Malteser Migranten Medizin« an: sie sorgt ganz praktisch und unbürokratisch für die medizinische Grundversorgung von statuslosen MigrantInnen.

Die erste Einrichtung des Malteser-Ordens zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus und Versicherungsschutz wurde 2001 in Berlin eröffnet. »Der Bedarf war enorm«, berichtet Angelika Haentjes-Börgers, zuständige Abteilungsleiterin Migration bei den Maltesern. Neben anderen Großstädten und Ballungsräumen wie München, Köln, Frankfurt am Main, Leipzig oder Hamburg haben sich mittlerweile im gesamten Bundesgebiet weitere Standorte und Anlaufstellen der MMM etabliert, die bislang von mehr als 27.000 PatientInnen aufgesucht wurden. Da viele MigrantInnen weder eine Praxis noch ein Krankenhaus aufsuchen wollen oder können, helfen die Malteser dort unter Wahrung der Anonymität. Vernetzungen und Kooperationen mit Kirchen, Verbänden und Vereinen ermöglichen weitere Hilfe.

Woher erfahren Menschen ohne Krankenversicherung von der Malteser Migranten Medizin? »Das Angebot zur anonymen kostenlosen Erstbehandlung hat sich in den Migranten-Communities schnell herumgesprochen«, so Haentjes-Börgers. Die Mund-zu-Mund Propaganda ist dabei die häufigste Form der Verbreitung. Die sprachliche Verständigung zwischen ÄrztInnen und PatientInnen ist bisher nur selten zum Problem geworden, auch wenn die PatientInnen mittlerweile aus 182 verschiedenen Ländern kommen.

In den ehrenamtlich arbeitenden medizinischen Teams sind ÄrztInnen verschiedener Fachrichtungen engagiert, wobei es an engagementbereiten MedizinerInnen nicht zu mangeln scheint. Im Gegenteil: »Wir können momentan gar nicht alle ÄrztInnen einsetzen, die an einer Mitarbeit interessiert sind«.

In der Rückschau hat sich in den vergangenen zehn Jahren nach den Worten von Haentjes-Börgers viel entwickelt. Die gesellschaftliche und politische Sensibilität für das Thema Statuslose ist gestiegen, davon ist sie überzeugt. Dennoch wünscht sie sich, dass die MMM irgendwann nicht mehr gebraucht wird. Um die Situation irregulärer MigrantInnen und insbesondere deren gesellschaftliche Teilhabechancen zu verbessern, bedarf es in Deutschland jedoch eines Umdenkens: Aufenthaltsgenehmigungen für Geduldete, eine anderen europäischen Ländern vergleichbare Legalisierungskampagne oder die Umsetzung von Härtefallregelungen sind mögliche Lösungsvorschläge.●

Informationen zur »Malteser Migranten Medizin« und zum Freiherr-vom-Stein-Preis im Netz unter: www.mitarbeit.de/aktuelle_projekte.html

Information zum Thema Flüchtlinge und Engagement: Freiwilliges Engagement für Flüchtlinge und von Flüchtlingen. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 24, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2010, ISBN 978-3-941143-05-0, 132 S., 10 EUR, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Aus: mitarbeiten 01/11

FORTSETZUNG VON SEITE 12

mich immer noch sehr wütend macht. Fakt ist, dass die bürgerlichen Medien, allen voran die »Kieler Nachrichten«, entweder kaum oder sehr entstellend über die Anschläge auf ZAPATA und auch auf andere Einrichtungen berichtet haben. Es gab auch ein Filmteam von NDR, das bei uns war, gefilmt hat, mich interviewt hat, zu den kriminellen Machenschaften der NPD. Der Film ist nie gesendet worden, mir ist nicht klar, warum nicht. Aber es scheint häufig die Meinung zu geben, am besten wir schweigen die Nazis tot. Ich finde das empörend und dumm. Das hat schon vor 1933 nicht geklappt, und das klappt auch jetzt nicht. Noch empörender fand ich, dass auch Staatsanwaltschaft und Polizei uns und anderen Betroffenen nicht das Gefühl geben, dass sie wirklich ermitteln. Im letzten Falle waren die Nazis ja so blöd, hier mit einem Auto vorzufahren. Das Auto gehört der Mutter von Daniel Zöllner. Sie hat zugegeben, dass sie es ihm geliehen hatte. Eigentlich eine klare Sache, denn die Autonummer ist hier von einer Zeugin notiert worden. Trotzdem konnte kein Täter ermittelt werden, keine Anklage erhoben werden. Man hat das Gefühl, dass bei faschistischen Straftaten nicht engagiert ermittelt wird. Und wenn es zu Verfahren kommt, kommen sie oft mit geringen Strafen davon. Das ermutigt sie eher zum Weitermachen. Die Nazis haben im Internet zur »Vernichtung« des »entarteten« und »undeutschen« Buchladens aufgerufen, und sie betrachten es auch als ihren Sieg, dass wir hier am Jungfernstieg 27 zumachen müssen. Das sind falsche Signale, die hier von den angesprochenen Medien sowie von Polizei und Justiz gesendet werden.

Wie siehst du die Zukunft des Ladens? Was sind deine Wünsche für 2011?

Ich wünsche mir, dass wir einen neuen Mietvertrag unter Dach und Fach kriegen. Wir haben einen sehr schönen Laden in Aussicht. Und es ist mein Traum, dass wir so viele Kundinnen und Kunden haben, dass wir den Laden auf ökonomisch vernünftige Füße stellen können. Im Moment ist es so, dass er nur existiert, weil viele Menschen umsonst oder für ganz wenig Geld hier arbeiten und ich mehrere Nebenjobs habe. Außerdem hat hier jemand mal viel Geld reingesteckt, als wir den Laden übernommen haben. Dieser Laden wird nie eine Goldgrube werden, aber ich wünsche mir, dass er sich selbst wirtschaftlich trägt und wir hier weiterhin engagiert an eine noch möglichst größere Schar von Menschen gute und kritische Bücher verkaufen können; und dadurch die Welt ein wenig transparenter – und vielleicht sogar ein bisschen besser machen.●

Interview: Reinhard Pohl

Anzeige

KOLUMNE

Fukushima – und nun?

Keine Frage: Die nukleare Katastrophe in Japan und ihre Folgen übersteigen unsere Vorstellungskraft bei weitem. Dabei kann schon jetzt als sicher gelten, dass sich das volle Ausmaß der Katastrophe erst noch ereignen wird. Bilder schaffen es nicht, die Ausmaße begreiflich zu machen, Berichte auch nicht. Schon gar nicht fassbar ist, wie sich die Betreiber auf das Risiko einlassen konnten, dass solch eine Katastrophe überhaupt möglich wurde.

Das Unvorstellbare vorstellbar zu machen kann eigentlich nicht gelingen. Oder doch? Einen Versuch soll es wert sein, einen Versuch um die Grenzen der menschlichen Vorstellungskraft.

Die prägenden Jahrzehntereignisse haben es in letzter Zeit ziemlich eilig. Im vergangenen Jahrzehnt prägte uns der 11. September. Es war der 11. September 2001. Fukushima hatte es nicht weniger eilig. Wieder ein Elfter: der 11. März 2011, und wieder ganz am Anfang des noch jungen Jahrzehnts. Es muss deutlich ruhiger zugehen für den Rest dieses Jahrzehnts, sonst werden wir uns an Doppel-Jahrzehntereignisse gewöhnen müssen.

Ich erinnere mich noch gut an die Anfangszeiten der Atomdebatte. Damals hatten die Experten ausgerechnet, dass ein GAU alle 100.000 Jahre eintreten könnte. Einhunderttausend Jahre, unvorstellbar ferne Zukunft. Muss ich mich damit befassen? So alt werde ich auf keinen Fall, auch nicht meine Kinder und schon gar nicht meine Enkel.

Bis dahin gibt es dann noch zwei Eiszeiten oder was auch immer. Weit weg also der Gau, der eventuelle schlimmste aller schlimmen Fälle, extrem weit weg zum Glück. Das öffnet Raum für Spekulationen: Ob es dann überhaupt noch Menschen gibt? Und ob die immer noch auf der Erde leben, oder wurde ihnen das auf die Dauer zu langweilig? 100.000 Jahre – einfach unvorstellbar. Oder doch nicht?

Gehen wir mal 100.000 Jahre zurück: Vor 100.000 Jahren jagten unsere Vorfahren Büffel und Antilopen, während sich die Frauen um den sozialen Zusammenhalt ihrer Sippe kümmerten und Pilze sammelten. Niemand von ihnen wird an mich und meinesgleichen gedacht haben, wie auch. Alles weit außerhalb des damals Vorstellbaren. Und erst recht wird niemand gemutmaßt haben, dass ich einen VW Golf fahre mit Sechsgangautomatik und leider ohne Schiebedach, um nur ein Beispiel zu nennen für die Grenzen des Vorstellbaren.

Doch das Schicksal kam den Grenzen unserer Vorstellungskraft entgegen und nahm sich die Kommastelle vor.

Nach ein paar Jahrzehnten Atomkraft wissen wir, das Komma hat sich auf den Weg gemacht, wenn auch leider nach links. Von 100.000 Jahre – schwupps – auf jetzt 10 Jahre: Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima. 3 mal in 30 Jahren, das macht einen GAU pro Jahrzehnt. Ich werde also mutmaßlich noch zwei bis drei solcher GAU's erleben, meine Söhne 7 bis 9, meine Enkel 10 bis 12. Gratulation, lineare Fortschreibung natürlich vorausgesetzt.

Vor 10 Jahren gab es auch schon einen Golf, auch mit Automatik, sogar mit Schiebedach. Na bitte, geht doch. Den kann ich mir vorstellen, gut sogar. So schiebt sich die GAU-Zeitachse mit Vehemenz in den Bereich des Vorstellbaren. Ich kann mir sogar vorstellen, wie es weitergeht. Meine Enkel werden mit dem Geigerzähler durch den Supermarkt tingeln. Nicht der Preis, sondern das Knacken des Geigerzählers bestimmt, was gekauft wird und was liegen bleibt. Hatten wir das noch einfach, mit der ultimativen Konsumparole »Geiz ist geil«!

Wenn es denn in 100.000 Jahren noch Menschen geben sollte, so werden sie im Gegensatz zu uns kein Problem haben mit ihrer Vorstellungskraft über weite Zeithorizonte. Denkt diese Nachkommenschaft 100.000 Jahre zurück, so stößt sie auf eine einzigartige Phase der Menschheitsgeschichte. Es ist das kurze Zeitalter der planetaren Verseuchung und Vermüllung, der Vernichtung der natürlichen Ressourcen, der natürlichen Lebensgrundlagen und ihrer gentechnischen Manipulation innerhalb weniger Jahrhunderte. Westliche Industrienationen plündern den Rest der Erde, mit der Folge von Hungersnöten, Seuchen und Kriegen für den Rest der Welt. Es ist das Zeitalter der globalen Apokalypse, sogar ohne nukleare GAU's.

Spätere Historiker werden die Frage stellen, was die Menschen getrieben haben kann, in so kurzer Zeit ein derartiges Desaster anzurichten. Verstand, Vernunft, Vergnügungssucht, Ausschweifung: Nichts von dem ist geeignet, den Niedergang zu erklären. Historiker werden diese Zeit als das unbegreifbare Zeitalter beschreiben.

Was tun? Das ist das Schöne, es gibt nur zwei und dann noch so klare wie einfache Antworten: kapitulieren oder engagieren. Ich habe mich für Variante zwei entschieden, schon lange vor Fukushima. Diese Lektion habe ich nicht gebraucht. Das Problem: Wir Engagierten sind zu wenige und wir sind zu spät dran. Aber das war schon immer so.

Engagement hilft gegen das Vergessen unserer Träume, der Träume von einer besseren Welt. Diese unsere Träume sind das Fundament unserer Visionen. Träume und Visionen sind unsere Kraftspender zur Weltverbesserung. Die bessere Welt haben wir vor Augen. Sie ist solidarisch, fair, ökologisch, nachhaltig, international: Selbstverständliche Grundwerte also, im Prinzip jedenfalls.

Doof nur, dass ausgerechnet Japan Ort der jüngsten Katastrophe ist. Japaner sind eher schicksalsergeben als aufmüpfig und damit als Weltrevolutionäre denkbar ungeeignet. Kaum vorstellbar, dass Japaner die Spitze einer Bewegung bilden, die wir jetzt brauchen, einer Bewegung, die grün ist, alternativlos grün, um genauer zu sein, einer Bewegung, die kompromisslos ist, alternativlos kompromisslos versteht sich und einer Bewegung, die täglich stärker wird, viel stärker sogar und unbeirrbarer denn je. Das geht uns alle an. Ab jetzt wird mitregiert! Jeder auf seine Weise. Fukushima macht's möglich!●

Bernd Wulf

Post-Oil City

Die Zeitschrift *»politische ökologie«* kommt mit »Post-Oil City« erstmals als Buch heraus. Die Formatänderung verspricht in 14 Artikeln und 15 Projektvorstellungen nichts Geringeres als die Vision einer »Stadt von morgen«.

Am Anfang steht eine Stadterneuerungsvision des Vorstandsmitglied der Grünen-nahen Böll-Stiftung, Ralf Fücks, die erahnen lässt, wessen Lebensstil-Interessen thematisiert werden würden, nämlich die der »Young Urban Professionals«.

Danach lernt man die systemtheoretische Perspektive, in der Stadtplanung beurteilt werden muss. Postfossile Städte müssten über das überkommene »Kapsel-Denken« hinauskommen, denn »Städte sind komplexe Systeme, die auf Gedeih und Verderb mit ihrer Umwelt verflochten sind.« (S. 30) »Die Frage der Systemgrenze ist entscheidend.« (S. 28). Die »Zero Carbon City Masdar City« (Abu Dhabi) erweise sich nur innerhalb ihrer engen Systemgrenze als clean – incl. des benachbarten Flughafens, der Parkhäuser und Freizeitflächen samt Formel 1-Strecke verschlechtere sich deren Ökobilanz drastisch.

Dann erfährt man, dass Kommunen »abwanderungsgefährdete Gruppen« halten und um Jüngere und Qualifizierte konkurrieren müssten – durch Angebote an deren Bedarfslagen. Notwendig sei ein analytischer »Demografie-Check«, der Kurz-, Mittel- und Langfristperspektiven integriere. (S. 36). Auch müsse man auf klimafreundliche Verkehrsmittel und Gebäudesanierung in Richtung »Null-Emission« orientieren – auch durch Neujustierung der Bürgerbeteiligung (S. 43).

Der Überblick über Transition-Town-Initiativen schreibt gegen Weltuntergangsszenarios an. Vermeintlichem Verzicht wird eine Liste von Gewinnen entgegengestellt, von Artenvielfalt bis Respekt. Es gehe darum, den »kollektiven Genius« starker lokaler Gemeinschaften zu verwenden (S. 64f.). Es folgt ein Lobpreis des Urban Gardening und einer Stadt »wie ein Venedig, in dem die Kanäle Felder sind« (S. 71). Gewerbegebiete sollten statt auf der »grünen Wiese« auf reichlich vorhandenen innerörtlichen Brachflächen angesiedelt werden.

Und die Post-Oil City müsse ein »Labor der Lebensstile« werden: Klimafreundliche Lebensstile in Konkurrenz zu anderen Lebensstilgruppen, z.B. die der demonstrativ Konsumierenden und urbanen SUV (= Sport Utility Vehicle)-Fahrern. Es folgt ein grafikgestützter historischer Abriss von der Agropolis über die Petropolis zur Ökopolis (S. 84ff.). Der anschließende Lobpreis auf Masdar City als »das erste energieautarke Stadtviertel der Welt« (S. 91ff.) irritiert nach dem eingangs Gelesenen. Dann vernimmt man ein Lob der neuen städtischen Lebensstile und erfährt den Unterschied zwischen Lohos (Lifestyle of Health and Sustainability) und den mir sympathischeren Lovos (Lifestyle of Voluntary Simplicity), im Kontrast zu einem »Leben ohne Maß und Ziel« (S. 101f.). Und alles kulminiert in einer Utopie einer Stadt anno 2040, wo das Leben zum Himmelreich auf Erden wird. (S. 103ff.)

All das berauscht erst einmal, aber eine Fahrt in der kollabierenden Berliner S-Bahn desillusioniert schnell. Man goutiert eben naiv-wuchernde Mittelschichtsträume im Stil der Zukunftswerkstätten der 80er-Jahre.

Den Ausnahme-Aufsatz schreibt Andrej Holm: Er allein erinnert daran, dass die »Akkumulationslogik« kapitalistischer Verhältnisse eben nicht zum ökosozialen Utopia führe, sondern zu Gentrifizierung und »Super-Gentrifizierung«, zur Segregation, zum Austausch ganzer Bewohnerschaften. Neu an der Gentrification sei nur das »Ecological«, das aber nur »den Ausschluss der ökonomisch am stärksten benachteiligten Gruppen aus der Innenstadt verstärkt.« (S. 51) Das Ökoquartier werde zum Label für Superausgrenzung.

Die größte Enttäuschung bereiteten mir Niko und Björn Paech. Zwar liefern sie eine beindruckend-kompakte Zusammenfassung ihrer Postwachstumsformel »Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität« (S. 54ff.), aber der Tabubruch, für den Niko Paech steht, fehlt. Diesmal kein »Plädoyer für den Verzicht!« – vor wem fallen die Paechs hier auf die Knie?

Anekdote: Wer in den Footprint-Rechner www.footprint.ch sein ökologischst-denkbares Verhalten eingibt, kommt dennoch auf einen Verbrauch von 1,3 Erden (statt 2,4 Erden) – ein schlagender Beweis, dass es *die Struktur und Spielregeln kapitalistischer Lebensweise* sind, die den Planeten übernutzen. Mein eigenster Lebensstil bleibt immer schon das sekundäre, aber dennoch not-wendende Beiwerk.●

Wolfgang Ratzel

Wolfgang Ratzel ist verantwortlich für das Autonome Seminar an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Oekom e.V. (Hg.): Post-Oil City. Die Stadt von morgen. München 2011. oekom-verlag, 146 S., 16,90 EUR.

Anzeige

Das blinde Auge des Staates

»Der alltägliche Skandal der Heimerziehung«, so lautete der Titel einer Großveranstaltung auf dem Jugendhilfetag 1978, an der circa 8.000 Menschen teilnahmen. Der Titel und die Resonanz dieser Veranstaltung deuten darauf hin, dass die Zustände in den Jugendheimen neun Jahre nach der sogenannten Heimkampagne von 1969 immer noch kritikwürdig und verbesserungswürdig waren.

Die AutorInnen umreißen im ersten Drittel ihres Buches die in den 1950er und 1960er Jahren gängigen Konzepte der Heimerziehung. In dem Feld, das dann viel später »Kinder- und Jugendhilfe« genannt werden sollte, herrschte zu jener Zeit ein Modell vor, das die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen nach dem Prinzip der Verwahrung vorsah. Die überwiegende Mehrzahl der Angestellten in den geschlossenen Heimen verfügte über keinerlei pädagogische Ausbildung. Die gesetzlichen Grundlagen und auch die Wohlfahrtsbürokratie waren von einem (post-)nazistischen Geist geprägt. Heime waren dabei nicht etwa ein randständiges Phänomen. Die AutorInnen schätzen, dass in den 1950er und 1960er Jahren 700.000 bis 800.000 Betroffene einen längeren Zeitraum in Heimen verbrachten (S. 133).

Im zweiten Drittel des vorliegenden Bandes wird die Heimkampagne als solche vorgestellt. Ab 1969 thematisierten, beginnend in Frankfurt am Main, Angehörige der studentischen Sozialrevolte die Zustände in Kinder- und Jugendheimen. Sie protestierten vor Ort und nahmen entflohene Zöglinge auf. Die AutorInnen benennen die auch schon andernorts beschriebene und von Frankfurt ausgehende Staffelbergkampagne. Sie gehen auch auf die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK) sowie auf die Situation in Berlin, wo unter anderem der Film »bambule« von Ulrike Meinhof entstand, ein (S. 89).

In einem kurzen Text wird die 1971 begonnene Reform des Landesjugendheimes im rheinländischen Viersen als Modellprojekt vorgestellt, ein Beispiel, das deutlich macht, was möglich war, und auf welche Widerstände solche Vorhaben stießen (S. 101 f.). Im Folgenden springen die AutorInnen etwas unvermittelt in die Gegenwart und stellen die aktuelle Situation in der Kinder- und Jugendhilfe dar, die vor allem vom 1991 verabschiedeten Kinder- und Jugendhilfegesetz strukturiert wird. Hier wird eine Förderpraxis festgeschrieben, die den Verwahrvollzug ablöst.

Ebenfalls auf die Gegenwart bezogen, stellen die AutorInnen dann die heutigen Reaktionen der Kirchen und anderer Träger von Jugendeinrichtungen auf die in den letzten Jahren erhobenen Forderungen ehemaliger Heimkinder, etwa nach Entschädigungen, dar. Diese Forderungen wurden zuerst vor allem von den Betroffenen selbst erhoben, die sich in einem »von unten« selbstorganisierten Prozess zusammenschlossen und unter anderem in einigen Romanen und Autobiographien ihre schmerzvolle und traumatisierende Geschichte erzählten (vgl. die umfangreiche Liste mit solchen Titeln auf Seite 131, Fußnote 231).

Abschließend urteilen die AutorInnen: Die Initiatoren der Heimkampagne hatten Recht und die Kampagne war Auslöser längst fälliger Reformen, die viel zu den am Ende des Buches skizzierten Diskursen beigetragen haben. Der normativ-politische Horizont der AutorInnen ist dabei das Grundgesetz, das sie immer wieder als Rahmen und Maßstab anführen. Aus meiner Sicht kann man über die zentrale These der AutorInnen, dass individuelle Moral in Institutionen aufgehoben sein muss, um Wirkung zu zeigen beziehungsweise zeigen zu können, durchaus geteilter Meinung sein.

Hier wäre aus einer kritischen Perspektive zu fragen: Waren die unzweifelhaft durchgeführten Reformen Bestandteil einer Liberalisierung und Demokratisierung oder zeigt die bis weit in die 1970er Jahre hinein existierende autoritäre Situation in den Einrichtungen nicht auch die Schwächen der Liberalisierungs- und Demokratisierungsthese?

Insofern wäre zu konstatieren, dass das im Titel des Buches genannte Auge des Staates eben nicht blind war und die kritikwürdigen Zustände zumindest tolerierte, wenn nicht ignorierte oder gar konservieren wollte. So bleibt abschließend etwas unklar, was die Autoren mit ihrem Buch beabsichtigen. Das Buch ist nicht rein historiographisch und es gibt, wie angeführt, Brüche zwischen den einzelnen Kapiteln. Dennoch liefern die einzelnen Kapitel für sich durchaus sehr brauchbare Informationen über ein verdrängtes Kapitel der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte. Das Buch ist in einem renommierten pädagogischen Fachverlag erschienen, was ihm eine gewisse Resonanz sichern dürfte.●

Bernd Hüttner

Marita Schölzel-Klamp/Thomas Köhler-Saretzki: Das blinde Auge des Staates. Die Heimkampagne von 1969 und die Forderungen der ehemaligen Heimkinder; Klinkhardt Verlag: Bad Heilbrunn 2010. 159 Seiten. 15,90 EUR.

Diese Rezension erschien zuerst in *Sozial.Geschichte Online* Nr. 5/2011.
Das komplette Heft ist kostenfrei zugänglich unter: http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-26925/Sozial_Geschichte_Online_5_2011.pdf

»Urban Gardening«

Wohnblocks, Bürogebäude und Kaufhäuser, der Boden ist geteert oder gepflastert und das einzige Stück Natur ist der Grünstreifen in der Straßenmitte. Obst und Gemüse wird importiert und von Supermarktketten unters Volk gebracht. Für Viele stellt die Stadt einen lebensfeindlichen naturfernen Ort dar.

Doch das soll sich jetzt ändern. Auf Plätzen mit abgerissenen Gebäuden und anderen Brachflächen entstehen Gärten, die von der Nachbarschaft genutzt werden. Das Buch »Urban Gardening« befasst sich mit der »Rückkehr der Gärten in die Stadt«. Diese neuen städtischen Gärten haben wenig mit beengender Schrebergartenmentalität zu tun, sondern sind bunte Gemeinschaftsgärten, in denen Bewohner unterschiedlicher Nationalitäten ihr Wissen und ihre Freizeit miteinander teilen. So entsteht eine neue faszinierende Gartenkultur.

Im Buch vorgestellte Beispiele sind u.a. der Prinzessinnengarten in Berlin, die interkulturellen Gärten in Göttingen, die Münchener Krautgärten oder die Stadtteilgärten Hannover.

Verschiedene Autoren, von Stadtplanern und Trendforschern bis zu Kulturwissenschaftlern, erläutern ihren Blickwinkel zur grüner werdenden Stadt. Zusammengetragen wurden die Ansichten von Dr. Christa Müller, geschäftsführende Gesellschafterin der Stiftungsgemeinschaft »anstiftung & ertomis«. Nachhaltige Lebensstile und neue Wohlstandsmodelle gehören zu ihren Forschungsgebieten. Dabei bekommt das urbane Gärtnern eine immer größere Bedeutung.

Der Schreibstil vieler Texte ist für ein bodenständiges Thema wie das Gärtnern leider etwas zu wissenschaftlich ausgefallen. Dafür gibt es aber beeindruckende Fotos, die Lust zum Mitgärtnern machen.

Unter www.stiftung-interkultur.de kann man sich über das Buch hinaus per Suchfunktion Projekte in verschiendenen Städten von Aalen bis Wilhelmshaven anzeigen lassen. Auch Bestellungen für dieses und weitere Bücher können über diese Homepage getätigt werden.●

Uwe Ciesla

Christa Müller (Hrsg.): »Urban Gardening«. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. oekom verlag, München 2011. 352 S., geb., 19,95 EUR

DVD »Menschen Träume Taten«

Nach seinem erfolgreichen Film über den eigenwilligen Liedermacher Hans Söllner (»Der bayerische Rebell«) legt Andi Stiglmayr nun mit »Menschen, Träume, Taten« einen Film über das Ökodorf Sieben Linden nach. Hundertfünfzig Kilometer westlich von Berlin leben dort 43 Frauen, 35 Männer und 32 Kinder in einer genossenschaftlich organisierten Gemeinschaftssiedlung. Stiglmayr gibt in Form von Interviews Einblicke in das Leben, aber vor allem auch in die Ziele und Ideale der Bewohner. Wie ein roter Faden ziehen sich dabei Gespräche mit den beiden Ur-Ökodorflern Silke Hagmeier und Martin Stengel aus dem damaligen Club 99. Ein Stilmittel, das sinnvoll ist, um dem Film einen inhaltlichen Bogen zu verleihen, aber die Gefahr einer einseitigen Sichtweise birgt. Der Club 99 war eine besonders idealistische Teilgruppe, die sich seit Anfang diesen Jahres in einer Umstrukturierungsphase befindet, so dass der neu erschienene Film schon jetzt ein Stück Projekt-Geschichte dokumentiert.

Stiglmayr scheut sich dabei nicht, auch Widersprüche aufzuzeigen, die er als Spielgelbild gesellschaftlicher Probleme auf den Mikrokosmos Ökodorf ansieht. Interessant ist hier besonders die Gegenüberstellung der Innen- und Außensicht im Kontakt mit der bürgerlichen Umgebung oder die Kinderproblematik. So beklagt u.a. Silke Hagmayr die grenzüberschreitenden Verhaltensweisen der Ökodorfkinder, um sich dann in der vom Filmemacher ausgewählten Schlussszene Gedanken über die eigenen Wünsche nach Nachwuchs zu machen.

Weitere Dorfbewohner kommen ausführlich im Bonusteil der DVD zu Wort. Natürlich ist es schwer, mit einem Film ein komplexes Gebilde wie das Ökodorf umfassend darzustellen. Er ermöglicht jedoch einen ersten Einblick und weckt weiteres Interesse an diesem zukunftsorientierten Gesellschaftsentwurf. In seiner Medienkritik im liebevoll und stilgerecht gestalteten Booklet der DVD plädiert der Filmemacher dafür, sich eher »gegenseitig, und zwar direkt, zuzuhören und nicht andere entscheiden zu lassen, was wir wissen und erleben sollen.« Eine berechtigte Mahnung, die sich auch auf seinen eigenen Film beziehen lässt, auch wenn dieser sich sicher weit abseits des öffentlichen Meinungsmainstreams bewegt und komplett unabhängig ohne Fördergelder und Unterstützung der Medienanstalten produziert werden musste.●

Uwe Ciesla

Weitere Infos zum Film:
www.menschen-träume-taten.de.

Ein Kessel Buntes. Die Linke und der Sex

Die Linke ist sicherlich ein Ort der Erfüllung bewusster und unbewusster emotionaler und sexueller Bedürfnisse. Für viele hat die Kritik an beengt empfundenen Verhältnissen am Beginn ihrer Politisierung gestanden. Insofern darf ein Buch mit dem neutral und enzyklopädisch klingenden Titel »Die Linke und der Sex« mit Interesse rechnen.

Aber: Es enthält zwar in der 28 Seiten umfassenden Einleitung einige lesenswerte Gedanken, sonst ist es aber eher eine Zumutung. Erstens präsentieren Barbara Eder und Felix Wemheuer ihr Buch im stramm antizionistisch-antiimperialistischen Wiener promedia-Verlag. Sie dokumentieren 13 Texte der Linken von den 1920er Jahren bis heute. Das Spektrum reicht dabei von der Kritik Lenins an Sigmund Freud bis zum Programm einer kontrasexuellen Dildoisierung der Gesellschaft. Es enthält Texte u.a. von Alexandra Kollontai, Herbert Marcuse, Clara Zetkin, Michel Foucault oder Beatriz Preciado. Den HerausgeberInnen kann in der Regel zugestimmt werden, wenn sie schreiben: »Die Überwindung von autoritären Formen der Kindererziehung und monogamen, eheähnlichen Zweierbeziehungen war immer wieder integraler Bestandteil utopischer Gesellschaftsentwürfe auf Seiten der politischen Linken. Ebenso waren viele AktivistInnen der 1968er-Bewegung der Überzeugung, soziale Revolution sei nicht ohne »befreite« Sexualität denkbar. Die Hoffnungen, die mit der Idee einer sexuellen Revolution verbunden wurden, haben sich jedoch nicht erfüllt«.

Es stellt sich nur die Frage, was heisst das dann? Und was haben die ausgewählten Texte genau damit zu tun? Was bedeutet es heute, wenn die Repressionshypothese überwunden wird, also die Befreiung des Sex und der Körper sich als ein Mythos entpuppt und sich in der Praxis auch nicht so erfolgreich herausgestellt hat? Wie kann die Linke mit der Re-Okkupation ihrer Ideen und Praxen umgehen? Sich auf ein ewiges Ping-Pong-Spiel einlassen und versuchen, schneller zu sein als »die« Gegenseite, die es so homogen ja gar nicht (mehr) gibt? Ich weiss nicht, ob es dazu Texte gibt, aber im Buch sind sie jedenfalls nicht zu finden.

Die zunehmende Affektivierung von Lohn- und anderer Arbeit ist ebenso eine Leerstelle – hier gibt es definitiv Texte, die nachgedruckt werden könnten. Schließlich stellt sich beim Thema »Sex« die Frage, was ist eigentlich mit Kindern? Wer ist für sie verantwortlich, wenn die Beteiligten merken, dass es mit der im Buch propagierten »erotischen Freundschaft« unter KommunistInnen doch nicht so richtig klappt?

Bei der Lektüre dieser Dokumentenedition wird deutlich, dass Sozialismus eine Kulturfrage und -bewegung ist und war, und nicht nur eine der Ökonomie. Solche Ansichten, die sich auch der Mikropolitik des Alltags widme(te)n, waren aber historisch und sind bis heute in der Linken tendeziell minoritär.

Das Buch ist nur für die ein Gewinn, für die Kapitalismus heute vor allem mit Finanzmärkten zu tun hat und die vergeschlechtliche Arbeitsteilung für einen Nebenwiderspruch halten. Wer und welche sich mit Feminismus, Queer, Reproduktionsarbeit und Alltagsforschung schon beschäftigt hat, wird darin vermutlich nur die Texte aus der Weimarer Zeit noch nicht kennen – oder sich gar ärgern.●

Bernd Hüttner

Eder, Barbara/Wemheuer, Felix (Hrsg.): Die Linke und der Sex. Klassische Texte zum wichtigsten Thema, promedia Verlag, Wien 2011, 12,90 EUR

PROJEKTE

Südeifel – Landleben im Dorf
Frauengemeinschaft in Gründung hat Platz, Gast oder ganz? Einfach subsistent leben, Garten, Handwerk, Vernetzung, Jahreskreis.
☎(0 65 22) 10 46

Politische Kommune auf dem Land (zwischen Bremen und Bremerhaven, 20 Min. bis Bremen) sucht neue Mitkommunard_innen. Wir wollen mehr werden! Einige Arbeitsbereiche gibt's schon, einige sind noch im Aufbau oder in Planung, auf jeden Fall gibt's viel Raum für eure eigenen Ideen.
Infos unter (0 42 96) 74 82 25
oder kommune-p-u@gmx.de
Außerdem sind wir dieses Jahr Pfingsten auf dem Los Geht's in Oberkaufungen
www.losgehts.eu

Ich würde gern eine Lebensgemeinschaft im Bereich Göttingen / Kassel ins Leben rufen. Fast ohne Regeln – die innere Weisheit hat ihre eigenen Gesetze. Im Vordergrund steht die Gruppenenergie und Gefühle. Menschlichkeit im Sinne des Dalai Lama – glücklich leben und Leid vermeiden, Liebe und Mitgefühl. Die Gruppe ist Geborgenheit – Vertrauen spüren lernen. Eigenverantwortlichkeit im Sinne des Buches »Liebe macht stark«. Kampf verhindert Liebe – Freiheit und Glück durch Verhinderung polaren Denkens. Im Sinne einer Großfamilie, das heißt Mehrgenerationengemeinschaft. Bin beim Los geht's.
Joachim Weller, ☎(01 75) 525 44 40,
E-Mail: weller-joachim@web.de

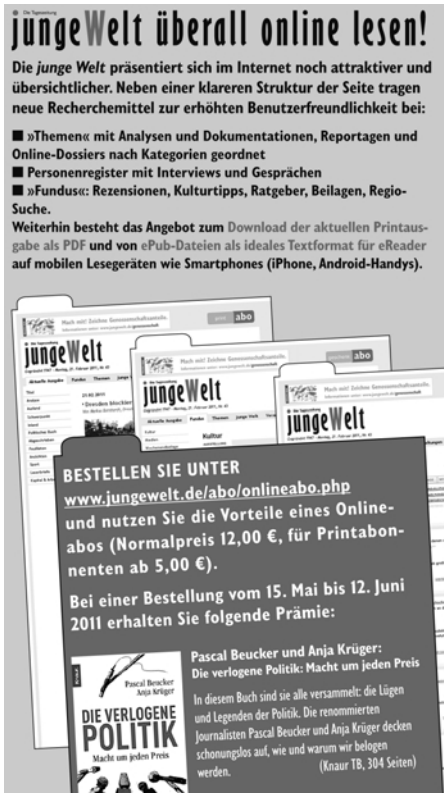
GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL



IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

IM E-MAIL POSTFACH

Liebe Redaktion,
in der März-Ausgabe der CONTRASTE wird auf Seite 4 das Buch »Gemeinwohl-Ökonomie« von Christian Felber durch Elisabeth Voß rezensiert.

Dazu 3 Anmerkungen:

Gemeinwohl und Menschenwürde kann man/frau nicht gleichsetzen.

Menschenwürde und Menschenrechte sind Individualansprüche und -rechte (insbesondere gegenüber Gemeinschaften und Gruppen). Gemeinwohl zielt dagegen auf Gruppen.

Die Krisen des Kapitalismus sollen nach Felber Fehlentwicklungen sein.

Krisen des Kapitalismus sind keine Fehlentwicklungen, sondern sind fester Bestandteil des Kapitalismus. Sie sind systemimmanente und zu erwartende Entwicklungen im Kapitalismus.

Vergabe von Gemeinwohlpunkten

Felber schlägt vor, dass Unternehmen, die in den angesprochenen Bereichen mehr tun, als nur die gesetzlichen Mindeststandards einzuhalten, dafür Gemeinwohlpunkte bekommen sollen. Wer ein richtig übler Ausbeuter ist und dann Verbesserungen einführt, erhält also viele Punkte.

Insgesamt sind die Inhalte dieses Buches von Felber in weiten Teilen ein Aufguss aus der Literatur und den Erfahrungen der 1980er und 1990er Jahre. Es enthält leider wenig Neues.●

Karl-Heinz Bächstädt

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders! Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 17.-19.6.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

LOS GEHT'S 2011

Die Besonderheit des diesjährigen »Los Geht's« ist, das es auf einem Gelände stattfindet, welches im Anschluss erworben werden könnte. Es handelt sich um den alten Hubenthalhof am östlichen Ortsrand von Oberkaufungen bei Kassel. Das bundesweite Treffen für Gemeinschaftsinteressierte, Gründungsgruppen und bestehende Kommunen, die noch EinsteigerInnen suchen, findet vom **10. bis 14. Juni 2011** statt. Mehr dazu auf www.contraste.org/aktuelle.htm.
Information & Anmeldung:
www.losgehts.eu

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

ÖSTERREICH

Neuer Kongress 2012

Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: www.solidarische-oekonomie.at

BRD

Forum Solidarische Ökonomie

Vom **7.-9.10.2011** findet in Kassel die Tagung »Forum Solidarische Ökonomie – Kultur der Kooperation« statt. Das Forum soll der Vernetzung der unterschiedlichen Projekte, Initiativen und Einzelpersonen, die in der SÖ tätig sind, dienen.
Info:
www.solidarische-oekonomie.de/
uploads/files/Forum/forumkonzept.pdf

Solidarisch wirtschaften

Vom **16. bis 17.9.2011** veranstaltet die »Initiative Solidarische Ökonomie« gemeinsam mit der Ev. Akademie Bad Boll, ver.di und dem Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB) eine Tagung unter dem Titel »Solidarisch wirtschaften – Eine andere Ökonomie ist möglich«.
Wirtschaften zum Wohle der Menschen: Wie diese Vision in die Praxis umgesetzt wird, zeigen bei dieser Tagung Genossenschaften, Dorfläden, selbstverwaltete und von der Belegschaft übernommene Betriebe wie perspektivisch »hessnatur«. Immer mehr Unternehmen und Projekte beweisen, dass selbstverantwortliches, solidarisches, gemeinwohlorientiertes und demokratisches Wirtschaften möglich ist.
Ort: Bad Boll
Anmeldeschluss: 13.8.2011
Weitere Informationen:
www.ev-akademie-boll.de/
index.php?id=142&tagungsid=270311

Solidarische Ökonomie – lohnt sich das überhaupt?
Die PaG-Commons-Tour 2011

Solidarität heißt nicht: die einen spenden, die anderen sammeln ein – sondern es bedeutet das gemeinsame Knüpfen eines wachsenden Netzes gegenseitiger Hilfe. Und das lohnt sich. Für jede und jeden.
Die Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (PaG) besteht aus Stadt- und Land-Projektgruppen und vielen einzelnen Personen. Wir teilen unser Wissen, die praktische Arbeit und wir teilen die EigentümerInnenschaft an den Projektgeländen und -gebäuden. Die Überführung unseres Besitzes in allgemein verfügliche Güter (commons), also die schrittweise Öffnung der Eigentumsverhältnisse ist unser Ziel. Dazu müssen die bestehenden Projekte stabilisiert und ausgebaut und das Netz erweitert werden.
Vielleicht möchtest du einen Beitrag dazu leisten?
Wir laden dich zur PaG-Commons-Tour 2011 ein! Du lernst auf Bustouren die bestehenden Projekte der PaG kennen.
Nachfolgend die verbleibenden zwei Touren:
Am Sonntag, den **17. Juli** wird die Fahrt zur Stadtkommune »aller_Dings« nach Strausberg führen.
Dort lernst du neben dem Projekt der PaG und deren ortsübergreifende gemeinsame Ökonomie die alternative Struktur der Stadt in einem Stadtspaziergang kennen.
Und schließlich erwartet dich am Samstag, den **10. September,** die »Lokomotive Karlshof« bei Templin.
In der Kooperative werden seit fünf Jahren nach dem dort entwickelten Prinzip der »nicht-kommerziellen Landwirtschaft«, also bedarfs- und bedürfnisorientiert, Kartoffeln, Getreide und mehr produziert.
Während der Anfahrten zu den einzelnen Projekten gibt es Gelegenheit, sich über die Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit zu informieren und zu diskutieren.
Für die kulinarische Versorgung vor Ort wird gesorgt sein. Was du mitbringen solltest: festes Schuhwerk und jede Menge kritische Fragen.
Abfahrt des Busses ist jeweils um 11 Uhr vor dem Bahnhof Berlin-Gesundbrunnen. Dort wirst du zwischen 18 und 19 Uhr wieder eintreffen. Die Busfahrt ist kostenlos, wir freuen uns aber über Spenden.
Anmeldung:
busfahrt@gegenseitig.de
Weitere Informationen unter:
www.gegenseitig.de

TAGUNG

Gutes Leben für Alle!

Soziale Infrastruktur: Gesundheit, Bildung, Wohnen, Stadt, Mobilität?
Vorschläge für eine radikale Reform

Ob Lehman Brothers oder Hartz IV, ob Lampedusa oder Fukushima: So darf es nicht weiter gehen! In ihrem Text »Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur« hat die Frankfurter AutorInnengruppe links-netz eine radikale Alternative formuliert: Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Wohnen usw. sind als Grundrechte anerkannt. Die Gesellschaft stellt dafür die notwendigen Mittel zur Verfügung. Für alle. Eine solche radikale Reform ließe sich bereits im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse umsetzen. Doch gleichzeitig weist sie darüber hinaus und zielt auf neue Formen der Vergesellschaftung (siehe www.links-netz.de). Mit der bundesweiten Tagung wollen wir den links-netz-Entwurf reflektieren und konkretisieren. Wir greifen verschiedene lokale und überregionale Debatten (Commons, Grundeinkommen, u.a.) ebenso auf wie verschiedene Praxiserfahrungen. Und wir wollen untersuchen, ob der Entwurf auch in den Ländern des Südens brauchbar ist. Schafft das Konzept tatsächlich gleiche Zugänge für alle? Werden Bildung, Gesundheit usw. dadurch auch besser? Wie sind Menschen an der Ausgestaltung beteiligt? Welchen Raum haben meine individuellen Bedürfnisse?
Termin: 8.-9.7.2011
Ort: Kulturzentrum franz.k, Reutlingen
Anmeldung: zak@buko.info
Tagungs-Infos und Materialien:
www.zak-tuebingen.org

SOZIALFORUM

Ein anderes Sozialforum ist möglich!

Wir laden alle an Sozialforumsprozessen in Deutschland Interessierte ein gemeinsam zu beraten,

- was in unserem Land in Europa »los ist« – sozial, ökologisch, politisch,
- warum wir gesellschaftspolitisch so schwach sind, so dass es ist, wie es ist,
- was wir tun können, damit zusammenkommt, wer zusammen gehört.

Wir wollen endlich über Alternativen reden und dafür wirksam werden!
Wie also sorgen wir dafür, dass in Deutschland nachhaltige Sozialforumsprozesse entstehen bzw. Stärkung erfahren?
Termin: 26.6.2011, 11 bis 16 Uhr
Ort: Freizeitheim Linden, Windheimstr. 4, 30451 Hannover
Kontakt: webmaster@sfid.info

BEWEGUNGSSTIFTUNG

Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen

Wann sind soziale Bewegungen erfolgreich und was lässt sie scheitern? Welche Themen haben es leichter gehört zu werden? Kann ein Misserfolg manchmal auch ein Erfolg sein? Und wie geht es weiter, wenn soziale Bewegungen ihr Ziel erreicht haben?
Diese und weitere Fragen wollen wir vom **17. bis 19. Juni 2011** auf der Tagung in Frankfurt am Main diskutieren. Sie richtet sich an Aktive aus sozialen Bewegungen, die Interesse an einem Austausch haben und voneinander lernen wollen.
Organisiert wird die Tagung von der Bewegungsstiftung. Zusammen mit der Stiftung bridge hat sie in den letzten neun Jahren über 80 Kampagnen gefördert. Nun wollen wir mit der Tagung das Gespräch über Erfahrungen und Herangehensweisen eröffnen. Mit welchen Widrigkeiten haben alle zu kämpfen? Und welche Tipps können wir einander geben? (Siehe dazu CONTRASTE Nr. 320, Seite 6)
Information & Anmeldung:
www.bewegungsstiftung.de/anmeldung-tagung.html
info@bewegungsstiftung.de

JUNGE LINKE

Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein – Alltag und Freizeit im Kapitalismus

Wie jeder weiß, dient die Freizeit der Muße, der Entspannung und kann von jedem selbstständig ausgefüllt werden, das sagt schließlich schon ihr Name. Dass allerdings nur die Hälfte des Tages als »Freizeit« benannt ist, lässt schon darauf schließen, dass es in der anderen Hälfte um einiges weniger frei zugeht: Der Arbeitsplatz bietet in der Regel so viel Zwang und Stress, dass ein paar Stunden Erholung täglich schlichtweg notwendig sind, damit man das Ganze am nächsten Tag wieder aushält.
Und dementsprechend sieht die Freizeit dann auch aus: Meistens ist man mit dem ruhigen Abend vor dem Fernseher schon bedient; einmal in der Woche müht man sich im Sportverein ab, um die arbeitsbedingten Rückenschäden auszugleichen; und für den seelischen Ausgleich müssen Beziehung und Familie herhalten.
Die eigenmächtige Gestaltung der Freizeit ist also schon erheblich eingeschränkt durch die Zumutungen, mit denen die Arbeitswelt aufwartet und verarbeitet werden müssen. Und auch darüber hinaus ist diese Sphäre alles andere als unabhängig von Politik und Ökonomie: Hier findet die staatsbürgerliche Meinungsbildung durch Zeitungslektüre, Fernsehnachrichten und Kneipengespräch statt. Und selbst noch in der »Lindenstraße« oder »Das Jugendgericht«, in »Bravo« oder »Brigitte« wird jedes Problem der Nation verhandelt, von fehlenden Ausbildungsplätzen über kriminelle Ausländer bis hin zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Frage, welcher Partei man am Sonntag seine Stimme geben soll. Auch der Staat trägt dafür sorge, dass seine Bürger ihre Freizeit auf ganz bestimmte Weise nutzen. Dies tut er nicht nur, indem er ihnen beibringt, dass Sport Deutschland gut tut, dass man Drogen hingegen keine Chance geben soll, und dass es das Selbstwertgefühl enorm hebt, wenn man unbezahlt im Ehrenamt schuftet. Sondern auch, indem er in diversen Gesetzen fest schreibt, wie das Privat-, Vereins- und Familienleben der Menschen auszusehen hat.
Arbeitet man für die Freizeit, oder ist die Freizeit nur Anhängsel der Arbeit? Warum bringt die Freizeitgestaltung oft so viel zusätzlichen Stress, dass viele sich schon wieder auf die Arbeit freuen? Und was hat eigentlich der Staat mit all dem zu tun? Dies und mehr möchten wir mit euch diskutieren.
Termin: 24.-25.6.2011, Berlin
Info: www.junge-linke.org

ATTAC

European Network Academy

Das Europäische Attac-Netzwerk lädt zur »European Network Academy for Social Movements« (ENA) vom **9. bis zum 14. August 2011** in Freiburg. Nach der ersten europaweiten Attac-Sommeruniversität, die 2008 in Saarbrücken stattfand, wollen wir einen wichtigen Meilenstein der Erfolgsgeschichte Attacs in einer neuen Periode der Globalisierung und der globalisierungskritischen Bewegung setzen. Begegnungen mit Aktiven aus ganz Europa und vielen anderen Teilen der Welt, über 100 spannende Workshops, zahlreiche Foren, Diskussionsveranstaltungen, interessante Exkursionen, Aktionen vor Ort und ein buntes Kulturprogramm erwarten Euch! Über die Perspektiven der sozialen Bewegungen in Tunesien und Marokko wird es Informationen aus erster Hand geben.
Info: www.ena2011.eu

SYMPOSIUM

Post-Neoliberalismus

Im Angesicht der sich verschärfenden sozialen Folgen der großen multiplen Krise, mit der wir es derzeit zu tun haben, sollen die gegenwärtigen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Transformationen im Rahmen des Symposiums in den Blick genommen werden. Kritische WissenschaftlerInnen, DenkerInnen und AktivistInnen werden die Kontinuitäten und Brüche neoliberaler Regierungsweisen, Regulationsformen und Subjektivierungsweisen analysieren. Die zentrale Fragestellung dabei ist, ob der Neoliberalismus gestärkt aus der Krise hervorgeht, in welcher Weise er sich verändert und welche postneoliberalen Tendenzen auszumachen sind. Im Rahmen der Vorträge, Diskussionen und Workshops sollen die Intentionen und Strategien der für die Destabilisierung der Wirtschaft, die fortschreitende Entdemokratisierung und die Intensivierung sozialer Polarisierungs- und Erosionsprozesse verantwortlichen AkteurInnen sichtbar gemacht werden. Debattiert werden soll vor allem auch, wie emanzipatorische Kräfte den besorgniserregenden Entwicklungen entgegenwirken können. Welche Interventionsmöglichkeiten bestehen angesichts der derzeitigen Machtverhältnisse? Welche gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen werden die kommenden Jahre und Jahrzehnte prägen?
Termin: 17.-19.6.2011
Ort: Forum Stadtpark, Graz, Österreich
Das gesamte Symposium ist bei freiem Eintritt ohne Anmeldung zu besuchen!
Kontakt: obermoser@forumstadtpark.at

ANARCHISMUS

75 Jahre Spanische Revolution

»Geschichte wird gemacht«, täglich und von uns. Darum kann es bei der Betrachtung der Spanischen Revolution nicht darum gehen, einen romantisch verklärten Blick in die Vergangenheit zu werfen. Vielmehr gilt es einen Blick »zurück nach vorne« auf die Geschichte zu werfen, ohne dabei auf die verschiedenen Mythen und Märchen hereinzufallen, welche von den verschiedenen kommunistischen, sozialdemokratischen und sonstigen Parteien von Anfang an in Umlauf gebracht worden sind.
Darum gibt der Vortrag von Rudolf Mühland nicht nur einen kurzen Überblick über die Ursachen und den Anlass der Revolution, sondern auch einige vergleichende Hinweise auf andere Revolutionen und die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Bewegung. Dabei wird besonders hervorgehoben was das »revolutionäre« war, welche Fehler begangen wurden und welche historischen Konflikte in der Spanischen Revolution wieder auftauchen sollten.
Termin: 15.6.2011, 19.30 Uhr

Protektorat Griechenland

Die Ermordung des 15-jährigen Schülers Aléxandros Grigorópoulos durch Polizeibeamte in Athen führte im Dezember 2008 zu einem beispiellosen sozialen Aufstand in Griechenland. Heute, zweieinhalb Jahre später, hat sich die Lage auf den verschiedensten Ebenen dramatisch zugespitzt. Der Staat ist faktisch bankrott. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik steht das Land seit Anfang 2010 quasi unter Zwangsverwaltung. Nicht zuletzt auf deutschen Druck wurde die Bewilligung eines 110 Milliarden Euro schweren »Hilfspakets« der EU an die Durchsetzung »schmerzhafter Reformen« gekoppelt. Das Verscherbeln lukrativer Staatsbetriebe wie des Strommonopolisten DEI, der Wasserwerke oder des Flughafens Athen sind ebenso angekündigt wie weitere Streiks der betroffenen Arbeiterschaft. Die sozialen Auseinandersetzungen, militanten Demonstrationen und Streiks, aber auch die staatliche Repression und die Aufspaltung der Gesellschaft in sich bekämpfende Gruppen haben ein bisher ungekanntes Niveau erreicht. Auch wenn deutsche Massenmedien nur noch im Einzelfall darüber berichten, wehren sich große Teile der Bevölkerung weiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen durch Lohn- und Rentenkürzungen, Privatisierungen und immer neue Steuererhöhungen bei gleichzeitigem Ausbau des staatlichen Repressionsapparats. Neue, dezentral organisierte Massenbewegungen wie die »bezahlt wird nicht – Kampagne« sind entstanden. Das Land ist politisch gespalten und taumelt sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich am Rande des Abgrunds.
Ein Update über Sparprogramme, Streiks, Widerstand und Repression, die anarchistische Bewegung und Widerstandsperspektiven. Ein Schwerpunkt der Veranstaltung werden die sehr umstrittenen Aktivitäten verschiedener bewaffneter Organisationen sein.
Ralf Dreis ist Griechenlandkorrespondent für diverse linke und anarchistische Zeitungen und ist Mitglied der FAU. Er arbeitet als Griechisch-Übersetzer und pendelt zwischen Deutschland und Griechenland.
Termin: 22.6.2011, 19.30 Uhr
Ort: Kulturzentrum »alte Pauline«, Detmold (Bielefelder Str. 3).
www.anarchie-in-europa.tk

SOMMERCAMPS

Ferien von Deutschland machen

Dieses Jahr wird zum vierten Mal das Sommercamp der *jungen linken* in Niedersachsen stattfinden. Und nun gibt es auch für all die Menschen, die immer so weit fahren mussten oder die das auch abschreckte: Das Sommercamp im Süden der BRD.
Termin Niedersachsen:
28.7. bis 4.8.2011
Termin Baden-Württemberg:
26. bis 30.8.2011
Mehr Info:
www.junge-linke.org

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
www.contraste.org/terminka.htm

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg